



Bild: bayern.de

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Staatsministerinnen Scharf und Stolz:

„Bayern.Gemeinsam. Stark für den Ganztagsausbau“

Aktualisierte Förderrichtlinie tritt in Kraft
Freistaat steht eng an der Seite der Kommunen

Ab dem Schuljahr 2026/2027 tritt der bundesweite Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter schrittweise in Kraft. Bereits im Sommer haben Bayerns Familienministerin Ulrike Scharf und Kultusministerin Anna Stolz Eckpunkte vorgelegt, um den Ganztagsausbau in den Kommunen zu beschleunigen. Dieses Paket verbessert u.a. die Förderbedingungen im Landesförderprogramm Ganztagsausbau. Die geänderte Richtlinie wurde im Bayerischen Ministerialblatt veröffentlicht und trat am 19. Dezember 2024 offiziell in Kraft.

Bayerns Familienministerin Ulrike Scharf richtet sich in diesem Zusammenhang noch einmal an die Kommunen: „Der Rechtsanspruch auf Ganztags-

„Die Kommunen sind mit großen und vielen unterschiedlichen Aufgaben konfrontiert. Mir ist es wichtig, eng an ihrer Seite zu stehen. Sie können sich auf den Frei-



Ministerin Ulrike Scharf. Bild: stmuk



Ministerin Anna Stolz. Bild: stmuk

betreuung ist ein Meilenstein für die Bildung von Kindern, die Integration und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mir ist der Kraftakt für die Landkreise, Städte und Gemeinden bewusst. Wir zünden jetzt den Turbo und fördern unsere Kommunen noch besser. Gemeinsam machen wir unsere Heimat noch familienfreundlicher und bieten Kindern beste Bildungschancen! In engem Schulterschluss schaffen wir zusammen die dringend benötigten Bildungs- und Betreuungsplätze. Familien in Bayern brauchen eine verlässliche und hochwertige Kinderbetreuung.“

Weiter betont die Ministerin:

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.



Neujahrsempfang des Bayerischen Ministerpräsidenten

„Das ist unser Dankeschön an Ehrenamt, Soziales, Kultur, Sport und Brauchtum“, sagte Ministerpräsident Dr. Markus Söder anlässlich seines diesjährigen Neujahrsempfangs in der Münchner Residenz. „Heute stehen all diejenigen im Mittelpunkt, die sich das ganze Jahr über für andere einsetzen – ob als Helfer bei großen Katastrophen wie dem Hochwasser vom Sommer oder den vielen kleineren Herausforderungen des Lebens. Sie alle prägen unser Land durch Engagement und Zusammenhalt. Sie verbreiten Hoffnung, Mut und Optimismus. Das zeichnet Bayern aus.“ Unser Bild zeigt Dr. Söder gemeinsam mit Ehefrau Karin und Bayerns Landtagspräsidentin Ilse Aigner.

Bild: bayern.de

sieht nun eine einheitliche Platzpauschale zur Förderung der Investition in Höhe von 6.000 Euro vor. Die Förderhöchstbeträge für Plätze in Angeboten unter Schulaufsicht und in Kombieinrichtungen werden von bisher 4.500 Euro auf bis zu 6.000 Euro pro zusätzlich geschaffenen oder erhaltenen Platz erhöht.

- Die Förderung von Um- und Erweiterungsbauten im Hortbereich wird erleichtert, indem die Bagatellgrenze auf 50.000 Euro halbiert wird. Damit können auch kleinere Bauprojekte und Maßnahmen gefördert werden.
- Außerdem wird zukünftig eine gleichzeitige Förderung durch das Bayerische Holzbauförder-

programm ermöglicht.

Die viertägigen Angebote (Montag bis Donnerstag) unter Schulaufsicht (offener, gebundener Ganztags und Angebote der Mittagsbetreuung) werden auf fünf Tage während der Schulwochen (also auch auf den Freitag) ausgeweitet.

Zur Finanzierung der Betriebskosten werden die seitens des Bundes zur Verfügung gestellten Mittel in voller Höhe an die Kommunen weitergegeben.

Die Kommunen werden bei der Organisation von Ferienangeboten durch die Schulseite unterstützt, z. B. bei der Durchführung von Bedarfsabfragen in den Schulen.

DStGB-Bilanzpressekonferenz:

Starke Kommunen möglich machen

„Die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden ist bedroht. Das Finanzierungsdefizit der Kommunen wächst auf mehr als 17 Milliarden Euro an. Trotz aller Anstrengungen schaffen es die meisten Kommunen nicht mehr, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die Politik in Bund und Ländern muss unverzüglich handeln, um nicht die Funktionsfähigkeit unseres Staates insgesamt aufs Spiel zu setzen“, unterstrichen DStGB-Präsident Dr. Uwe Brandl und Hauptgeschäftsführer Dr. André Berghegger im Rahmen der Bilanzpressekonferenz des kommunalen Spitzenverbandes in Berlin. Kommunen müssten seit mehr als 20 Jahren immer mehr Leistungen erbringen, ohne dafür von Bund und Ländern eine ausreichende Gegenfinanzierung zu erhalten. „So kann und darf es nicht weitergehen.“

Fakt ist: Die Ausgaben für soziale Leistungen steigen ungebremst an. Gleichzeitig ist die konjunkturelle Lage angespannt, die Einnahmen stagnieren. Hinzu kommen Transformationsaufgaben, wie etwa der Umbau des Energiesystems oder die Anpassung an den Klimawandel.

Leistungsgrenze ist erreicht

Brandl und Berghegger zufolge ist die Grenze des Leistbaren vielerorts erreicht. Für immer neue und komplexere Aufgaben fehle den Kommunen nicht nur das Geld, sondern immer häufiger auch das Personal, weshalb

ein „grundlegender Kurswechsel“ erforderlich sei.

Stabilitätsanker Kommunen

Gerade in Zeiten der Krise seien die Kommunen als Stabilitätsanker gefordert. Städte und Gemeinden stellten das Fundament der Demokratie dar. Hier hätten die Bürgerinnen und Bürger den ersten Kontakt mit dem Staat. „Wir brauchen starke Kommunen für ein starkes Gemeinwesen und ein starkes Land. Umso mehr muss es alle politischen Ebenen alarmieren, wenn die kommunalen Kapazitäten finanziell, organisatorisch und personell an immer mehr

BKG-Mitgliederversammlung in München:

Zuckersteuer statt Versorgungsbürokratie

Bischof und Engehausen fordern die Korrektur des „Reform-Irrwegs“

Bayerns Krankenhäuser stehen wegen der Reformpolitik der Ampel vor gewaltigen finanziellen Herausforderungen. Insbesondere die Kliniken im ländlichen Raum sind existenziell gefährdet. Durch die komplexe Krankenhausreform sieht die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) keinen Vorteil für Patientinnen und Patienten, sondern mehr Bürokratie und eine Bedrohung für die flächendeckende Versorgung. Um die Reform umsetzbar zu machen, seien handwerkliche Nachbesserungen im Schulterschluss mit den Ländern dringend erforderlich, teilten Tamara Bischof, Landrätin und 1. BKG-Vorsitzende sowie BKG-Geschäftsführer Roland Engehausen bei der Mitgliederversammlung in München mit.

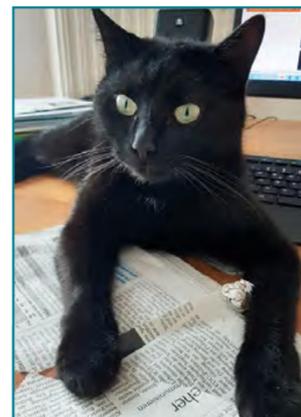
Tamara Bischof erläuterte, wie weit die Reform von den Zielen des Koalitionsvertrags 2021 entfernt ist: „Die Rede war von einem gemeinsamen Bund-Länder-Pakt für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung. Geplant war eine erlösunabhängige Finanzierung von Vorhaltekosten, die auch zum Beispiel in der Nacht entstehen, wenn ein Krankenhaus nicht vollständig ausgelastet ist. Doch von diesen Zielen ist wenig übriggeblieben.“

Keine Verbesserungen

Verbesserungen für Patientinnen und Patienten sind – anders als der Name vermuten lässt – mit dem Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz nicht in Sicht. Die Krankenhausreform wird auch nicht die finanzielle Misere der Kliniken lindern.“

Aus Sicht der BKG-Vorsitzenden muss die Wertschätzung der Kliniken und ihrer Mitarbeiter wieder im Zentrum der Krankenhauspolitik stehen: „Der amtierende Bundesgesundheitsminister hat in den drei Jahren seiner Amtszeit die Kliniken nahezu wöchentlich schlecht geredet. Ich persönlich hätte es nie für möglich gehalten, dass ein Bundesgesundheitsminister so wenig Wertschätzung für Krankenhäuser und unsere Beschäftigten übrighat. „Aus Sicht der Patientinnen und Patienten werden Krankenhäuser vor Ort nicht als überflüssig wahrgenommen, im

(Fortsetzung auf Seite 4)



2025 scheint spannend zu werden. Wer besonders dazu beiträgt: Elon Musk. „Insgesamt sollte man“, so unser Rathauskater, „die Zwischenrufe von Musk und seine Wahlempfehlungen hierzulande etwas tiefer hängen.“ Pinos Fazit: Wenig Substanz mit viel zu viel medialem Widerhall. S.15

Sie lesen in dieser Ausgabe

CSU-Landesgruppe: Agenda für den Politikwechsel	2
Akute Fragen zu Demenz	2
Gemeinsam für eine lebendige Wirtshauskultur in Bayern . . .	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Kommunalpolitischer Ausblick zu Bundtagswahl	3
Preisträger beim Bundeswettbewerb „Kommune bewegt Welt“ Achtzig Jahre Flucht und Vertreibung	3
Kommunale Energiethemen	5 - 8
Umwelt- und Abfallthemen	9
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	10 - 12
Kommunaltechnik · Wald	13
Aus den bayerischen Kommunen.	14 - 16

Klausur der CSU-Landesgruppe im Bundestag:

Agenda für den Politikwechsel

Bei ihrer Klausurtagung in Kloster Seon setzte die CSU-Landesgruppe im Bundestag ein klares Zeichen für Stabilität, Sicherheit und Erneuerung. „Das Ampel-Ende muss eine politische Wende zur Folge haben. Die Ampel hat Deutschland in Unordnung gebracht. Wir sind die politische Kraft, die wieder Ordnung schafft“, machte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt deutlich.

Wie Parteivorsitzender Dr. Markus Söder erläuterte, wolle die CSU bei der Bundestagswahl am 23. Februar die Wähler mit den Themen Wirtschaft, Migration sowie innere und äußere Sicherheit von sich überzeugen. Das seien in der Bevölkerung die Tophemen. Dafür liefere seine Partei die Antworten und habe auch die Kompetenz dafür.

Veränderte Position der CDU

Bayerns Ministerpräsident lobte die veränderte Position der großen Schwesterpartei CDU bei der Migrationsfrage. Früher sei hier jeder Beschluss mit der CDU ein Hin und Her um jedes Wort gewesen. Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz habe das Unionsprogramm grundlegend verändert. „Es weht wirklich ein anderer Geist, auch in der CDU“, erklärte Söder. „So viel Gemeinsamkeit war noch nie.“

Man müsse Migration begrenzen und damit die innere Sicherheit verbessern, betonte der Parteichef. Das sei für die CSU zentral. „Wir garantieren, dass sich da etwas Grundlegendes ändern wird.“ Die illegale und in Teilen auch die legale Migration in den vergangenen Jahren sei zu viel gewesen. „Dies muss nicht nur ein bisschen kosmetisch, sondern grundlegend geändert werden.“

„Deutschland braucht den Politikwechsel. Einen Politikwechsel, der Deutschlands Potenziale entfesselt, der eine Renaissance von Wirtschaftswachstum, Sicherheit und Zusammenhalt einläutet“, heißt es im Seeoner Beschlusspapier. „Wir wollen dem Land geben, was das Land jetzt braucht: eine Politik, die Arbeits-

plätze schützt, die Leistung belohnt, die die Menschen entlastet, die Energie dauerhaft bezahlbar und klimafreundlich hält, die unsere Grenzen schützt und illegale Migration stoppt, die unsere Bundeswehr in die Verteidigungsbereitschaft versetzt, die sie angesichts der russischen Aggression haben muss. Kurz: eine Politik, die sich mit den Menschen und den Herausforderungen des Landes beschäftigt und nicht mit sich selbst.“

Gegenentwurf zur gescheiterten Reste-Ampel

Zu einem Politikwechsel in Deutschland gehöre aber auch ein Stilwechsel in der Regierung und der Regierungsarbeit: „Zentrale Kennzeichen der Ampel-Politik waren Dauerstreit, Ineffizienz und Ignoranz. Die Ampel war nicht in der Lage, ihre Politik an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen und Streitigkeiten zeitnah und nachhaltig beizulegen. Wir wollen auch das ändern und die Prozesse in der Koalitionsarbeit in der kommenden Wahlperiode grundlegend neu aufstellen hin zu Effizienz, Einigkeit, und Erfolg.“

Statt grün-roter Ideologie setzt die CSU auf pragmatische Lösungen und präsentierte als „Gegenentwurf zur gescheiterten Reste-Ampel von Olaf Scholz und Robert Habeck“ folgende „bürgerliche Chancen-Projekte,

die wir umsetzen werden“:

1. Wir werden Leistung und Fleiß belohnen, indem Überstundenzuschläge steuerfrei gestellt werden und Rentner bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei hinzuverdienen können.
2. Wir werden Wachstum anreizen und Arbeitsplätze schützen, indem wir die Unternehmenssteuer auf 25 Prozent senken, die Stromsteuer dauerhaft und für alle auf das europäische Minimum begrenzen und die Netzentgelte mindestens halbieren.
3. Wir werden die illegale Migration stoppen, indem wir konsequente Zurückweisungen an der Grenze vornehmen und ein Drittstaatenmodell umsetzen.
4. Wir werden Gefährder und Straftäter ausweisen. Wer hier Schutz sucht und ein Verbrechen begeht oder vorsätzlich mehrfach straffällig wird, muss unser Land verlassen. Das gleiche gilt für Gefährder oder für diejenigen, die die Begehung schwerer Straftaten ankündigen oder billigen oder die für die Erreichung einer nicht freiheitlichen und nicht demokratischen Staatsform werben.
5. Wir werden Familien deutlich entlasten, indem Kinderfreibetrag und Kindergeld angehoben werden.
6. Wir werden eine vierte Rentensäule einführen, indem der Staat für jedes Kind vom 6. bis zum 18. Lebensjahr pro Monat 10 Euro in ein individuelles, kapitalgedecktes und privatwirtschaftlich organisiertes Altersvorsorgegeld einzahlte.
7. Wir stärken unsere Automobilindustrie und werden eine E-Auto-Prämie einführen, die

insbesondere den Transportweg vom Montagewerk zum Verkaufsort sowie den Herstellungs-ort der Batterie berücksichtigt. Außerdem stärken wir den klimafreundlichen Verbrenner.

8. Wir werden bezahlbare, saubere und sichere Energieversorgung gewährleisten, indem wir die Kosten für energetische Sanierungen von der Erbschaft- und Schenkungsteuer abzugsfähig machen und keinen Energieträger ideologisch von der Stromerzeugung ausschließen, auch nicht die Kernenergie.

9. Wir werden den Kauf der eigenen vier Wände unterstützen, indem wir beim erstmaligen Kauf einer selbstgenutzten Immobilie einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer einführen.

10. Wir werden eine nachhaltige Finanzierung der Bundeswehr sicherstellen, indem wir dauerhaft mindestens zwei Prozent des BIP in die Sicherheit unseres Landes investieren und uns perspektivisch auf drei Prozent zubewegen.

Wege aus der Krise und neue Chancen für Deutschland und Europa wurden mit Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft, darunter Marie-Christine Ostermann, Präsidentin vom Verband „Die Familienunternehmer“, Prof. Dr. Peter R. Neumann, Sicherheitsexperte am King's College London, Prof. Dr. Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, und Timotheus Höttges, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG, erörtert. Darüber hinaus waren der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende und Kanzlerkandidat Friedrich Merz sowie Luxemburgs Premierminister Luc Frieden Gäste der dreitägigen Klausur. **DK**

GZ

GZ-PODCAST

GZ

Das gute Beispiel

Podcast-Host Michael von Hassel zeigt beeindruckende Menschen, die mit ihrem Talent und Engagement Hoffnung in schwierigen Zeiten schaffen, besonders im Ehrenamt und in der Kommunalpolitik.

Folge 1: Die Sanierung des über 100 Jahre alten Großhesseloher Wehrs – Ein Gespräch mit Dr. Christoph Rapp



In dieser Folge spricht Dr. Christoph Rapp, Leiter Wasserkraft bei den Stadtwerken München, über die Sanierung des Großhesseloher Wehrs. Dieses über 100 Jahre alte Bauwerk vereint Hochwasserschutz, Energieerzeugung, Denkmalschutz und ökologische Ziele. Zudem fördert Dr. Rapp globalen Wissensaustausch bei KnowledgeXchange für nachhaltige Lösungen. www.gemeindezeitung.de/podcast □

Akute Fragen zu Demenz

Die Online-Demenzsprechstunde hilft weiter

Zeigt ein Familienmitglied erste Gedächtnisstörungen oder hat die Diagnose Demenz, sind Angehörige oftmals überfordert. Rat suchen sie meist im Internet. Mit der Online-Demenzsprechstunde „Frag nach Demenz“ hat die gemeinnützige Organisation Desideria ein Beratungsangebot geschaffen, das auch abends oder an den Feiertagen erreichbar ist. Ein interdisziplinäres Experten-Team berät individuell per Mail- und Live-Chat: rund um die Uhr, kostenlos und anonym.

Über 1,8 Millionen Menschen in Deutschland haben Demenz. Hinter jedem Erkrankten stehen zwei bis drei Angehörige. Mit der Demenzdiagnose stehen auch sie vor vielen offenen Fragen: Wie geht es weiter, wie schnell oder langsam wird die Demenz fortschreiten? Und auch im Laufe der Erkrankung gibt es immer wieder Phasen der Unsicherheit. Ist dieses oder jenes Verhalten normal? Wie gehe ich mit den Wahnvorstellungen oder Aggressivität meines Vaters um? Bekommt meine Mutter wirklich die richtigen Medikamente? Was soll ich tun, wenn mein Partner trotz Demenz Autofahren will? Das Experten-Team der Online-Demenzsprechstunde hilft bei diesen und vielen weiteren Fragen zeitnah weiter.

Förderung durch das Gesundheitsministerium

„Bei der Online-Demenzsprechstunde geht es vor allem darum, Menschen in Phasen der Unsicherheit zu begleiten und ihnen mit Expertenrat zeitnah Orientierung für die nächsten sinnvollen Schritte zu geben“, sagt Anja Kälin, Vorstandin von Desideria Care e.V. Der gemeinnützige Verein hat die Online-Demenzsprechstunde ins Leben gerufen. Sie wird als Modellprojekt vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention sowie der Arbeitsgemeinschaft der Pflegekassenverbände in Bayern (soziale Pflegekassen) und Private Pflegepflichtversicherung über drei Jahre gefördert.

Zeitnahe Hilfe

„Ratsuchende, die sich überfordert oder hilflos fühlen, können sich Tag und Nacht bei uns melden und bekommen zeitnah und von ausgewiesenen Demenzexperten Rückmeldung. Das Team ist gezielt darauf geschult, auch Menschen ohne Wissen über das Thema Demenz „abzuholen“ und sie an die Hand zu nehmen“, sagt Dr. Sarah Straub. Die Neuropsychologin und Demenzexpertin leitet das Experten-Team bestehend aus Psychologinnen, Medizinerinnen der Fachbereiche Neuropsychologie, Gerontologie und Neurologie, sowie Sozialberatern. Neben der zeitnahen Beratung zu konkreten Fragen, helfen sie den Ratsuchenden, an die bestehenden Versorgungsstrukturen in der jeweiligen Region anzudocken, damit sie heimatnah die Hilfe bekommen, die sie brauchen.

Bei Fragen zu Demenz haben Ratsuchende zwei Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme:

So funktioniert die Anfrage:

Mailberatung: Hier können Ratsuchende ihr Anliegen schriftlich an das Experten-Team der Online-Demenzsprechstunde richten. Die Frage wird innerhalb von 48 Stunden beantwortet.

Chatberatung: Im Live-Chat können Ratsuchende ihre Fragen und Anliegen im direkten schriftlichen Austausch klären. Die Live-Chat-Termine werden bewusst am Abend und am Wochenende angeboten. Termine können dienstags und donnerstags zwischen 19 und 21 Uhr und samstags zwischen 10 und 12 Uhr gebucht werden. Unter www.frag-nach-demenz.de ist die Online-Demenzsprechstunde rund um die Uhr eine zuverlässige Anlaufstelle. Die Experten des Beratungs-Teams reagieren innerhalb von maximal 48 Stunden und können durch ihren professionellen Background komplexe Frage zu Diagnose, Medikation, herausforderndem Verhalten und vielem mehr zeitnah beantworten.

Erklärvideos: Zur Online-Demenzsprechstunde gibt es eine 10-teilige Videoreihe. Einen Überblick aller Folgen finden Sie unter: <https://www.desideria.org/demenz/erklavideos>

Über das Modellprojekt

Die Online-Demenzsprechstunde „Frag nach Demenz“ ist ein Angebot des Vereins Desideria Care e.V.. Es ist ein Modellprojekt, das für drei Jahre aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention sowie durch die Arbeitsgemeinschaft der Pflegekassenverbände in Bayern (soziale Pflegekassen) und durch die private Pflegepflichtversicherung gefördert wird.

Über den Projektträger Desideria Care

Desideria Care unterstützt und stärkt Angehörige von Menschen mit Demenz mit innovativen Onlineangeboten, damit sie diese herausfordernde Lebensphase gut meistern und selbst gesund bleiben. Ziel des gemeinnützigen Vereins ist, Angehörigen Orientierung in der komplexen Welt der Demenz zu bieten und geschützte Räume für den persönlichen Austausch mit anderen Betroffenen zu schaffen. Desideria Care arbeitet stetig daran, einen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft herbeizuführen, Angehörigen eine Stimme zu geben und deren Leistung sichtbarer zu machen. □

Finanz- und Heimatstaatssekretär Martin Schöffel:

Gemeinsam für eine lebendige Wirtshauskultur in Bayern

Heimatministerium unterstützt Projekt der Otto-Friedrich-Universität Bamberg mit über 183.000 Euro – Forschungsprojekt „Genuss und Gemeinsinn“ startet

„Bayerische Wirtshäuser gehören zum Herzstück unserer bayerischen Lebensart und Heimatkultur: Hier, wo Tradition auf Geselligkeit trifft, werden neue Bekanntschaften geknüpft, entstehen Freundschaften und werden Geschichten zusammen erlebt, die unsere Kultur lebendig halten! Wenn wir unsere Wirtshäuser unterstützen, bewahren wir nicht nur unsere bayerische Identität, sondern fördern auch das Gefühl von Heimat, das uns alle verbindet“, betonte Finanz- und Heimatstaatssekretär Martin Schöffel zum Projektauftritt des neuen Forschungsprojekts in Bamberg.

„Es freut mich daher sehr, dass das Heimatministerium das Forschungsprojekt der Otto-Friedrich-Universität Bamberg ‚Genuss und Gemeinsinn: neue ehrenamtliche Strategien für das Wirtshaus‘ mit 183.321 Euro unterstützt“, so Schöffel weiter.

Angebote im Baukastensystem

Im Mittelpunkt des Projekts steht die Entwicklung eines Baukastensystems mit vielfältigen Angeboten, wie sich die Menschen ehrenamtlich für ‚ihr Wirtshaus‘ vor Ort einsetzen können – je nach Interesse und Bedarf und in Abstimmung mit den jeweiligen Betreibern. Das kann von der Unterstützung beim Social-Media-Auftritt, über neue Ideen beispielsweise bei Speisekarte und Rahmenangebot bis hin zur Schaffung zusätzlicher Möglichkeiten im Kultur- und Bildungsbereich gehen – etwa mit Lesungen, Konzerten oder Kulturabenden lokaler Künstler und Vereine. Damit setzen wir einen weiteren wichtigen Impuls, um die Wirtshauskultur in Bayern durch die stärkere Einbindung der Menschen vor Ort lebendig zu halten und neue Wege des Miteinanders zu fördern. „Unsere bayerischen Wirtshäuser, aber auch die Gastronomie allgemein, stehen aktuell vor großen Herausforderungen. Daher setzen wir uns als Freistaat auf allen Ebenen für gute Bedingungen für unsere Wirtinnen und Wirte ein. Wir kämpfen für flexiblere Arbeitszeitmöglichkeiten, weniger Bürokratie und die Reduzierung der Umsatzsteuer auf Speisen in der Gas-

tronomie auf 7 Prozent. So bleibt mehr Geld für Investitionen, Renovierungen und ein gutes Wirtshausangebot und mehr Zeit für die Gäste“, so Schöffel weiter.

Brücken zwischen Wissenschaft und Praxis

„Als Universität wollen wir Brücken zwischen Wissenschaft und Praxis bauen und sind überzeugt, dass aktive Partnerschaften mit Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft positive Veränderungen anstoßen können“, sagte Prof. Dr. Kai Fischbach, Präsident der Universität Bamberg. „Das Forschungsprojekt unter Leitung von Kulturgeograph Prof. Dr. Marc Redepenning ist ein Paradebeispiel für dieses Engagement: Es stellt die Lebensrealität der Menschen in Bayern in den Fokus, sorgt für nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe an Wissenschaft und bietet den Menschen vor Ort die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung ihrer Gemeinschaft mitzuwirken und innovative Ansätze für die Zukunft zu entwickeln.“

Die Menschen aktiv einbinden

In den kommenden drei Jahren wird das Forschungsprojekt innovative und praxisnahe Konzepte für den Betrieb von Wirtshäusern mit ehrenamtlicher Unterstützung in ganz Bayern entwickeln. Im Fokus des Projekts steht dabei die Frage, wie die Menschen vor Ort aktiv in die Wirtshauskultur eingebunden werden können. Ziel ist es, die Wirtshäuser als traditionelle Treffpunkte zu sichern und damit die Lebensqualität der Menschen, insbesondere in ländlichen Regionen, zu steigern.

Das Forschungsvorhaben ist ein wichtiger Baustein der bayerischen Heimatstrategie „Offensive. Heimat. Bayern 2025“ das zeigt, wie Politik zusammen mit der Wissenschaft und den Menschen vor Ort die Zukunft der Wirtshäuser im Freistaat gestalten kann. Es greift damit ein zentrales Anliegen der Beteiligten aus dem Bürgerdialog (www.zukunftsdialoeg.bayern) auf: den Erhalt der bayerischen Gastlichkeit und Gastwirtschaft zu unterstützen. □

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Rampe
Gemeinde Muhr am See
am 16.1.

Bürgermeisterin Barbara Unger
Gemeinde Feldkirchen
am 17.1.

Landrat Johann Kalb
Landkreis Bamberg
am 20.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Konrad Zeiler
Gemeinde Pleiskirchen
am 16.1.

Bürgermeister
Thomas Schneider
Gemeinde Röttenbach
am 20.1.

Bürgermeister Wolfgang Fendt
Stadt Weißenhorn
am 21.1.

Bürgermeister Helmut Voit
Gemeinde Nagel
am 24.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thomas Glashauser
Gemeinde Aschheim
am 26.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Tobias Paintner
Markt Weiler-Simmerberg
am 27.1.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bundewettbewerb „Kommune bewegt Welt“:

Engagierte Preisträger aus Bayern

Bei der Preisverleihung des 10. Wettbewerbs „Kommune bewegt Welt“ im Rahmen der Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik im vergangenen Oktober in Ingelheim am Rhein wurden zwölf Städte, Kreise und Gemeinden für herausragende entwicklungspolitische Arbeit ausgezeichnet. Zu den bayerischen Preisträgern zählen der Landkreis Regen, die Städte Pfaffenhofen an der Ilm und Ebern (Landkreis Haßberge) sowie der Markt Heimenkirch, Landkreis Lindau.

„Vor Ort wird Entwicklungspolitik erfahrbar und bekommt ein Gesicht, denn oft sind es engagierte Partnerschaften von Initiativen und Vereinen, die den Einsatz der Kommunen in der Entwicklungspolitik prägen“, betonte Svenja Schulze, Entwicklungsministerin und Schirmherrin des von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW bei Engagement Global) durchgeführten Wettbewerbs.

In einer Zeit voller Krisen und Konflikte sei es wichtig, über den Tellerrand hinauszublicken und gemeinsam zu handeln. Jede Kommune, die sich für eine nachhaltigere und gerechtere Zukunft, für Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit einsetzt, verdiene deshalb den Respekt der Gesamtgesellschaft und setze ein Zeichen gegen verengte nationale Sichtweisen. „Städte, Gemeinden und Kreise gestalten nicht nur die Zukunft vor Ort, sondern auch das globale Miteinander“, so Schulze.

Die Sieger

Die Gewinner im Wettbewerbsdurchgang 2024 sind die Städte Kiel, Greifswald und Bad Köstritz. Sie konnten in den drei Hauptkategorien ‚große, mittlere und kleine Kommunen‘ überzeugen und mit ihrem Gewinn ein Preisgeld von 30.000 Euro entgegennehmen. Damit können sie ihre entwicklungspolitischen Strukturen und Projekte weiter ausbauen.

Zweite Plätze

Bremen, der Landkreis Regen und die Gemeinde Nohfelden durften sich über zweite Plätze und jeweils 20.000 Euro freuen. Der Landkreis Regen überzeugte die Jury vor allem durch seine kontinuierliche Steigerung und schrittweise Verankerung seines entwicklungspolitischen Engagements über die vergangenen Jahrzehnte. Besonders hervorgehoben wurde etwa die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie, die alle Bereiche der Verwaltung mitdenken und Themen wie soziale Gerechtigkeit, globale Verantwortung oder Ressourcenschutz und Klimafolgenanpassung umfasse.

Über die Verwaltung hinaus beeindruckte der Landkreis mit einem Netzwerk und mehreren Arbeitskreisen, die unter Einbeziehung von Politik, Einwohnern und Wirtschaft Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung vorantreiben, sowie mit der intensiven Zusammenarbeit mit weiteren Kommunen in der Region – so beispielsweise auch mit der sogenannten Eltviller Erklärung, in der sich mittlerweile über 300 Kommunen für die Förderung nachhaltiger Entwicklung aussprechen. Inhaltliche Schwerpunkte des Engagements liegen dabei besonders in der fairen öffentlichen Beschaffung.

Nachhaltigkeitsthemen

Darüber hinaus arbeitet der Landkreis Regen international umfassend an Nachhaltigkeitsthemen, etwa im Städtenetzwerk Südkaukasus, in dem sich deutsche Kommunen mit Städten und Regionen in Aserbaidschan, Armenien und Georgien austauschen, um die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern oder die Einbindung

der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse zu stärken. In der noch jungen Partnerschaft des Landkreises Regen mit mehreren brasilianischen Kommunen stehen derweil die Themen Ressourcenschutz, nachhaltiger Tourismus und Umweltbildung im Fokus – und Regen profitiert von den Erfahrungen der Partner. So werden gemeinsames Lernen und gleichberechtigte globale Zusammenarbeit vorbildhaft gelebt.

Dritte Plätze

Die mit 10.000 Euro dotierten dritten Plätze belegten der Landkreis Böblingen, Pfaffenhofen an der Ilm und Gehrde. Pfaffenhofen wurde für seine langjährige Nachhaltigkeitspartnerschaft mit der Stadt Turrialba in Costa Rica geehrt. Die Jury hob vor allem den innovativen Ansatz der lokalen Bodenallianz, deren Maßnahmen in der Partnerstadt erfolgreich adaptiert worden seien, hervor. In Turrialba werden Bildungs- und Beratungsangebote umgesetzt, um Kleinbauern bei der Umstellung auf ökologische Landwirtschaft zu unterstützen. Dieses Engagement dient nicht nur dem Schutz des Bodens als Lebensgrundlage, sondern auch dem globalen Klimaschutz.

Regionale Partner

Besonders anerkannt wurden auch die Rolle der regionalen Partner in Pfaffenhofen und die Verankerung in Wirtschaft und Politik sowie die Tatsache, dass die Stadt das Projekt mittlerweile aus eigenen Mitteln finanziert, um die städtischen Emissionen auszugleichen. Die Kaffeerösterei Fausto und die Regionalinitiative Pfaffenhofener Land tragen mit der Vermarktung von Kaffee- und Kakaobohnen aus Turrialba – den Partnerschaftsprodukten „PuraVida“ – zum Erfolg des Projekts bei. Ein Teil des Verkaufserlöses fließt in die Weiterführung der Initiative, während gleichzeitig faire Löhne in der Produktion garantiert werden. Der Austausch im Bereich Agroforst, der nachhaltigen Kombination von Bäumen mit landwirtschaftlicher Nutzung, bringt zudem wichtige Vorteile für die Landwirte der Pfaffenhofener Bodenallianz.

Neben Flensburg erhielt der Markt Heimenkirch einen Sonderpreis für sein außerordentliches Partnerschaftsengagement im Libanon. Heimenkirch, Bawarej und Ghazze verbindet seit 2016 eine enge kommunale Partnerschaft. Im Mittelpunkt steht u.a. die intensive Zusammenarbeit zum Thema Flucht und Migration, in der die Kommunen gemeinsam mit einer besonders engagierten Zivilgesellschaft ihre Erfahrungen bei der Partizipation und Integration geflüchteter Menschen teilen.

Besonders beeindruckte die Jury dabei ein Austauschprojekt, in dem junge Menschen aus Bawarej und Heimenkirch direkt in Kontakt gebracht wurden, sowie die Sanierung eines Bürgerparks in Ghazze, der als Begegnungs- und Freizeitzätte für die Menschen vor Ort dient, den freundschaftlichen Kontakt zwischen Geflüchteten und Einheimischen stärkt und für gegenseitiges Verständnis sorgt. Das Engagement des Sonderpreisträgers für die Partner-

schaftsarbeit erfolgt ohne eine dafür zuständige Personalstelle und wird getragen durch die Einbeziehung zahlreicher Akteursgruppen vor Ort.

Der Einsatz Heimenkirchs inspirierte zudem weitere Kommunen in der Region, sich selbst in Partnerschaftsprojekten mit libanesischen Kommunen zu engagieren. So entstand auch über die eigene Gemeinde hinaus ein starkes Netzwerk, in dem sich die Kommunen regelmäßig zur Zusammenarbeit mit dem Libanon austauschen.

Publikumspreis

Über den durch eine Online-Abstimmung ermittelten Publikumspreis in Höhe von 10.000 Euro durfte sich die kleine bayerische Kommune Ebern freuen. „Wir können Netzwerk. Ich bin stolz, dass Ebern bundesweit eine Rolle spielt. Es ist toll, dass wir über unsere Netzwerke vor Ort geschafft haben, Vielen das Thema Kommunen mit globaler Verantwortung zu erreichen“, unterstrich Bürgermeister Jürgen Hennemann. „Das Preisgeld ist für uns klasse, um damit weitere Projekte zur kommunalen Entwicklungspolitik anzugeben. Dabei sollen die Schulen einbezogen werden.“

Nach Angaben der Stadt „ist vor allem die gute Netzwerkarbeit der Baunach-Allianz-Kommunen hervorzuheben“. „Wir sind sehr engagiert, die entwicklungspolitischen Themen im gesamten Allianzgebiet voranzutreiben und zu verankern. Auch lokale Akteursgruppen, z.B. im Bereich fairer Handel und faire Beschaffung, werden eng in die Nachhaltigkeitsarbeit eingebunden. Darüber hinaus konnten wir uns durch die gute Einbindung der Bevölkerung im Rahmen innovativer Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit u.a. zu den SDGs, Publikumsstimmen sichern.“

Auch international ist die Stadt Ebern engagiert. Gemeinsam mit weiteren Kommunen der Baunach-Allianz pflegt sie eine kommunale Partnerschaft mit der tunesischen Kommune El Maamoura und engagiert sich gemeinsam mit ihr etwa im Bereich erneuerbarer Energien: So soll in El Maamoura eine Photovoltaikanlage auf einer Festhalle installiert werden, die im Sommer den Strom für den Betrieb der Klimaanlage erzeugt. **DK**

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

im Jahr 2025 stehen entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft unserer bayerischen Kommunen an. So beginnt das politische Jahr zugleich mit der vorgezogenen Bundestagswahl. Die Wähler entscheiden am 23. Februar mit ihrer Stimme nicht nur über die Neubesetzung des Deutschen Bundestags, sondern auch über Kommunalfreundlichkeit der neuen Bundesregierung.

Für die KPV ist klar: Die neue Bundesregierung muss ihrer politischen Verantwortung gegenüber den Kommunen wieder mehr nachkommen. Die kommunalen Ebenen müssen massiv entlastet werden, statt sie weiter mit neuen Aufgaben zu belasten.

Bundestagswahl 2025: Ein kommunalpolitischer Ausblick

Als KPV haben wir deshalb unsere Kernforderungen zur BTW25 klar formuliert: Eine verlässliche finanzielle Grundausstattung der Kommunen, der spürbare Abbau von Bürokratie, eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung und eine klare Wende in der Asyl- und Migrationspolitik sowie eine qualifizierte Kinderbetreuung vor Ort. Diese Herausforderungen können die Kommu-



nen nicht allein stemmen. Die neue Bundesregierung muss hier wieder ihrer Verantwortung gerecht werden.

Ein besonders drängendes Problem ist die überbordende Bürokratie. Kleinteilige Vorschriften, unnötige Auflagen und ineffiziente Förderstrukturen lähmen die Handlungsfähigkeit unserer kommunalen Ebenen. Hier zeigt sich besonders, wie eng die Entscheidungen auf Bundesebene mit den Herausforderungen vor Ort verwoben sind. Wir fordern daher ein Bürokratie-Mo-

ratorium sowie die Digitalisierung und Vereinfachung von Förderprogrammen. Unsere Kommunen brauchen mehr Entscheidungsspielräume und weniger Auflagen, damit sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können: eine leistungsfähige Infrastruktur, eine sichere Gesundheitsversorgung und bürgerfreundliche Verwaltungen.

Für uns ist klar: Der Schlüssel zu starken Kommunen liegt in einem neuen Miteinander zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Nur so können unsere Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke auch in Zukunft ihre Rolle als Rückgrat unserer Gesellschaft vor Ort erfüllen. Es ist an der Zeit, dass die kommunale Selbstverwaltung wieder gestärkt wird. Lassen Sie uns gemeinsam 2025 zu einem Jahr des Neuanfangs machen – für unsere Kommunen, für Bayern und für Deutschland.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Aufruf der Beauftragten der Länder für deutsche Heimatvertriebene:

Achtzig Jahre Flucht und Vertreibung

„Vor fast fünf Jahren“, so schreiben die Beauftragten der Länder für deutsche Heimatvertriebene und (Spät-)Aussiedler, „im Frühjahr 2020, haben wir, die Beauftragten der Länder für Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler, gemeinsam des 75. Jahrestages des Kriegsendes gedacht und dabei an die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten erinnert. Angesichts der seinerzeit grassierenden Corona-Pandemie war es leider nicht möglich, diesen Anlass so zu begehen, wie es ihm angemessen gewesen wäre. Umso wichtiger ist es, im kommenden Jahr 2025 das Schicksal der von Flucht, Vertreibung und Deportation Betroffenen zu würdigen, sich ihres Leidens zu erinnern und Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen. Unterscriben haben Dr. Jens Baumann, Walter Gauks, Heiko Hendriks, Andreas Hofmeister MdL, und für Bayern Dr. Petra Loibl MdL, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene. Wir geben den Text im Wortlaut wider.

„Dabei dürfen wir nie vergessen, dass die Vertreibung und Deportation von vielen Millionen Deutschen und Angehöriger anderer Völker aus ihrer Heimat zum Anfang des zweiten Weltkrieges und nach dem Zweiten Weltkrieg eine Vorgeschichte

hatten: Schließlich war das nationalsozialistische Deutschland verantwortlich für einen, vor allem im östlichen Europa, mit äußerster Brutalität geführten Eroberungs- und Vernichtungskrieg und den Völkermord an den europäischen Juden. Die Er-

innerung daran und der Imperativ des „Nie wieder“ sind unverzichtbarer Bestandteil unserer Gedenkkultur und nationalen Identität. Sie impliziert zugleich aber auch die Verantwortung und den Auftrag, sich stets für Frieden in Freiheit, für Demokratie und Menschenwürde einzusetzen und Krieg, Völkermord und Vertreibungen zu bekämpfen.

In Europa werden Angriffskriege geführt

Die Erinnerung an Flucht, Vertreibung vor achtzig Jahren und die bereits zeitlich davor vollzogene Deportation der Deutschen in Russland ist umso wichtiger, als Europa (und leider nicht nur Europa, denken wir z. B. an den Nahen Osten) heute (Fortsetzung auf Seite 4)

Benefiz-Schafkopfrennen

für kommunalpolitische Mandatsträger und Freunde

Schirmherren:

Landrat Stefan Löwl (Landkreis Dachau),
Landrat Thomas Karmasin (Landkreis Fürstfeldbruck) und
Oberbürgermeister Dieter Reiter (Stadt München)

Anmeldung nur digital unter:
www.landratsamt-dachau.de/benefizschafkopf2025

Startgeld: 50 €/Person

1. Platz Reisegutschein im Wert von 400 €
2. Platz Preis im Wert von 200 €
3. Platz Preis im Wert von 150 €

Benefizgewinne: Jeder und jede spielt für einen guten Zweck, der bei Anmeldung angegeben wird.

Mitspielen dürfen alle Freunde der Kommunalpolitik

Schlossgut Odelzhausen
Am Schlossberg 1, 85235 Odelzhausen
www.schlossgut-odelzhausen.de



15.3.2025

Anmeldung ab 14:00 Uhr
Beginn 15:00 Uhr

Schlossgut Odelzhausen
www.landratsamt-dachau.de/benefizschafkopf2025



BAU INDUSTRIE
Bayern

AMERISCHER
GEMEINDEZEITUNG

Sparkasse
Dachau

Starke Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Standards, Rechtsansprüche und gesetzliche Leistungen sind nicht mehr erfüllbar, ohne dass das Bestehende ehrlich überprüft und angepasst wird“, stellen Brandl und Berghegger klar. Gleichzeitig sei eine strikte Anwendung des Konnexitätsprinzips zwischen Bund und Kommunen notwendig. Städte und Gemeinden dürften nicht länger Ausfallbürgen für Bund und Länder sein. Allein bei den Ausgaben für soziale Leistungen verzeichneten die Kommunen Jahr für Jahr Anstiege im zweistelligen Prozentbereich. Im Jahr 2025 werden sie erstmals mehr als 80 Milliarden Euro für diesen Bereich aufwenden müssen.

Kurswechsel

Zum notwendigen Kurswechsel gehört aus Sicht des DStGB auch, die Chancen der Digitalisierung konsequent zu nutzen. Automatisierung und Künstliche Intelligenz könnten deutlich zu einer Entlastung der Kommunen beitragen, führten Brandl und Berghegger aus. Zudem biete die Digitalisierung die Chance, grundsätzlich über eine Aufgabenverteilung im Staat zu sprechen: „Städte und Gemeinden sind nicht die Filialen von Bund und Ländern. Wenn es nur darum geht, Leistungen zu erbringen, bei denen es kein Ermessen vor Ort gibt, müssen wir die Frage stellen, ob diese nicht auch zentral erbracht werden können. Die KFZ-Zulassung ist ein Beispiel dafür, wie es im digitalen Zeitalter gelingen könnte, Personal und Kosten zu sparen.“

Apropos Kosten: Die Finanzsituation der Kommunen hat sich im Vergleich zum Vorjahr nochmals deutlich verschlechtert. Mit Blick auf die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit vor Ort kann der Deutsche Städte- und Gemeindebund keine positiven Signale oder Entwicklungen erkennen. „Die Tatsache, dass kaum noch finanzielle Kapazitäten verbleiben, um die Infrastruktur in Deutschland zu sanieren, geschweige denn zu modernisieren, sollte deutlich mehr Alarmbereitschaft auf allen politischen Ebenen hervorrufen“, erklärten Brandl und Berghegger.

In nahezu allen Bereichen,

von der Straße über die Schulen bis hin zu den Sportstätten, mache sich der Substanzverlust bei der technischen und sozialen Infrastruktur deutlich bemerkbar. Seit Jahrzehnten werde zu wenig in die öffentliche Infrastruktur investiert. Auf Ebene der Kommunen liege der wahrgenommene Investitionsrückstand bei 186 Milliarden Euro. In den vergangenen zehn Jahren habe sich dieser Wert mehr als verdoppelt. Über die Hälfte des Investitionsstaus gehe dabei auf die Bereiche Bildung und Verkehrsinfrastruktur zurück. „Wir müssen den Substanzverlust stoppen und in den Investitions-Modus schalten. Nur so kann es uns gelingen, dass wir international nicht noch stärker zurückfallen und Made-in-Germany wieder zum Aushängeschild werden kann“, forderten die Verbandschefs.

Die chronische Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden sei die größte Hürde für kommunale Investitionen. Hinzu kämen nicht-monetäre Hindernisse wie begrenzte Kapazitäten in der Bauverwaltung, steigende Baupreise, überbordende Administration, teilweise zu hohe und damit in der Regel teure Baustandards oder lange Gerichtsverfahren bei Klagen. Kommunalpolitik findet laut Brandl und Berghegger „nicht im Wolkenkuckucksheim statt, sondern mit dem größten und nächsten Bezug zu Menschen vor Ort. Wir brauchen zusätzliche Handlungsspielräume statt überbordender Bürokratie.“

Von der Bundespolitik erwartet der DStGB in der neuen Legislaturperiode insbesondere folgende Maßnahmen:

1. Die kommunale Investitionskraft muss mit einem Investitionsprogramm gestärkt werden. Die gesamtstaatliche Steuerverteilung ist zugunsten der Kommunen zu reformieren. Staatliche Sozialleistungen müssen zielgenau und effizient sein. Die Kommunen tragen derzeit gesamtstaatlich rund 25 Prozent der Ausgaben, erhalten jedoch nur rund 14 Prozent der gesamtstaatlichen Steuereinnahmen. Die Sozialausgaben haben

sich in 15 Jahren verdoppelt und die Tendenz ist weiter stark steigend. Das liegt nicht zuletzt an deutlichen Aufgaben- und Standardweiterungen durch den Bund. Deutschlands wirtschaftliche Stärke und Wohlstand müssen vorrangig gesichert werden. Ohne starke Infrastruktur keine starke Wirtschaft. Deshalb müssen Investitionen jetzt Vorrang haben. Durch die dramatische finanzielle Lage ist die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt. Kommunale Rettungspakete genügen jetzt nicht mehr. Wir brauchen ein Moratorium: Neue Standards, Rechtsansprüche und gesetzliche Leistungen sind nicht mehr erfüllbar, ohne dass das Bestehende „ehrlich“ überprüft und angepasst wird.

2. Die Zuwanderung muss gesteuert, geordnet und begrenzt werden. Es bedarf einer gemeinsamen groß angelegten Integrationsoffensive von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die Fachkräftezuwanderung muss beschleunigt werden. Die Kommunen brauchen die Zeit und die Möglichkeit, denen gut zu helfen, die der Hilfe bedürfen. Allein seit 2022 sind rund 2 Millionen Menschen nach Deutschland gekommen, die integriert werden müssen. Die Kraft und die Ressourcen reichen jedoch dafür vor Ort nicht mehr aus. Die Sozialstandards in der EU müssen nach Kaufkraft vereinheitlicht werden. Der Bund muss mit seinen Kompetenzen mehr Verantwortung bei Abschiebungen übernehmen. Die Zuwanderung von dringend notwendigen Fachkräften ist verfahrensmäßig zu beschleunigen.

3. Die äußere und innere Sicherheit muss gestärkt werden. Das beinhaltet auch eine deutliche Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes. Die vergangenen Jahre haben vor Augen geführt, dass Sicherheit und Freiheit auch im Zentrum von Europa nicht mehr selbstverständlich sind. Auf diese Situation müssen wir uns einstellen. Neben dem deutlichen Ausbau der äußeren Sicherheit ist es zwingend notwendig, die innere Resilienz Deutschlands zu stärken. Dazu beitragen könnte die Einführung eines verbindlichen Gesellschaftsjahres. Der

Zuckersteuer statt ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Gegenteil: Die Kliniken sind täglich 24/7 gefordert und werden gebraucht.“

Roland Engehausen zufolge setzt das KHVVG auf höhere Strukturvorgaben in der Annahme, dass dadurch die Versorgungsqualität steigt. Wahrscheinlicher sei aber das Gegenteil: „Es entstehen höhere Kosten, die nicht gedeckt sind, während gleichzeitig die Wartezeiten für die Patientinnen und Patienten steigen.“

Grundsätzliches Umdenken

„Natürlich muss der Sozialstaat finanzierbar sein und wir können in Deutschland besser werden, um die Lebenserwartung im OECD-Vergleich zu steigern“, fuhr der Geschäftsführer fort. Deshalb sei ein grundsätzliches Umdenken für eine zukunftsorientierte Versorgung, die endlich auch eine effektive Patientensteuerung in den Blick nimmt und die Prävention in den Mittelpunkt stellt, vonnöten. Die Einführung einer gezielten Zuckersteuer wie in Großbritannien und weiteren europäischen Ländern könnte wirksam dazu beitragen, ernährungsbedingte Krankheiten deutlich zu reduzieren. Nach Ansicht von Experten ließen sich in den nächsten 20 Jahren 160.000 Lebensjahre gewinnen und 16 Milliarden Euro gesellschaftliche Kosten einsparen. „Dies wäre ein echter und

Zivil- und Katastrophenschutz und die Klimafolgenanpassung unter Einbeziehung der Eigenverantwortung der Bevölkerung sind auszubauen. Um vorhandene Konzepte umzusetzen, muss der Bund in den nächsten Jahren ausreichend Mittel bereitstellen.

4. Die Digitalisierung staatlicher Dienste ist dringend voranzubringen. Benötigt wird eine deutliche Entbürokratisierung. Bis 2030 werden allein auf der kommunalen Ebene rund 30.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen. Daher müssen die Digitalisierungspotenziale konsequent genutzt werden. Der Bund muss zusammen mit den Ländern klare und einheitliche Vorgaben machen und Lösungen präsentieren. Durchgehend digitale Prozesse sind zu ermöglichen und dabei muss der Datenschutz pragmatisch ausgestaltet werden. Die Kommunen wissen vor Ort am besten, was benötigt wird. Sie brauchen keine Kleinststeuerung in Förderprogrammen und Verwaltungsvereinbarungen durch den Bund und die Länder. Bundes-Förderprogramme sollten daraufhin überprüft werden, ob die Mittel nicht besser nach pauschalen Kriterien für einen bestimmten Zweck an die Städte und Gemeinden gegeben werden.

5. Die frühkindliche Bildung und Betreuung muss flexibilisiert und ausfinanziert werden, um den Betreuungsumfang sicherstellen zu können. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung im Grundschulalter muss im investiven Bereich und im Betrieb an den tatsächlichen Kosten orientiert ausfinanziert werden. Angesichts fehlender pädagogischer Kräfte lässt er sich auch nicht vollständig erfüllen. Zumindest sollte eine zeitliche Verschiebung beschlossen werden. Die Kita-Kosten steigen in kürzester Zeit in ungeahnte Höhen, Personalmangel führt zu immer mehr Gruppenschließungen. Neben pädagogischen Fachkräften müssen in diesen Bereichen auch weitere geeignete Personen zugelassen werden, heißt es abschließend in der Resolution des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. **DK**

einfach umsetzbarer Beitrag zur besseren Gesundheit für die Bürgerinnen und Bürger. Leider hat der amtierende Bundesgesundheitsminister solche Themen liegen gelassen und dafür die Versorgungsbürokratie mit noch mehr Dokumentation und unerfüllbaren Vorgaben weiter erhöht, die für die Menschen aber keine praktischen Vorteile bringt. Dieser gesundheitspolitische Irrweg muss grundlegend korrigiert werden“, forderte Engehausen.

Kluge Digitalisierung

Dass kluge Digitalisierung ein Weg aus der Krise sein kann und als „Jahrhundertchance“ für den Gesundheitssektor“ begriffen werden sollte, machte Digitalminister Dr. Fabian Mehring bei einem Informationsaustausch mit den Spitzenvertretern der Bayerischen Krankenhausesgesellschaft deutlich. Sie erhöhe einerseits die Qualität der Behandlung und gleichzeitig die Effizienz im Gesundheitswesen, weil sich Prozesse automatisieren lassen oder Kliniken und ambulante Ärzte besser miteinander vernetzt sind.

Um die Versorgung der Patienten zu optimieren, setzt die BKG konsequent auf Digitalisierung und hat sich darum 2023 an der Gründung der Klinik IT Genossenschaft (KIG) mit Sitz in München beteiligt – eine bundesweit einmalige Einrichtung,

Bayerischer Integrationspreis 2025:

Kunst macht sichtbar

Achtung: Bewerbungsfrist läuft bis zum 12. Februar 2025

Der Bayerische Landtag, das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration sowie der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung vergeben auch 2025 wieder gemeinsam den Bayerischen Integrationspreis. In diesem Jahr steht er unter dem Motto „Kunst macht sichtbar – Integration durch Teilhabe am kulturellen Leben“. Bis zum 12. Februar 2025 können sich Vereine, Institutionen und Einzelpersonen beteiligen, die sich in besonderer Weise um die gemeinsame kulturelle Teilhabe von einheimischen und zugewanderten Menschen verdient gemacht haben und integrative Strahlkraft ausüben.

„Kunst und Kultur“ umfasst eine Vielzahl von Bereichen, die sich kreativen Ausdrucksformen und kulturellen Praktiken widmen. Malerei, Musik, Tanz, Theater und Film, auch gelebte Brauchtumpflege können Brücken zu einer gelungenen Integration von zugewanderten Menschen sein. Künstlerische Beschäftigung und kulturelle Veranstaltungen bieten eine Plattform für den Austausch von Ideen, Traditionen und Erfahrungen und bringen Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Kunst hilft, die eigene Identität auszudrücken, zu reflektieren und für andere sichtbar zu machen. Sie kann dazu beitragen, gegenseitige Vorurteile abzubauen und sich für neue Sichtweisen zu öffnen. Kunst- und Kulturprojekte bieten zudem gute Gelegenheiten, die deutsche Sprache zu erlernen und anzuwenden.

Gemeinsam etwas schaffen

Deshalb richtet sich die Ausschreibung vor allem an Ehrenamtliche, zivilgesellschaftlich engagierte Vereine, Institutionen oder Initiativen, die in innovativer Weise die regelmäßige und dauerhafte kulturelle Teilhabe von zugewanderten und geflüchteten Menschen fördern und hierdurch das Ankommen in unserem gesellschaftlichen Alltag erleichtern.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner betont: „Kunst und Kultur bieten Menschen jeder Herkunft und mit unterschiedlicher Geschichte unendlich viele Möglichkeiten, gemeinsam etwas zu schaffen. Bei kreativer Tätigkeit lernt man sich kennen und versteht, was der oder dem anderen wichtig ist. Ich finde es großartig, dass wir den Fokus beim Bayerischen Integrationspreis 2025 auf diesen wichtigen Bereich richten. Ich bin gespannt auf die Bewerberinnen und Bewerber und freue mich darauf, den herausragenden Projekten bei der Preisverleihung im Bayerischen Landtag wieder eine

große Bühne zu bieten. Die Integration der Menschen, die zu uns gekommen sind, ist entscheidend für den gesellschaftlichen Frieden. In der aktuellen Zeit kann man ehrenamtliches Engagement in diesem Bereich daher gar nicht hoch genug würdigen.“

Gegenseitiges Interesse an verschiedenen Lebenswelten

Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann stellt fest: „Integration lebt von der Begegnung zwischen Zugewanderten und Einheimischen. Das gegenseitige Interesse an verschiedenen Lebenswelten, der Austausch untereinander und die Offenheit für die kulturelle Vielfalt, die Migration mit sich bringt, bilden die Basis für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bereichern unseren Alltag. Dabei prägen und beeinflussen auch zugewanderte Künstler schon seit langem und bis heute in hervorragender Weise die bayerische Kunst- und Kulturgeschichte.“

Der Integrationsbeauftragte Karl Straub findet das diesjährige Motto sehr passend gewählt: „Kunst hat schon immer Sichtweisen auf den Kopf gestellt, dem Betrachter erlaubt, eine neue Perspektive einzunehmen. Sie lädt ein zur Auseinandersetzung, provoziert vielleicht auch – auf eine inspirierte und inspirierende Art. Nicht umsonst wird in autoritären Regimen die Kunstfreiheit, die in unserem Grundgesetz verankert ist, stark eingeschränkt. Wenn sich die Erfahrungen zugewandelter Menschen also auf diese Weise ausdrücken können, ist das gelebte Demokratie und damit Freiheit.“

Der Bayerische Integrationspreis 2025 ist mit insgesamt 9.000 Euro dotiert. Es ist zweckgebunden für Projekte und Initiativen im Bereich der Integration einzusetzen.

<https://integrationsbeauftragter.bayern.de/integrationspreis-2025/>

die als Vorbild für Digital-Kooperationen in der Gesundheitsversorgung gilt. Die KIG setzt flächendeckend Digitalisierungsprojekte um und entwickelt eine gemeinsame Digitalstrategie für die Krankenhäuser. Ein Beispiel dafür ist die Plattform „mein-krankenhaus.bayern“, die ein einheitliches digitales Patientenportal aufbaut. 137 Krankenhäuser beteiligen sich mittlerweile an der Initiative, die im Herbst 2024 an den Start ging.

Gemeinsam mit dem Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention fördert das Staatsministerium für Digitales zwei KIG-Projekte, die die Vernetzung zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten verbessern sowie eine Eingreiftruppe für Cybernotfälle in den Kliniken aufbauen wollen. Im Sommer 2024 haben Digitalminister Mehring und Gesundheitsministerin Gerlach den Förderbescheid über 1,4 Millionen Euro an die KIG übergeben. Die beiden Projekte sind laut Mehring „Leuchtturmprojekte, die weit über Bayern hinaus Vorbilder für andere Kliniken werden könnten“.

Die Förderung für die KIG ist

eines von weiteren Vorhaben im Gesundheitsbereich, die das Digitalministerium unterstützt. Im Pilotprojekt „Frau.Herz.KI – Gezielte Medizin für Frauen“ wurde zum Beispiel untersucht, wie Künstliche Intelligenz Hinweise auf eine koronare Herzkrankheit bei Frauen geben und so die Ärzte bei der Diagnose unterstützen kann. Zudem entwickelte der Krankenhauszweckverband Aschaffenburg-Alzenau im Rahmen von „TwinBy – Digitale Zwillinge für Bayern“ ein Bettenbelegungstool, das den Prozess der Bettenverwaltung deutlich vereinfacht und so das medizinische Personal spürbar entlastet. Darüber hinaus werden mit der Pflege-App „Nui“ pflegende Angehörige bei der Organisation von Pflegeaufgaben und der Beantragung von Pflegeleistungen unterstützt.

„Die Zukunft ist digital“, betonte Mehring: „Wir stehen erst am Anfang einer faszinierenden Entwicklung, die unser Gesundheitssystem effizienter und besser machen wird – zum Wohle der Patienten und der Beschäftigten in den Kliniken. Und zwar sowohl in den Städten als auch auf dem Land.“ **DK**

Achtzig Jahre Flucht ...

(Fortsetzung von Seite 3)
wieder ein Kontinent ist, in dem Angriffskriege geführt, nationaler Hass geschürt und Menschen massakriert und vertrieben werden. Nach den vom Drang nach „ethnischer Säuberung“, nationalem und religiösem Hass befeuerten Kriegen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo in den neunziger Jahren sind es heute der russische Überfall auf die Ukraine mit seinen mittlerweile in die Hunderttausende gehenden Opfern und Millionen von Heimatvertriebenen, und die von der Weltöffentlichkeit weder zur Kenntnis genommene noch sanktionierte Vertreibung fast der gesamten armenischen Bevölkerung aus Berg-Karabach, die uns fassungslos machen.

Vertreibung muss geächtet werden

Diese Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit und der Gegenwart belegen, welche Folgen es hat, wenn Vertreibung nicht geächtet, wenn ihre Geschichte nicht umfassend aufgearbeitet und im kollektiven Gedächtnis verankert wird. Das Jahr 2025 bietet nun die Chance, sich gemeinsam mit den noch lebenden Zeitzeugen der damaligen Ereignisse von Flucht, Vertreibung und Deportation zu er-

innern. Wir gedenken der dabei und in Internierungs- und Arbeitslagern Getöteten, der Verwehrten, der zur Zwangsarbeit Verschleppten und der unzähligen Vergewaltigungsopfer. Viele der von Gewaltexzessen, Not, Hunger, Kälte, Krankheiten und allgegenwärtiger Willkür Betroffenen blieben lebenslang traumatisiert, wobei gerade Frauen, Kinder, Alte und Kranke zu leiden hatten und haben. Diese Traumatisierung wirkt in Folgegenerationen nach. Wiewohl in ihrer neuen Heimat oft unwillkommen und diskriminiert, haben die Vertriebenen wesentlich zum Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg beigetragen. Aussiedler und Spätaussiedler trugen zur positiven Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere nach der Wiedervereinigung, bei. Besonders zu würdigen ist aber, dass die Vertriebenen schon wenige Jahre nach Kriegsende den Völkern des östlichen Europas die Hand zur Versöhnung gereicht haben. Trotz ihres schweren Verlusts haben sie sich als Brückenbauer um die Einheit und Zukunft Europas verdient gemacht und setzen sich vereint mit Aus-siedlern und Spätaussiedlern in der Gegenwart und Zukunft weiterhin dafür ein.“

Bayerischer Ministerrat:

Vorfahrt für die Energiewende

Bayern ist eines der ersten Bundesländer, dass die Bundesvorgaben des Wärmeplanungsgesetzes auf Landesebene umsetzt. Die entsprechende Verordnung beschloss der Ministerrat kurz vor Weihnachten. Um den Städten und Gemeinden die Erstellung der kommunalen Wärmeplanung zu erleichtern, verzichtet die Staatsregierung auf zusätzliche Vorgaben und Berichtspflichten. In Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden erstattet der Freistaat bis 2028 rund 79 Millionen Euro.

Wie Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger erläuterte, „stellen wir bei der Umsetzung des Bundesgesetzes die Machbarkeit nach vorne; es gilt Freiwilligkeit vor Zwang. Wir wünschen uns, dass Kommunen die Bürger bei der Wärmeplanung mitnehmen und von sinnvollen Konzepten überzeugen, wo es solche Konzepte gibt. Wir lassen unsere Gemeinden dabei weder im Regen stehen, noch planen wir von oben herab.“

Städte und Gemeinden hätten ab 2025 die volle Planungshoheit, um die Vorgaben des Bundes effektiv und vernünftig umzusetzen. „Die Umsetzung gestalten wir dabei so bürokratiearm wie nur möglich, zum Beispiel durch Kurzenergienutzungspläne für kleine Kommunen. Der Freistaat unterstützt finanziell, zum Beispiel bei den Planungskosten, und in Form von Beratungsangeboten, in-

dem wir gemeinschaftliche Daten zu den Wärmebedarfen liefern.“

Wärmeplanung

Zudem erhält jede bayerische Gemeinde ein Kurzgutachten über den Stand der Wärmeversorgung in ihrem Gebiet. Die Bayerische Verwaltungsschule bietet heuer laut Aiwanger in allen Regierungsbezirken Informationsveranstaltungen zur kommunalen Wärmeplanung an. Vollzugsbehörde für die Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes wird das Bayerische Landesamt für Maß und Gewicht, eine nachgeordnete Behörde des Bayerischen Wirtschaftsministeriums.

Darüber hinaus beschloss der Ministerrat auf Aiwangers Initiative, eine verpflichtende Beteiligung von Bürgern und Gemeinden an neuen Windkraft- und

Photovoltaik-Freiflächenanlagen einzuführen. Dieses Gesetz wird nun nach der Verbandsanhörung dem Landtag zur Abstimmung vorgelegt.

Aiwanger zufolge ist die lokale Akzeptanz ein entscheidender Faktor für das Gelingen der Energiewende: „Durch die Beteiligung der Gemeinden und Bürger an Anlagen vor Ort sehen wir eine Möglichkeit, die Akzeptanz für die Energiewende weiter zu stärken. Künftig müssen bei einem Windrad von über 50 Metern oder eine PV-Freiflächenanlage von mindestens fünf Megawatt insgesamt 0,3 Cent pro eingespeiste Kilowattstunde an Gemeinde und Bürgerbeteiligungsprojekte gehen. Für einen Gemeinderat, der über Flächen für Windkraft und Photovoltaik debattiert, könnte das einen großen Unterschied machen. Es ist durchaus relevant, ob jährlich beispielsweise 30.000 Euro zusätzlich in die Kasse kommen. Es war uns wichtig, das zu beschließen. Wir warten hier nicht auf den Bund.“

Die Beteiligungspflicht gilt für Windenergieanlagen ab einer Gesamthöhe von mehr als 50 Metern und für Photovoltaik-Freiflächenanlagen ab einer

Struktur, insbesondere für den Schwerlastverkehr, gekoppelte Business-Cases für EE-Erzeugung und Ladeinfrastruktur zugelassen werden.

Verfahren vereinfachen

Das überragende öffentliche Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien muss nach Auffassung des AKE zum Grundsatz des Verwaltungshandelns werden. Für sämtliche erneuerbaren Energieanlagen und dafür nötige Infrastrukturen solle die Ausgleichsflächenpflicht entfallen. Das Verbandsklagerecht solle ausgesetzt und Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht, digitalisiert, standardisiert und beschleunigt werden. Innovative Geschäftsmodelle und Sektorenkopplung müssten rechtlichen und marktwirtschaftlichen Freiraum erhalten.

Stromsteuer reduzieren

Um die Stromkosten zu senken, müssten das EEG, die Netzentgelte und der Redispatch-Mechanismus reformiert werden. Die Stromsteuer sei auf das europäische Minimum zu reduzieren und die Digitalisierung des Energiesystems zur Effizienzsteigerung voranzubringen.

Um die Klimaschutzziele trotz verbleibender Restemissionen wirtschaftlich zu erreichen, sollen schließlich „Abscheidung, Weiterverarbeitung und Speicherung von CO₂ durch CCS und CCU technologieoffen onshore und offshore im großen Stil ermöglicht werden“. Für diese Klimaschutzlösungen sei ein „technologieoffener Marktmechanismus“ erstrebenswert. **DK**

Appell des Verbands kommunaler Unternehmen:

Technologieoffenheit nicht untergraben

Im Zusammenhang mit der Festlegung der Bundesnetzagentur zu Wasserstoff-Fahrplänen („FAUNA“) kritisiert der VKU die engen Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), die die Regulierungsbehörde nun umsetzt. Laut VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing ist Wasserstoff ein zentraler Baustein der Energiewende. Mit der Festlegung zu „FAUNA“ komme ein weiterer Baustein hinzu. Allerdings werde der Einsatz des Energieträgers bei der Wärmewende durch die Vorgaben des § 71k GEG als Rechtsgrundlage für „FAUNA“ unnötig erschwert, wenn nicht sogar ausgeschlossen.

Gasnetzbetreiber müssten für den Übergang von Gas auf Wasserstoff einen verbindlichen Fahrplan inklusive Wirtschaftlichkeitsnachweis für die 2030er Jahre erbringen, was heute niemand verbindlich leisten kann. So werde Technologieoffenheit bewusst konterkariert.

Ausdruck von Misstrauen

„Dass das GEG für kommunale Planungen derart detaillierte Vorgaben macht, ist ungewöhnlich und der einzige Fall, in dem kommunale Planungen durch eine Bundesbehörde genehmigt werden müssen. Das ist Ausdruck von Misstrauen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Genehmigungspflicht entfällt“, stellte Liebing klar.

Aus seiner Sicht bleibt Wasserstoff mit diesem „Verhinderungsparagrafen“ nur eine theoretische Option. Die notwendige Infrastruktur werde unter diesen Vorzeichen nicht gebaut bzw. auf Wasserstoff umgestellt werden können. Ziel müsse sein, die Wärmewende vor Ort in den Kommunen praxistauglich und technologieoffen voranzubringen. „Überregulierung und Mikromanagement fördern Ineffizienzen und bremsen die Energiewende“, betonte der VKU-Hauptgeschäftsführer. Als „bedauerlich“ bezeichnete Liebing in einer weiteren Stellungnahme das Scheitern des Kraftwerkssicherheitsgesetzes. Schließlich sei das Thema absolut dringlich: „Wir brauchen Kraftwerke mit gesicherter Leistung für die Zeiten, wenn Wind nicht weht und Sonne nicht scheint. Je schneller der Hochlauf der Erneuerbaren Energien von statten geht, umso wichtiger werden diese Kraftwerke, die eigentlich schon im letzten Jahr ausgeschrieben werden sollten. Allerdings war auch der zuletzt vorliegende Gesetzentwurf nicht geeignet, die notwendigen Investitionen anzureizen und bot nicht die notwendige Grundlage für entsprechende Investitionen von Stadtwerken. Umso wichtiger ist, dass dieses Thema nach der Bundestagswahl oberste Priorität für die nächste Bundesregierung bekommt. Die kommunale Energiewirtschaft ist gerne bereit, an guten Lösungen mitzuwirken, die wir für den Erfolg der Energiewende brauchen.“ **DK**

AKE-Landesversammlung 2024:

Mehr Markt für den Strommarkt

Sachkundige Diskussionen zur Energiewende lieferte die jüngste Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU (AKE) in München. Im Mittelpunkt stand der verabschiedete Leitantrag „Mehr Markt für den Strommarkt“, der die Mandatsträger auf landes-, bundes- und europäischer Ebene auffordert, sich für konkrete energiepolitische Maßnahmen einzusetzen. Teil dieser Maßnahmen seien unter anderem der Netzausbau und entsprechende Speichermöglichkeiten.

Mit Blick auf die notwendige Entwicklung eines marktwirtschaftlichen Strommarktdesigns plädiert der AKE für eine Umlage- und abgabenfreie Direktvermarktung von EE-Strom über nichtöffentliche Netze/Verteilnetze innerhalb einer Kommune oder Verwaltungsgemeinschaft. Statt fiktiven Referenzerlösen sollten Flexibilität sowie die Förderung von realen Fördermengen priorisiert werden. Durch Einbeziehung des Stromhandels könnten Redispatch-Kosten verringert werden. Die Auseinandersetzung mit einem künftigen Strommarktdesign müsse unter Beteiligung aller relevanten Verbände und Akteure, insbesondere auch der kleinen und mittleren Projektierer und Bürgerenergiegesellschaften, vonstattengehen.

Netzausbau beschleunigen

Darüber hinaus sei der Netzausbau zu beschleunigen, indem temporär auch Betreiber Netzausbaukosten auf die Netzentgelte umlegen können, und den Übertragungsnetzbetreibern ein proaktiver Netzausbau ermöglicht wird. Netze müssen laut Leitantrag entlastet werden, indem eine Dynamisierung der Stromtarife nach EE-Verfügbarkeit angewendet wird, die Netzentgelte dynamisiert und unregelmäßige Auf-Dach-Anlagen und Balkonmodule auf den Eigenverbrauch beschränkt werden. Zudem müssten die Sektorenkopplung besser im Strommarktdesign abgebildet und Hochtemperatur-Wärmespeicher einbezogen werden. Auch sollten Erneuerbare Energien weiterhin flächendeckend vorrangig eingespeist werden dürfen und es sollte mehr Leistung für kombinierte PV und Wind an Einspeisepunkten möglich sein.

Der AKE fordert darüber hinaus die Schaffung eines Marktes

für netzdienliche Energiespeicher. Erneuerbare Energieanlagen und Speicher seien als Einheit zu betrachten. Abgeschafft werden soll die Doppelbelastung von Speichern durch Umlagen, Steuern und Abgaben. Jegliche Art der Speicherung elektrischer Energie (ohne Verbrauch) sei umlage- und abgabefrei zu stellen. Die Leistungsfähigkeit vorhandener Netze sei durch netzvorgelagerte Speicher zu erhöhen. Unbundling solle für netzvorgelagerte Speicher gelockert sowie das Beihilferecht funktional ausgestaltet werden.

Effizienzsteigerung und Sektorenkopplung

Mit Blick auf Effizienzsteigerung und Sektorenkopplung wird dafür plädiert, Biomasse primär zur Deckung von Spitzenlast und weniger zur Deckung von Grundlast einzusetzen. Ist der Bedarf besonders hoch, soll wertvolle Biomasse als Energiespeicher genutzt und aus Biogas vorrangig Wärme und Strom erzeugt werden. Dazu müssten die Rahmenbedingungen und Vergütungen angepasst, Flexibilitätprämien erhöht und Biogaspeicher gefördert werden. Dadurch soll Speicherkapazität im TWh-Bereich mit bereits vorhandenen Anlagen geschaffen werden.

Planungssicherheit schaffen

Im Fokus steht zudem die Schaffung von Investitionsplanungssicherheit bei Substitution in den Sektoren Industrie, Wärme und Mobilität, z.B. durch garantierte dynamische Preisgrenzen für Wärmepumpen-/E-Ladestrom, oder indem erneuerbarer Strom nicht mehr als fossile Alternativen (inkl. CO₂-Preis, Energiesteuer etc.) kosten darf. Überdies sollten beim Aufbau einer effizienten Ladeinfra-

installierten Leistung von über fünf Megawatt. Ausgenommen sind Projekte von Bürgerenergiegesellschaften oder für spezielle Photovoltaikanlagen, wie Agri- oder Floating-PV.

Die Regelung sieht nach Angaben des Bayerischen Wirtschaftsministeriums vor, dass sich Vorhabenträger von diesen Anlagen mit den Gemeinden auf eine individuelle Beteiligungsvereinbarung einigen. Die Möglichkeiten reichen von einer Beteiligung an der Projektgesellschaft bis hin zu vergünstigten Stromtarifen oder der Finanzierung gemeinnütziger Projekte. Eine weitere Maßnahme könne etwa der Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektromobilität sein. Insgesamt sollen Gemeinden und Anwohner Teilhabemöglichkeiten in einem Wert von 0,3 Cent pro Kilowattstunde erhalten.

Windenergie

Bei Windenergieanlagen sind sämtliche Gemeinden in einem 2,5 Kilometer-Radius um die Anlagen sowie zusätzlich die Einwohner mit Hauptwohnsitz in diesen Gemeinden beteiligungsrechtlich. Damit profitierten nicht nur die Standort- und Nachbargemeinden, sondern auch die Bürger, so Aiwanger. Bei PV-Anlagen profitierten die jeweiligen Standortgemeinden sowie deren Einwohner.

Der Bundesgesetzgeber hat mit § 6 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) eine freiwillige Regelung zur finanziellen Beteiligung von Kommunen geschaffen. Bürger profitieren dabei nur indirekt. Eine bundesweit einheitliche Regelung ist derzeit nicht in Sicht, weshalb Bayern eine eigene verbindliche Regelung entwickelt hat. **DK**

Für den Bürgerenergiepreis suchen wir:

Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter [bayernwerk.de/buergerenergiepreis](https://www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis)

100 Jahre Bayernwerk

bayernwerk



CellCircle ist bestes Energie Start-up Bayern

Sieger beim Wettbewerb „Energie Start-up Bayern 2024“ mit neuem Batterierecycling

Mit dem ersten Platz beim internationalen Wettbewerb „Energie Start-up Bayern“ erhielt das Würzburger Unternehmen CellCircle eine wichtige Auszeichnung für sein neuartiges Verfahren zum besonders ressourceneffizienten Recycling von Lithium-Ionen-Batterien. Auch Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger lobte bei der Preisverleihung in München das große Engagement für die nachhaltige Energiezukunft des Freistaats.

Vor allem die im Vergleich mit bisherigen Prozessen um bis zu 60 Prozent geringeren CO₂-Emissionen des innovativen CellCircle-Recyclings überzeugten die Jury. Das von Gründer Dr. Andreas Bittner in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer ISC entwickelte Verfahren für Lithium-Ionen-Batterien sorgt zudem noch für geschlossene Wertstoffkreisläufe innerhalb Europas und verbraucht weniger Energie sowie Chemikalien.

Die Preisverleihung im Rahmen der Start-up Demo Night in München mit über 800 Teilnehmern bildete den Höhepunkt des renommierten Gründer-Wettbewerbs „Energie Start-up Bayern“, der alle zwei Jahre stattfindet. Gemeinsam initiiert vom Bayerischen Wirtschaftsministerium, der Bayern Innovativ GmbH, der BayStartUp GmbH sowie der Bayernwerk AG, dem Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) und der Verbund AG sollen damit Ideen, Technologien und Start-ups für die Energiezukunft Bayerns gefördert werden.

„Der Preis motiviert uns nun noch mehr bei Investorengesprächen und der zeitnahen industriellen Umsetzung unseres Verfahrens“ kommentiert Bittner die Auszeichnung. „Eine Pi-

lotanlage dafür wollen wir in Süddeutschland aufbauen. Wir sehen hier beste Voraussetzungen und durch die Marktstudien großes Potenzial für eine europaweit agierende Batterie-Kreislaufwirtschaft. Diese wird unser Land wirtschaftlich unabhängiger machen“ resümiert der Unternehmer aus Würzburg.

Freude beim Rathauschef

Auch OB Christian Schuchardt würdigt die Auszeichnung: „Ich freue mich sehr, dass kurz nach dem Gewinn des Deutschen Gründerpreises durch unser Würzburger Start-up WeSort.AI nun auch CellCircle mit diesem Erfolg erneut zeigt, wie hochwertig die Ideen und vielversprechend die Aktivitäten der Würzburger Gründerszene sind. Dies unterstreicht die Bedeutung dieser grundlegenden Arbeit. Ich gratuliere dem Start-up herzlich und bin überzeugt, dass es – wie viele andere in unserer Stadt – erfolgreich weiterwachsen wird und unseren Standort überregional, national und vielleicht sogar weltweit bekannt machen kann.“

CellCircle wurde 2022 als

Spin-off des Fraunhofer-Instituts für Silicatforschung ISC gegründet und hat seinen Sitz in Würzburg. Das Start-up entwickelt innovative Batterierecyclingprozesse, um Funktionsmaterialien von Lithium-Ionen-Batterien zerstörungsfrei in hoher Reinheit zurückzugewinnen. Dies spart im Vergleich

Weißenburg i.Bay.:

Solares Denkmalkonzept in der Altstadt

Die Änderung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes 2023 und die verstärkte Bedeutung der Nutzung regenerativer Energien hat die Stadt Weißenburg i.Bay. veranlasst, nach tragfähigen Möglichkeiten zu suchen, wie sich Solaranlagen harmonisch in die Dachlandschaft und das Stadtbild einfügen lassen. Seit kurzem liegt ein solares Denkmalkonzept in der mittelalterlichen Altstadt von Weißenburg vor, welches das Spannungsfeld aufzulösen versucht.

Der Rahmenplan „Solar in der Stadt“ in Weißenburg ist eine Initiative, die darauf abzielt, die Nutzung von Solaranlagen mit dem Denkmalschutz in Einklang zu bringen. Dieser Plan stellt ein innovatives Instrument sowohl für Eigentümer als auch für die Verwaltung dar, das aufzeigt, wo und wie Solaranlagen zulässig sind.

Damit sich Solaranlagen durch eine entsprechende Gestaltung verträglich in die Dachlandschaft einfügen, wurden je nach Wahrnehmbarkeit und Lage der Dachfläche im Stadtraum spezifische gestalterische Anforderungen für Planung und Bau erarbeitet.

Die Dächer in Weißenburg werden in drei verschiedene Raumtypen eingeteilt, basie-

rend auf Kriterien wie Lage im Stadtraum, Dachneigung, Geometrie der Dachfläche, Silhouette, Gebäudetypologie und -höhe, sowie historische Nutzung. Diese Einteilung hilft dabei, die Wahrnehmbarkeit und den Einfluss von Solaranlagen auf das Stadtbild zu bewerten.

Für jeden Raumtyp wurden spezifische gestalterische Anforderungen entwickelt, um sicherzustellen, dass Solaranlagen verträglich in die Dachlandschaft eingefügt werden. Diese Anforderungen umfassen Aspekte wie Farbe, Material und Struktur der Dacheindeckung sowie die Ausrichtung der Solaranlagen.

In der bisher geltenden Baugestaltungssatzung der Stadt Weißenburg i.Bay. sind Solaranlagen nicht zulässig, mit Ausnahme, wenn diese vom öffentlichen Verkehrsraum nicht sichtbar sind. Die Novellierung der Baugestaltungssatzung um den „Rahmenplan Solar“ ermöglicht in Verbindung mit der Novellierung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes nun auch im einsehbareren Bereich eine Zulässigkeit von Solaranlagen, wenn sie verträglich und ruhig angeordnet werden. Eine höchstmögliche energetische Ausnutzung liegt allerdings nicht im Interesse der Denkmalpflege. Bei mehreren Alternativen für die Verlegung von Solarmodulen soll deshalb immer die denkmalverträglichste Variante verfolgt werden.

Intensiver Dialog mit der Stadt

Zur Ausarbeitung des Rahmenplans zählte auch ein intensiver Dialog mit der Stadt Weißenburg und dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege. In diversen Besprechungen wurden der aktuelle Arbeitsstand der Untersuchungen vorgestellt und die Rahmenbedingungen und Ziele diskutiert und abgestimmt. Die Grundlage des Rahmenplans konnte bei einer umfassenden Augenscheinnahme anhand von Fallbeispielen gemeinsam überprüft und gefestigt werden.

Für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Weißenburg fand im Juni 2024 eine Informationsveranstaltung im Innenhof des Rathauses mit anschließendem Spaziergang durch die Altstadt statt. Unter großer Beteiligung der Bürgerschaft wurden die unterschiedlichen Blickrichtungen und Sichtweisen aus den Gassen, Straßen und Plätzen auf die Dächer der Altstadt erläutert, diskutiert und der Bewertungsprozess, der zum Rahmenplan Solar geführt hat, transparent gemacht.

Weißenburg setzt mit diesem



Jubel bei der Preisverleihung zum „Energie Start-up Bayern 2024“: Hubert Aiwanger (Bildmitte) und der Sieger Dr. Andreas Bittner (1. Reihe von unten, links) mit seinem Unternehmen CellCircle aus Würzburg. Bild: BayStartUP/Bert Willer



Vier neue Schnellladesäulen in Parsdorf City (v.l.): Sebastian Töpfer (ESB), Marcus Böske (Geschäftsführer ESB), Michael Käfer (Vorstand Käfer AG), Daniel Inkoferer (ESB), Johann Mürnseer (Geschäftsführer Scarabeus Besitzgesellschaft mbH & Co. KG). Bild: Energie Südbayern GmbH

Partnerschaft für die Verkehrswende

Energie Südbayern und Feinkost Käfer nehmen Schnellladesäulen in Parsdorf City in Betrieb

Feinkost Käfer und Energie Südbayern (ESB) bringen die Mobilitätswende gemeinsam voran: In Parsdorf City haben die Projektpartner vier neue Schnellladesäulen in Betrieb genommen. Ab sofort können dort insgesamt acht E-Fahrzeuge gleichzeitig mit einer Leistung von je 150 kW und maximal 300 kW laden – und das mit 100 Prozent Ökostrom.

Die neuen Schnelllader befinden sich auf dem Parsdorf City Gelände direkt vor dem Ladengeschäft von Feinkost Käfer – ideal, um während der Ladepause zu stöbern, einen Kaffee zu genießen oder eine Kleinigkeit zu essen. Der Standort bietet also gleich mehrere Vorteile: Wer im beliebten Outletcenter einkauft, kann die Zeit nutzen, um das Elektroauto aufzuladen. Parsdorf City ist zudem hervorragend an die Autobahn A94 angebunden und dadurch für den Durchreiseverkehr eine praktische Lademöglichkeit – mit hohem Freizeitwert dank einem breiten kulinarischen Angebot und der zahlreichen Rast- und Einkaufsmöglichkeiten.

Partner mit großer Expertise

Michael Käfer, Vorstand Käfer AG, freut sich über die neuen Ladesäulen: „Elektromobilität spielt eine immer größere Rolle und natürlich möchten wir unseren Kunden eine komfortable Möglichkeit bieten, ihr E-Auto aufzuladen. Mit Energie Südbayern haben wir einen regionalen Partner mit großer Expertise für die Umsetzung gefunden.“ Marcus Böske, Sprecher der Geschäftsführung bei ESB, ergänzt: „Standorte wie Parsdorf City eignen sich bestens für Ladestationen. Denn so bringen

Plan einen wichtigen Schritt in Richtung einer klimafreundlicheren, zukunftsfähigen Stadtentwicklung und kann als Vorbild für andere Städte dienen, die ähnliche Herausforderungen meistern müssen. DK

wir die Infrastruktur dorthin, wo die Menschen ihre Zeit verbringen und Ladevorgänge einfach in ihren Tagesablauf integrieren können. Wir freuen uns bereits auf die weitere Zusammenarbeit mit Feinkost Käfer.“

Der neue Ladestandort ist außerdem mit einer Trafostation ausgestattet und kann dadurch zukünftig bei Bedarf weiter ausgebaut werden.

Energie Südbayern baut Ladeinfrastruktur in Ober- und Niederbayern aus

Durch intelligente Ladelösungen für zuhause und unterwegs macht ESB Elektromobilität im Alltag komfortabel. In Ober- und Niederbayern betreibt das Unternehmen gemeinsam mit regionalen Beteiligungen bereits heute über 1.400 Normal- und Schnellladepunkte abseits der großen Metropolen. Damit ist ESB Vorreiter bei der Entwicklung von Ladeinfrastruktur im ländlichen Raum.

Unkomplizierte Vorgänge

Der Lade- und Bezahlvorgang ist sowohl für Gelegenheits- als auch für Stammkunden unkompliziert: Freigeschaltet werden die Ladestationen mittels Smartphone-App oder RFID-Chipkarte. Die Ladestationen akzeptieren dabei die Ladekarten und Apps verschiedenster Anbieter und Roaming-Partner. ESB bietet auch eine eigene Ladekarte an, die Fahrern europaweit Zugang zum Elektroladnetz ermöglicht. Zudem ist das Adhoc-Laden, also mittels EC- oder Kreditkarte, möglich. □

Wasserstoff – der klimaneutrale Alleskönner

Wir machen das Gasnetz fit für grünen Wasserstoff

energie schwaben

Bayerische Bruttostromerzeugung 2023 auf niedrigstem Stand seit 1984

Anteil erneuerbarer Energien erreicht mit 70,4 Prozent Höchstwert

Im Berichtsjahr 2023 wurden nach vorläufigen Ergebnissen des Bayerischen Landesamts für Statistik in Bayern insgesamt 60.652 GWh Strom erzeugt. Das sind 11,5 Prozent weniger als im Jahr 2022. Die Stromerzeugung aus konventionellen Energieträgern liegt in Bayern im Berichtsjahr 2023 bei nur noch 17.935 GWh und sinkt damit im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 36,7 Prozent. Hingegen steigt die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien um 6,2 Prozent auf 42.717 GWh.

Der Anstieg der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien resultiert hauptsächlich aus einer höheren Stromerzeugung aus Windenergie auf 5.916 GWh (+29,3 Prozent) und aus Wasserkraft auf 11.587 GWh (+11,2 Prozent). Diese Entwicklungen sind witterungsgetrieben. So beträgt beispielsweise laut Deutschem Wetterdienst die mittlere Niederschlagsmenge 2023 in Bayern 1.044 Liter pro Quadratmeter. Im Jahr 2022 waren es gerade einmal 818 Liter pro Quadratmeter. Hiervon profitiert die Stromerzeugung aus Wasserkraft. Ebenso stieg die Stromerzeugung aus Photovoltaik im Jahr 2023 auf 16.137 GWh

(+4,0 Prozent). Ursächlich für den Erzeugungszuwachs ist der Zubau der Erzeugungskapazität, während die Sonnenstunden rund 10 Prozent hinter dem sehr sonnenreichen Vorjahr zurückblieben. Die Stromerzeugung aus sonstigen erneuerbaren Energieträgern ist mit 525 GWh (+1,2 Prozent) nahezu unverändert, jene aus Biomasse sinkt um 6,8 Prozent auf 8.553 GWh.

Insgesamt wurden 2023 aus erneuerbaren Energien 2.508 GWh mehr Strom produziert als im Vorjahr. Deren Anteil am bayerischen Stromerzeugungsmix erhöht sich somit auf 70,4 Prozent. Wie in den Vorjahren leistet die Photovoltaik auch 2023

den größten Beitrag zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien.

Konventionelle Energieträger auf dem Rückzug

Im Vergleich zum Vorjahr nimmt die Stromerzeugung aus konventionellen Energieträgern 2023 insgesamt um 10.380 GWh auf 17.935 GWh ab. Ohne den Streckbetrieb des letzten bayerischen Kernkraftwerkes Isar 2 wäre dieser Rückgang noch höher ausgefallen. Durch dessen Abschaltung am 15. April 2023 sinkt die Stromerzeugung aus Kernenergie 2023 um 75,4 Prozent auf 3.024 GWh. Auch sinkt die Stromerzeugung aus Erdgas 2023 um 6,4 Prozent auf 10.859 GWh.

Die Stromerzeugung aus anderen konventionellen Energieträgern, die im Jahr 2022 deutliche Zuwächse verzeichnete, nimmt im Jahr 2023 gleichermaßen wieder ab. Im Einzel-

Bayernwerk und Stadt Bamberg:

Grünes Licht für Leitungssanierung

Bamberg/Regensburg. Die Erneuerung eines rund 3,9 Kilometer langen Abschnitts der Hochspannungsleitung zwischen dem Umspannwerk Bamberg Süd und Bamberg Nord ist genehmigt. Der Bayernwerk Netz GmbH liegt jetzt der Beschluss zur Planfeststellung von der Regierung von Oberfranken vor. Durch die Erleichterung der 110-Kilovolt-Leitung wird die Leistungsfähigkeit der Leitung verbessert. Dadurch kann künftig mehr Strom aus erneuerbaren Energien regional verteilt werden. Die Sanierung der Freileitung startet voraussichtlich im Herbst 2025. Die Gesamtkosten des Projekts liegen bei rund 3,7 Millionen Euro.

Die Bayernwerk Netz wird einen rund 3,9 Kilometer langen Abschnitt der Freileitung zwischen der Memmelsdorfer Straße im Bamberger Norden und dem Umspannwerk Bamberg Süd erneuern. Die Regierung von Oberfranken hat das Projekt nun per Planfeststellungsbeschluss genehmigt. Den Antrag hatte die Bayernwerk Netz im Juni 2024 eingereicht. Dem Stromnetzbetreiber liegt mit der Entscheidung der Behörde nun das Recht zur Sanierung der bestehenden Hochspannungsfreileitung vor. Der zu sanierende Abschnitt der Hochspannungsleitung verläuft ab der Memmelsdorfer Straße entlang des Berliner Rings Richtung Muna-Gelände bis zum

Umspannwerk Bamberg Süd.

Mehr Sonnenenergie für Oberfranken

„Mit der Modernisierung machen wir die Hochspannungsleitung in Bamberg fit für die Zukunft und sichern den zuverlässigen Betrieb auch bei wachsender Einspeisung von Sonnenstrom und anderen erneuerbaren Energien“, erklärt Genehmigungsmanager Tobias Schneider. „Wir erneuern das Blitzschutzseil und die Leiterseile und verbessern damit die Leistungsfähigkeit der Leitung.“ Für den vorgesehenen Seiltausch verstärkt und erneuert der Netzbetreiber Fundamente sowie einzelne Mastteile.

Ein Mast vor dem Umspannwerk Bamberg Süd wird am gleichen Standort ausgetauscht. Die optische Erscheinung der Leitung bleibt von den Eingriffen weitgehend unberührt.

Baubeginn im Herbst 2025

Mit dem vorliegenden Planfeststellungsbeschluss kann der Netzbetreiber nun die Bauplanung starten. Dazu gehören der Einkauf des benötigten Materials wie Stahlteile und Seile sowie die Beauftragung einer Baufirma. Diese plant zusammen mit dem Netzbetreiber in den nächsten Monaten den genauen Bauablauf und kontaktiert die zuständigen Behörden beispielsweise für benötigte verkehrsrechtliche Anordnungen. Der Bau erfolgt unter Beachtung aller geltenden Auflagen und Sicherheitsvorschriften, einschließlich einer Kampfmittelsondierung des Muna-Geländes. Die Bayernwerk Netz plant abhängig von der Verfügbarkeit des Baumaterials und von Baupersonal ab Herbst 2025 mit dem Start der Leitungssanierung.

Ørsted und SWW Wunsiedel:

Langfristige Sonnenstromlieferung

Die SWW Wunsiedel GmbH und die Ørsted Onshore Deutschland GmbH (Ørsted) unterzeichneten einen langfristigen Stromlieferungsvertrag – auch Power Purchase Agreement (PPA) genannt. Die Vereinbarung stellt die Versorgung der Region Wunsiedel mit regional produziertem Grünstrom aus zwei bayerischen Solarparks sicher.

Der CO₂-freie Strom wird ab dem 1. Januar 2025 über einen Zeitraum von zehn Jahren aus den beiden Solarparks Amberg Süd (4,7 MWp) und Altschwand (10,4 MWp) geliefert. Beide Parks zusammen verfügen über eine Gesamtleistung von 15,1 MWp, die über die Vertragslaufzeit insgesamt etwa 167 GWh nachhaltige Energie produzieren werden – genug, um etwa 5.600 Haushalte jährlich zu versorgen.

Lokale Bedeutung: Energie für die Region aus der Region

Das PPA stellt einen wichtigen Meilenstein für die regionale Energiewende dar. Mit dem Strom aus den beiden Solarparks setzt die SWW auf eine dezentrale und nachhaltige Energieversorgung. Zudem stärkt die Vereinbarung die regionale Versorgungssicherheit. Der Stromlieferungsvertrag ergänzt das eigene Erneuerbare-Energie-

en-Portfolio der SWW Wunsiedel.

„Das PPA ist eine hervorragende Ergänzung zum regenerativen Strom, den die SWW bereits mit eigenen Wind- und Solarparks erzeugen. Wir sind stolz, dass wir unsere Kommune zu 100 Prozent CO₂-neutral versorgen können. Mit Ørsted haben wir einen verlässlichen Partner gefunden, um die Versorgung mit erneuerbarer Energie nachhaltig zu sichern und Wunsiedel zukunftsfähig zu machen“, sagt SWW-Geschäftsführer Marco Krasser.

Der Solarstrom steht den lokalen Haushalten und Unternehmen zur Verfügung. Mit einem Volumen von 167 GWh Sonnenstrom leistet das PPA einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion von CO₂-Emissionen in der Region und trägt aktiv zu den kommunalen Klimazielen bei. Durch die feste Laufzeit von zunächst zehn Jahren schafft die Vereinbarung langfristige Pla-

nungssicherheit sowohl für die SWW Wunsiedel als auch für Ørsted.

Erster Onshore-Stromlieferungsvertrag in Deutschland

„Die Partnerschaft mit der SWW Wunsiedel zeigt, wie wir gemeinsam die lokale Energiewende vorantreiben und einen regionalen Mehrwert schaffen können. Ich freue mich besonders, weil das PPA der erste direkte Stromlieferungsvertrag von Ørsted Onshore in Deutschland ist“, sagt Stefan Bachmaier, Geschäftsführer der Ørsted Onshore Deutschland GmbH.

Mit dem Vertrag baut Ørsted seine Präsenz in Nordostbayern weiter aus. Das Unternehmen ist bereits über die Windkraftwerke Nordostbayern (WINOB) in der Region aktiv. Als Teil der WINOB, das Ørsted gemeinsam mit der ZukunftsEnergie Nordostbayern GmbH (ZENOB) betreibt, entwickelt das Unternehmen Windprojekte. Ørsted setzt dabei auf eine regionale Wertschöpfung und bietet Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürgern Beteiligungsmöglichkeiten.

VBEW zu Realismus und Verlässlichkeit:

Die Energiewende zum Erfolg führen

Die bayerische Energiewirtschaft hat viel erreicht auf dem Weg zur Klimaneutralität. Mehr als die Hälfte des bayerischen Stromverbrauchs wird bereits heute durch Erneuerbare Energien gedeckt. Mehr als 1,1 Millionen Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von über 25 Gigawatt wurden schon an das bayerische Stromnetz angeschlossen“, erklärte Marian Rappl, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (VBEW).

Um weiterhin erfolgreich am Energiesystem der Zukunft arbeiten zu können, benötigt die Energiebranche jedoch einen langfristig stabilen und berechenbaren Ordnungsrahmen, sie benötigt Realismus und Verlässlichkeit. Insbesondere die folgenden Punkte sind für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende unerlässlich:

- Die Energiewende ist eine Generationenaufgabe, deren Finanzierung neu gedacht werden muss, damit Unternehmen und Wirtschaft nicht überlastet werden.
- Alle Elemente der Energiewende müssen synchron zueinander weiterentwickelt werden. Die Vergangenheit hat gezeigt: Singuläre Maßnahmen führen nur zu aufwändigen Nachbesserun-

gen an anderen Stellen des Energiesystems.

- Die Unternehmen haben den Auftrag der Politik zur Umsetzung der Energiewende angenommen und fordern dafür Investitions- und Planungssicherheit.
- Politische Maßnahmen müssen auf maximale klimapolitische Effizienz ausgerichtet sein, statt unrealistischer Zeitpläne aufzustellen oder ineffiziente und kleinteilige Maßnahmen zu fordern.
- Bürokratieabbau und ein kooperativer Dialog sind essenziell, um Ressourcen effektiv für die Energiewende zu nutzen und deren Akzeptanz zu fördern.

„Die bayerischen Energieunternehmen arbeiten mit aller Energie am Erreichen der Klimaziele. Dabei haben Sie immer die Versorgungssicherheit, die Bezahlbarkeit, die Umweltverträglichkeit sowie den wichtigen Aspekt der Akzeptanz im Blick“, betont Rappl. „Gerade deswegen fordern wir angesichts der derzeit immer größer werdenden Herausforderungen von der Politik Verlässlichkeit und Realismus. Denn ausufernde Kosten und Abstriche bei der Versorgungssicherheit gefährden die Akzeptanz der gesamten Energiewende“, so Rappl weiter.

nen sinkt die Stromerzeugung aus Steinkohle um 7,3 Prozent, die aus sonstigen konventionellen Energieträgern um 9,1 Prozent und die aus Heizöl um 22,2 Prozent. In Summe haben diese Energieträger aber mit 4.052 GWh (im Vorjahr 4.443 GWh) nur eine geringe Bedeutung für die bayerische Stromerzeugung. Insgesamt haben konventionelle Energieträger im Jahr 2023 noch einen Anteil von 29,6 Prozent an der bayerischen Stromerzeugung. Ursächlich dafür sind neben dem Kernenergieausstieg auch die zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien und ein sich verändernder Kraft-

werkeinsatz im Rahmen des europäischen Stromhandels.

Ausblick auf Bilanz 2024

Für die ersten drei Quartale 2024 deuten die vorläufigen Ergebnisse der Monatserhebung über die Stromein- und -auspeisung bei Netzbetreibern auf eine stabile Stromerzeugung in Bayern hin. Insgesamt wird bis Ende September 2024 eine Netzeinspeisung von 41.130 GWh (-2,3 Prozent) gemeldet. Im gleichen Vorjahreszeitraum wurden 42.107 GWh eingespeist. Der Anstieg der Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien

auf 33.718 GWh (+7,0 Prozent) und die Zunahme der Einspeisung aus Erdgaskraftwerken auf 5.970 GWh (+5,9 Prozent) können den Wegfall der Stromerzeugung des Kernkraftwerkes Isar 2 aus dem ersten Quartal 2023 zu ca. 2/3 kompensieren. Zu beachten ist, dass die Stromerzeugung selbsterzeugte und verbrauchte Strommengen nicht abbilden kann. Ein Großteil der Stromerzeugung aus Industriekraftwerken bleibt hier ebenso unberücksichtigt wie Teile der Stromerzeugung aus Photovoltaik, sofern diese selbst verbraucht und nicht in öffentliche Netze eingespeist werden.



Sauber aufg'stellt!

Mit regionaler Stromerzeugung, Wasserstoff und Elektromobilität zur Energiewende.

esb.de

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

© Martin Bolle



Freudestrahlende Kinder der Offenen Ganztageschule Hutthurm, die beim Malwettbewerb „Kinder malen Wind“ gewonnen haben, bei der Übergabe der Preise. Bild: LFU

Buttenwiesen bekommt Großwärmepumpe für das Wärmenetz

Erste Wärmepumpe von GP JOULE mit mehr als einem Megawatt Leistung

Das Wärmenetz in Buttenwiesen (Landkreis Dillingen) wächst weiter und hat eine neue innovative Erzeugungsanlage bekommen: Am Standort der neuen Heizzentrale an der „Oxsenhalde“ wurde das Herzstück, eine moderne Luft-Wasser-Wärmepumpe, in Betrieb genommen. Sie ebnet den Weg in eine noch effizientere und nachhaltigere Wärmeerzeugung.

Weg von fossilen Brennstoffen, hin zu erneuerbarer Energie. Damit war die Gemeinde Buttenwiesen 2012 ein Vorreiter und ein Vorbild für die gesamte Region. Zusammen mit der heimischen Firma GP JOULE entwickelte die Kommune ein Wärmenetz, das inzwischen mehr als 20 Kilometer lang ist. Das Ziel: alle Ortsteile mit regenerativer Wärme versorgen.

20 Bauabschnitte

20 Bauabschnitte wurden realisiert, Privathäuser, kommunale Gebäude und ansässige Gewerbebetriebe angeschlossen. 229 Anschlussnehmer werden zuverlässig mit Wärme versorgt. Ober- und Unterthürheim so-

wie Pfaffenhofen-West wurden in das Netz integriert. „Wir haben viel geschafft“, freut sich Felix Schwahn, Geschäftsführer GP JOULE WÄRME, der bei dem Projekt von Anfang an dabei war.

Eines der größten Wärmenetze in Schwaben

Das Buttenwiesener Wärmenetz, das von einem Mix aus regional erzeugter Wärme aus verschiedenen Heizkraftwerken versorgt wird, ist eines der größten in ganz Schwaben und das erste, das GP JOULE realisiert hat. „In Buttenwiesen liegen unsere Wurzeln“, sagt Felix Schwahn, „deswegen sind wir auf das Netz, den Ausbau und

den großen Zuspruch besonders stolz.“

Fortschrittliche Technik

Aber auf dem Bestehenden wollen sich die Kommune und GP JOULE nicht ausruhen. Mit der neuen Großwärmepumpe kann das Wärmenetz weiterwachsen und noch mehr Haushalte und Gewerbebetriebe mit nachhaltiger Wärme versorgen.

Diese Großwärmepumpe ist die zweite ihrer Art, die GP JOULE in Betrieb genommen hat und die erste, die mehr als ein Megawatt Leistung hat. Die erste Wärmepumpe wurde im vergangenen Jahr in Mertingen in Betrieb genommen.

Die Buttenwiesener Wärmepumpe erreicht eine Vorlauftemperatur von circa 80 Grad Celsius. Das Gesamtsystem hat einen COP-Wert (Coefficient of Performance) von 2,3 bei null Grad Umgebungstemperatur. Im Sommer verbessert sich die-



v.l.: Jan Dühring (Vorstand Stadtwerke Geretsried), Steffen Otto (Geschäftsführer ESB Wärme) und Andrea Loeffl (Geschäftsführerin ESB Wärme). Bild: ESB Wärme GmbH

Partnerschaft für Geothermie-Wärmenetz in Geretsried

ESB Wärme wird Gesellschafter der Isar-Loisach-Naturwärme GmbH

Mit Unterzeichnung des Anteilskaufvertrages trat am 16. Dezember 2024 die ESB Wärme GmbH der Isar-Loisach-Naturwärme GmbH (ILN) bei. Die ESB Wärme ist neben den Stadtwerken Geretsried nun Gesellschafter der ILN. Die ILN hat sich zum Ziel gesetzt, in den nächsten Jahren in Geretsried ein Wärmenetz zu errichten und Gewerbetunden sowie Privatkunden mit regenerativer Wärme aus der Geothermiebohrung der Fa. Eavor zu versorgen.

Die kanadische Firma Eavor hat ein neuartiges Verfahren, den Eavor-Loop™, entwickelt. Der Eavor-Loop™ ist ein unterirdischer Wärmetauscher. In geschlossenen Schleifen im tiefen Untergrund zirkuliert selbstständig ein Wärmemedium. Das ist einzigartig und richtungsweisend in der Geothermie. Die ESB Wärme wird ihre Kompetenzen sowie Erfahrungen im Bereich Bau und Betrieb von Wärmenetzen in die Gesellschaft einbringen.

Die ESB Wärme ist Ihr Spezialist für effiziente Contracting-Lösungen und Energiedienstleistungen. Das 100-prozentige Tochterunternehmen der Energie Südbayern GmbH ist Teil der ESB-Unternehmensgruppe und entwickelt kundenspezifische Konzepte für eine moderne Versorgung mit Wärme, Kälte, Dampf und Strom sowie Infrastrukturprojekte. Auf die über 25-jährige Erfahrung vertrauen Kunden aus Industrie, Handel, Gewerbe und Kommunen. □

Über 3000 Kinder haben das Windland Bayern gemalt

Malwettbewerb zur Windenergie im Freistaat trifft auf große Resonanz

„Kinder malen Wind“ – unter diesem Titel hatte die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) im Bayerischen Landesamt für Umwelt Kinder in einem Malwettbewerb eingeladen, ihre Ideen zur Windenergie zu Papier zu bringen: Sie durften ihr »Windland Bayern« malen. Die Resonanz der Aktion, die sich an Hort- und Tagesbetreuungseinrichtungen richtete, war enorm: Fast 200 Einrichtungen aus ganz Bayern haben an dem Wettbewerb teilgenommen, mehr als 3.500 Bilder haben die LENK erreicht.

„Jedes der bunten und phantasievollen Bilder hat dazu beigetragen, Ideen für eine nachhaltige Zukunft zu entwerfen“, sagt der Leiter der LENK, Dr. Ulrich Buchhauser. „Windenergie ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und zu einer sicheren Energieversorgung“, so Buchhauser weiter. „Umso wichtiger ist es, dass wir schon die Kleinsten für dieses Thema begeistern.“

Mit dem Malwettbewerb hatte die LENK das Ziel, gemeinsam mit Erzieherinnen und Erziehern aus ganz Bayern, spielerisch das

Interesse und Wissen von Kindern über Windenergie zu stärken. Alle Horteinrichtungen aus Bayern waren dazu eingeladen, an der Aktion teilzunehmen. Nun wird eine große Collage aus Werken der teilnehmenden Kinder entstehen.

Die Gewinner

Unter allen Einrichtungen, die am Wettbewerb teilgenommen haben, wurden fünf Gewinner ausgelost: Gewonnen haben das Haus der Kinder in Kammloch (Lkr. Unterallgäu), die Ki-

ta Klapperstörche in Hahnbach (Lkr. Amberg-Weilheim), die Offene Ganztageschule Hutthurm (Lkr. Passau), der Montessori-Kinderhort in Zell am Main (Lkr. Würzburg) und der AWO Kinderburg Isaria Hort in Ebenhausen-Schäftlarn (Lkr. München). Die Gewinner-Einrichtungen dürfen sich über Experimentierkästen, Gruppenspiele und Bücher in einem Wert von 1.000 Euro freuen.

Der Malwettbewerb „Kinder malen Wind – Zeige uns dein Windland Bayern“ ist Teil der bayerischen Informationskampagne „Bayern macht Wind“ der LENK im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie.

Weitere Informationen gibt es auf www.bayern-macht-wind.de. □

Regionaler Planungsverband München (RPV):

Beteiligungsverfahren zur Windenergie startet

Der Regionale Planungsverband München (RPV) beschließt neben dem Haushalt für das Jahr 2025 den Entwurf für die Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans München. Mit dem Beschluss beginnt das formale Beteiligungsverfahren mit zwei geplanten Beteiligungen. Die erste findet im ersten Quartal 2025 statt. RPV-Mitglieder, Träger öffentlicher Belange und die Öffentlichkeit können zum Fortschreibungsentwurf Windenergie in der Region München Stellung nehmen. Er umfasst 65 Vorranggebiete mit einer Fläche von rund 110 Quadratkilometern.

RPV-Geschäftsführer Marc Wißmann und Thomas Bläser, Regionsbeauftragter der Regierung von Oberbayern, stellen dem Planungsausschuss den ausgearbeiteten Fortschreibungsentwurf vor. Er bildet die Basis für das erste Beteiligungsverfahren von Januar bis März 2025. Insgesamt enthält der Entwurf 65 Vorranggebiete Windenergie in der Planungsregion München, was 2,01 Prozent der Regionsfläche entspricht. Weiter ist ein Vorbehaltsgebiet Windenergie im Landkreis Ebersberg im Anzinger Forst vorgesehen. Zusätzlich kommen 14 Vorranggebiete im Landkreis Starnberg und eines im Landkreis Landsberg am Lech hinzu, die hauptsächlich in Bezug auf den Artenschutz zu prüfen sind. Ausschlussgebiete hat der RPV nicht festgelegt.

Zweites Beteiligungsverfahren

Ein zweites Beteiligungsverfahren ist für das dritte Quartal 2025 angesetzt und für Anfang 2026 der Beschluss zur Änderung des Regionalplans. Mit dessen Verbindlicherklärung erreicht der RPV sein erstes Teilflächenziel, mindestens 1,1 Prozent der Regionsfläche als Windenergiegebiete auszuweisen. Der RPV möchte bereits mit dem jetzigen Fortschreibungsverfahren das für Ende 2032 geltende Flächenziel von mindestens 1,8 Prozent der Regionsfläche schaffen.

„Ein Ziel, das durchaus realistisch ist“, freut sich RPV-Vorsitzender Stefan Schelle, Erster Bürgermeister der Gemeinde Oberhaching. Er bezeichnet den Beschluss als wichtigen Meilenstein für die Region München und für das konstruktive Miteinander. „Wir haben bewiesen, dass wir gemeinsam Herausforderungen meistern, wenn es darauf ankommt“, so Schelle.

Keine Ausschlussgebiete

Der RPV legt keine Ausschlussgebiete Windenergie fest. Der RPV-Geschäftsführer und der Regionsbeauftragte haben die

Festlegung geprüft und empfohlen, auf einen Ausschluss zu verzichten. „Unserem Fortschreibungsentwurf liegt eine Positivplanung zugrunde“, erläuterte Wißmann die Entscheidung. „Wir weisen Vorranggebiete aus, dadurch entfällt die im Baugesetzbuch verankerte Privilegierung von Windenergieanlagen im Außenbereich weitgehend. Aus planerisch-fachlichen Gesichtspunkten ist es daher sinnvoll, die Positivplanung beizubehalten und auf einen Ausschluss zu verzichten“, führte Wißmann aus.

Keine Umzingelung von Ortsteilen

Grundlage für die Prüfung war ein Antrag des RPV-Mitglieds Stefan Kern, Erster Bürgermeister der Gemeinde Brunthal, in der RPV-Sitzung vom September 2024. Er bat darum, die Festlegung von Ausschlussflächen in großen Vorranggebieten wie in Aying/Brunthal/Sauerlach zu betrachten. Die Umzingelung von Ortsteilen wie Hofolding durch Windenergieanlagen sollte so vermieden werden.

Sonderfall: Vorranggebiete zur Prüfung

Aufgenommen werden für Windenergie geeignete Flächen, die es insbesondere mit Blick auf den Artenschutz zu prüfen gilt. Ob der RPV diese Flächen in das Planungskonzept aufnehmen kann, wird in dem Beteiligungsverfahren mit den Trägern öffentlicher Belange (TöB) geklärt. Es sind 14 Vorranggebiete im Landkreis Starnberg und eines im Landkreis Landsberg am Lech. Es handelt sich um kommunale Windenergieflächen, die zu einem früheren Zeitpunkt ausgewiesen und auf Eignung und Artenschutz bereits geprüft wurden, die jedoch nach aktuellem Kenntnisstand artenschutzrechtlich bedenklich sind. Sie stellen ein besonders geeignetes Habitat für kollisionsgefährdete Vogelarten wie etwa Rohrweihe oder Wespenbussard dar. □

Bayerische Staatsregierung zur Freiflächen-Photovoltaik:

Vereinfachte Regelungen für Ausgleichsflächen

PV-Freiflächenanlagen ohne zusätzlichen Ausgleichbedarf werden zum Regelfall

Die Bayerische Staatsregierung vereinfacht die Regelung für Ausgleichsflächen bei PV-Freiflächenanlagen. Ab sofort werden PV-Freiflächenanlagen ohne zusätzlichen Ausgleichbedarf zum Regelfall. Damit wird ein politischer Auftrag des Bayerischen Landtags umgesetzt. Bisher mussten durch Freiflächenanlagen verursachte Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes im Regelfall durch ökologische Ausgleichsmaßnahmen auf einer Fläche außerhalb der Anlagen kompensiert werden. Die entsprechende bauplanungsrechtliche Eingriffsregelung wurde nun geändert und veröffentlicht.

Für zwei Falltypen wird fortan eine vereinfachte Vorgehensweise zur Ermittlung des Ausgleichsbedarfs angewandt: Im ersten Falltyp entfällt der Ausgleichsbedarf vollständig, im zweiten Falltyp liegt der Ausgleichsbedarf bei 10 Prozent. Dabei soll der Ausgleich zwischen den Modulreihen oder direkt angrenzend erbracht werden. Bei den übrigen Anlagenkonstellationen bekommen Projektierer die Möglichkeit, durch ökologische Gestaltungs- und Pflegemaßnahmen den Ausgleichsbedarf teilweise oder vollständig zu reduzieren.

Energie- und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Der Ausbau der Photovoltaik ist entscheidend für das Gelingen der bayerischen Energiewende. Die neue Regelung zu den Ausgleichsflächen stärkt den naturverträglichen und flächeneffizienten Ausbau von PV-Freiflä-

chenanlagen. Sie führen zu einer geringeren Flächennutzung und ermöglichen damit niedrigere Projektkosten. Dadurch steigern wir gleichzeitig auch die Akzeptanz für den PV-Ausbau in der Bevölkerung.“

Bauminister Christian Bernreiter: Mit den Empfehlungen setzen wir ein klares Signal zur Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren bei Freiflächen-Photovoltaikanlagen. Die Einführung eines pauschalierten Vorgehens bei den Ausgleichsflächen ermöglicht eine praktische und rechtssichere Anwendung und beinhaltet zudem umfangreiche Erleichterungen gegenüber dem Status quo.

Die Neuregelung finden Sie im Energieatlas Bayern:

<https://www.energieatlas.bayern.de/thema/sonne/photovoltaik/themenplattform-photovoltaik/eingriffsregelung>. □

BDE, bvse und VBS:

Forderungskatalog zur Bundestagswahl 2025

BDE, bvse und VBS haben zentrale Punkte für die ersten hundert Tage der künftigen Bundesregierung vorgelegt. Die politischen Entscheidungen in diesem Zeitrahmen seien von großer Bedeutung, um die Rohstoffunabhängigkeit zu stärken und den Hochlauf der Kreislaufwirtschaft in Deutschland anzutreiben, heißt es in einer gemeinsamen Mitteilung der Verbände.

Zentrale Punkte

1. Der erste wesentliche Meilenstein für erfolgreiches Recycling in Bezug auf Materialqualität und Sammelmengen wird beim Produktdesign gesetzt. Eine wirtschaftliche Besserstellung für recyclingfähige Produkte muss sicherstellen, dass Hersteller bereits vor dem Inverkehrbringen die Recyclingfähigkeit ihrer Produkte im Blick haben, um die enthaltenen Wertstoffe nach der ersten Verbrauchsphase effektiv in den Recyclingkreislauf zurückführen zu können.

2. Um die Kreislaufwirtschaftsziele zu erreichen, muss eine Mindestzyklateinsatzquote im Kunststoffbereich eingeführt werden. Ein Level-Playing-Field ist erforderlich, in dem der CO₂-Fußabdruck von Kunststoffneueure mit einem Preiszuschlag für Neuware berücksichtigt wird. Dies verhindert, dass Rezyklate in einem preisensiblen Marktumfeld benachteiligt werden. Der anerkannte grundsätzliche Vorrang des mechanischen Recyclings gegenüber dem chemischen Recycling ist auch gesetzlich festzuschreiben.

3. Sammelstrukturen sowie Aufbereitungs-, Recycling- und Verwertungsanlagen benötigen internationale Märkte. Deutsch-

land und Europa allein können keine ausreichende Nachfrage für alle anfallenden Sekundärrohstoffe generieren. Daher ist es sinnvoll, überschüssige Mengen (zum Beispiel Metallschrott) internationalen Verbrauchern zur Verfügung zu stellen, um weltweit CO₂-arme Produktionsprozesse im Rahmen der Kreislaufwirtschaft zu unterstützen. Voraussetzung dafür sind auch klare und praxisnahe Regeln beim Übergang vom Abfall- zum Produktrecht: Insbesondere sind Regelungen für die Materialien Altpapier, Altkunststoffe und Ersatzbaustoffe notwendig. Diese Abfälle müssen nach anerkannten Behandlungsverfahren sicher aus dem Abfallregime entlassen und als Produkte vermarktet werden können. Insbesondere müssen alle gütegesicherten Sekundärbaustoffe aller Materialklassen aus dem Abfallstatus entlassen werden, um sie für neue Baustoffe nutzbar zu machen.

4. Die öffentliche Hand kann mit ihrem Investitionsvolumen von rund 500 Milliarden Euro einen bedeutenden Beitrag zur Kreislaufwirtschaft leisten. Ein staatliches Recyclinglabel, das den Rezyklateinsatz und die Recyclingfähigkeit von Produkten transparent macht, würde

die ökologische Beschaffung erleichtern und den Bürokratieaufwand reduzieren.

5. Um Brände durch Lithium-Ionen-Batterien in Müllfahrzeugen und Entsorgungsanlagen zu verhindern, ist ein Batteriepfand bzw. ein Pfand auf batteriebetriebene Elektrogeräte erforderlich. Ein Batteriepfandfonds könnte die erweiterte Herstellerverantwortung (EPR) umsetzen, indem Produzenten an den Kosten für Brandschutz und Versicherungen beteiligt werden. Um Lithium-Ionen-Akkus vor dem Recyclingprozess herauszufiltern zu können, ist eine technische Kennzeichnungspflicht für Batterien, etwa mittels RFID-Technologie, erforderlich. Zusätzlich sollten Inverkehrbringungsverbote für bestimmte Einwegprodukte mit Batterien, wie Einweg-E-Zigaretten, eingeführt werden.

6. Der Bund muss die Bundesländer und Kommunen bei der Umsetzung der Klärschlammverordnung unterstützen. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Ausbau der Phosphor-Recyclinginfrastruktur fördern. Eine Fristverlängerung für Ausnahmen bei der Phosphor-Rückgewinnung darf es nicht geben; eine langfristige Deponierung von Klärschlamm ist zu verhindern.

7. Ein fairer Wettbewerb erfordert gleiche Regeln für alle Marktteilnehmer. Umsatzsteuerliche und Körperschaftsteuerliche Privilegien für kommunale Entsorgungsdienstleister sind abzuschaffen. Die Einhaltung der Wettbewerbsvorschriften muss durch eine unabhängige Kontrolle sichergestellt werden.

8. Planungsrechtliche Vorgaben müssen als Leitplanken fungieren und dürfen nicht als Bremsklötze wirken. Einfachere und schnellere Genehmigungsverfahren sind wesentlich, um Innovationen zu fördern, die für die Implementierung der Kreislaufwirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen entscheidend sind. Die digitale Verwaltung ist rasch umzusetzen und der „One-Stop-Shop“-Ansatz sollte konsequent verfolgt werden.

9. Deutschland muss seine Expertise nutzen, um einen einheitlichen EU-Rechtsrahmen der Kreislaufwirtschaft aktiv zu gestalten. Nationale Alleingänge und zusätzliche Verschärfungen europarechtlicher Vorgaben sind zu vermeiden. Statt eines bloßen „German Vote“ sollten „German Impulses“ den Fortschritt der Kreislaufwirtschaft vorantreiben. Die erweiterte Herstellerverantwortung ist zu stärken, und EU-Recyclingmärkte sind vor unlauterem Wettbewerb zu schützen. Zudem ist ein europaweites Verbot der Deponierung verwertbarer Siedlungsabfälle erforderlich.

10. Die strategische Bedeutung der Kreislaufwirtschaft muss auf nationaler Ebene anerkannt werden. Sie sollte im Bundeswirtschaftsministerium verankert werden, wo die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie und die Rohstoffstrategie zusammengeführt und finanziell unterstützt werden.

Politische Hürden

Wie bvse-Präsident Henry Forster erläuterte, „ist die Kreislaufwirtschaft mit der Generierung von Sekundärrohstoffen wesentlicher Bestandteil einer Industrialisierung, die kaum über Primärrohstoffe verfügt. Gerade in einem so wichtigen Sektor wird es immer schwieriger,

notwendige Investitionen zu tätigen und Innovationen voranzutreiben. Es häufen sich Meldungen aus der Branche, dass Unternehmen die Erschließung neuer Standorte und Geschäftsfelder aufgeben, weil die politischen Hürden zu hoch wurden und die Ansiedlung zu einem Politikum verkommen ist. So kann es nicht weitergehen.“

„Wir brauchen endlich eine Politik, die den Unternehmen wieder Luft zum Atmen lässt“, forderte Forster. „Schnellere und unkompliziertere Genehmigungsverfahren, eine starke politische und gesellschaftliche Rückendeckung auf allen Ebenen – von Berlin bis in die Kommunen. Andernfalls riskieren wir nicht nur das Wohlstandsniveau, sondern auch den Verlust der Innovationskraft, die für eine zukunftsfähige Kreislaufwirtschaft unerlässlich ist.“

Mehr Freiraum für wirtschaftliche Entfaltung

Nach Auffassung von VBS-Präsident Stefan Böhme „sind die Unternehmen unserer Branche bereit, durch ihre Investitionen, leistungsfähige Anlagen und innovative Verfahren einen riesigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Versorgung mit Energie und Rohstoffen aus Abfällen zu leisten. Mehr Tempo bei Genehmigungsverfahren, mehr Freiraum für wirtschaftliche Entfaltung und den Turbo bei der Digitalisierung zünden: So schaffen wir Chancen für mehr dynamische wirtschaftliche Entwicklung, die wir jetzt in Deutschland dringend brauchen.“

„Es gibt nichts, was gegen mehr Kreislaufwirtschaft spricht. Von einer neuen Bundesregierung erwarten wir deshalb konkrete Schritte und klare Rahmenbedingungen für zirkuläres Wirtschaften“, unterstrich BDE-Präsidentin Anja Siegesmund. „Wer den Wohlstand und Industriestandort Deutschland sichern will, kommt an einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft nicht vorbei. Diese Aufgabe sollte in einem Bundesressort gebündelt und in der kommenden Legislaturperiode im Wirtschaftsministerium angesiedelt werden.“ DK

Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft:

Getrennte Sammlung von Textilien wird Pflicht

Es gibt zu viel Kleidung. Nicht nur die Herstellung, auch die Entsorgung stellen zunehmend ein Problem dar. Dem will die EU gegensteuern und hat daher beschlossen, dass ab dem 1.1.2025 eine getrennte Sammlung von Textilien in allen Mitgliedsstaaten verpflichtend ist. Damit dürfen aussortierte Textilien wie Kleidung, Bettwäsche, Handtücher oder Decken nicht mehr über den Restmüll entsorgt werden. Ziel dieser Maßnahme ist es, das Recycling zu fördern und Umweltbelastungen zu reduzieren. Der Verbraucher Service Bayern im KDFB (VSB) gibt Tipps zum verantwortungsvollen Umgang mit Kleidung.

In Deutschland ist die Altkleidersammlung etabliert und wird von gemeinnützigen, kommunalen und gewerblichen Sammlern durchgeführt. Probleme bereitet die Zunahme an Altkleidern bei sinkender Qualität. Ergänzend zur Sammelpflicht plant die EU deshalb die Einführung einer erweiterten Herstellerverantwortung: Dies soll zur Finanzierung der Entsorgung beitragen und Anreize schaffen, langlebige und recycelbare Textilien zu produzieren.

„Das Recycling von alten Stoffen zu neuer Kleidung spielt bisher kaum eine Rolle. Hier bedarf es kreislauffähiger Materialien sowie geeigneter Recyclingverfahren“, informiert VSB-Expertin Maria Leidemann. Derzeit dominiert das mechanische Recycling, das zu einem hohen Anteil an Kurzfasern und somit zum Downcycling führt: Die Stoffe werden zerkleinert und anschließend zu Putzlappen oder Dämmmaterialien weiterverarbeitet. Problematisch sind auch die vorherrschenden Mischfasern, für die aktu-



Grünbeck wurde der Status „Offizielles Leitprojekt 2024“ für ein innovatives Verfahren zur Spülwasseraufbereitung für Schwimmbäder verliehen. Markus Müller, Landrat Landkreis Dillingen a.d. Donau, Jürgen Weißenburger, Grünbeck-Aufsichtsratsvorsitzender, sowie die Grünbeck Verantwortlichen Christian Zehetgruber und Andreas Trinkl (v.l.) nahmen den Preis im Augsburg Kongress am Park entgegen. Bild: KUMAS

Auszeichnung „KUMAS-Leitprojekt 2024“

Seit über einem Vierteljahrhundert verleiht der Förderverein KUMAS – Kompetenzzentrum für Umwelt e.V. für innovative Verfahren, Produkte, Dienstleistungen, Entwicklungen oder Forschungsergebnisse jährlich einen Umweltpreis. Initiativen des Instituts für Textiltechnik Augsburg gGmbH, der Grünbeck AG, Höchstädt, sowie der Trägergemeinschaft Heide-Allianz Donau-Ries und Geopark Ries e. V., Donauwörth, erhielten Ende vergangenen Jahres in Augsburg die begehrte Auszeichnung „Offizielles KUMAS-Leitprojekt“.

Nur ein Prozent der weltweit im Umlauf befindlichen Textilien wird aktuell in einem Stoffkreislauf recycelt. Das Recycling-Atelier, ein Gemeinschaftsprojekt der Technischen Hochschule Augsburg und dem Institut für Textiltechnik Augsburg, bietet als erste Modellfabrik seiner Art ein neuartiges und weltweit bisher einzigartiges Konzept für ein ganzheitliches Recycling von Textilien an. Die Wissenschaftler forschen dort an den notwendigen Prozessschritten des Textilrecyclings: von der Materialanalyse, über die Sortierung, die Aufbereitung und die textile Verarbeitung bis hin zur Produktgestaltung. Die Umsetzung erfolgt im Recycling-Atelier im Modellmaßstab unter Einbindung relevanter Industriepartner mit dem Ziel, den anschließenden Transfer und die Skalierung bestmöglich vorzubereiten.

Für ein neues Verfahren zur Spülwasseraufbereitung für Schwimmbäder wurde die Grünbeck Wasseraufbereitung GmbH, Höchstädt, geehrt. Im Rahmen der langjährigen Partnerschaft mit dem FC Augsburg stattete Grünbeck die Arena 2009 mit einem Entmüdungsbecken samt Wasseraufbereitung aus. 2023 wurde diese Technik energetisch optimiert. Der Sandfilter wurde durch eine hochmoderne Ultrafiltration ersetzt, die Keime wie Viren und Bakterien aus dem Wasser filtert. Zudem wurde eine Pilotanlage zur Wasserentsalzung erforscht und entwickelt. Dabei kommt ein membranunterstütztes kapazitatives Deionisationsverfahren in Verbindung mit einer vorherigen Ultrafiltration zum Einsatz. Dadurch kann bis zu 80 Prozent Trinkwasser eingespart werden. Da es nicht für die Nutzung im Becken erwärmt werden muss, kann Energie eingespart werden. Seit der Inbetriebnahme wird die Anlage per Fernzugriff überwacht und läuft seit Ende 2023 im Dauerbetrieb.

Heide-Allianz Donau-Ries

Ziele der Projekte der Heide-Allianz Donau-Ries sind der Erhalt bzw. die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt, die Aufrechterhaltung des prägenden Landschaftsbildes des Riesrandes sowie der Monheimer Alb durch Pflege und Beweidung und die Optimierung der Bedingungen der Weidebetriebe. Wesentliches Merkmal der Projekte der Heide-Allianz ist, dass die Vorhaben zeitlich und räumlich aufeinander aufbauen und sich sachlich ergänzen.

Das Projektgebiet umfasst herausragende Trockenstandorte und gut entwickelbare Grünländer im Landkreis Donau-Ries. Alle diese Entwicklungs- und Sicherungsflächen liegen im UNESCO Global Geopark Ries. Die Etablierung einer Beweidung der zum Teil schwer zugänglichen Abbaustellen mit Schafen und Ziegen ist in ihrer Umsetzung überregional eine Besonderheit. Nach Erstpflegemaßnahmen wäre eine dauerhafte maschinelle Pflege hier nur mit weit größerem Aufwand möglich. Insbesondere Ziegen erreichen dagegen schwierige Hänge und Bereiche innerhalb von Abbaustellen, um dort die Offenheit der Lebensräume für Amphibien, Insekten und Reptilien durch den Verbiss zu gewährleisten. DK

Bayerische Hausmüllbilanz 2023:

Niedrigstes Abfallaufkommen seit 1991

So wenig Haushaltsmüll wie noch nie seit 1991 haben die bayerischen Bürger im Jahr 2023 produziert. Wie das Bayerische Landesamt für Umwelt mitteilt, war das Pro-Kopf-Aufkommen mit 459 Kilogramm so niedrig wie noch nie seit Beginn der Erhebung (1991: 512,8 kg/EW). Vergangenes Jahr setzte es sich zusammen aus 155 kg Restmüll aus Haushalten, 159 kg Wertstoffen aus Haushalten sowie 145 kg Grüngut und Bioabfällen. Ermittelt wird der Wert auf Grundlage der Zahlen der Abfallbetriebe, die auf die Einwohnerzahl heruntergebrochen werden.

Die Verwertungsquote lag im Bilanzjahr bei 66,0 Prozent und ist gegenüber 2022 gesunken (66,3 Prozent). Seit 2017 werden die Elektro- und Elektronik-Altgeräte in der Berechnung berücksichtigt. Von den 2,3 Mio. Tonnen Restabfall, die im Bilanzjahr in Bayern angefallen sind, wurden 98,6 Prozent thermisch behandelt. 32.578 Tonnen wurden einer mechanisch-biologischen Vorbehandlung unterzogen. Für die thermische Behandlung standen im Bilanzjahr in Bayern 14 Anlagen zur Verfügung. Die Gesamtkapazität dieser Anlagen belief sich auf etwa 3,2 Mio. Tonnen.

Die schadstoffhaltigen Abfälle (Problemabfall), die den entsorgungspflichtigen Körperschaften überlassen wurden, stieg von 6.241 Tonnen im Vorjahr auf 6.801 Tonnen im Bilanzjahr. Rund 56 Prozent dieser Problemabfälle konnten verwertet werden.

In 95 von 96 Körperschaften standen den Bürgern im Jahr 2023 insgesamt 1.504 Wertstoffhöfe zur Verfügung (Vorjahr: 1.530). Zudem wurden 223 Kompostieranlagen (Vorjahr: 217) und 5 Vergärungsanlagen (Vorjahr: 7) in sowie eine Anlage außerhalb Bayerns zur Verarbeitung von insgesamt 839.852 Tonnen Grüngut (823.158 Tonnen im Vorjahr) genutzt.

Bei 42 bayerischen Bioabfall-Kompostieranlagen (58 im Vorjahr) und 24 Vergärungsanlagen (24 im Vorjahr) sowie 6 Anlagen außerhalb Bayerns wurden

insgesamt rund 1.065.375 Tonnen Bioabfallgemische mit Abfällen aus der Biotonne angeliefert (1.053.824 Tonnen im Vorjahr).

Im Bilanzjahr wurden im Freistaat 30 Deponien der Klasse I und II zur Ablagerung von Abfällen betrieben. An fünf Standorten wurden keine Abfälle abgelagert, dort stehen jedoch weiterhin Kapazitäten zur Verfügung. 2023 wurden insgesamt 505.237 Tonnen (Vorjahr: 578.192 Tonnen) abgelagert. Bei 25.486 Tonnen handelt es sich hier um Reste aus der thermischen Abfallbehandlung oder der mechanisch-biologischen Vorbehandlung. Zum 31.12.2023 war ein ausgebauteres Restvolumen der Deponieklassen I und II von 6,6 Mio. m³ verfügbar.

„Die Abfallmengen sollen auch in Zukunft weiter reduziert werden“, betonte Dr. Monika Kratzer, Präsidentin des Bayerischen Landesamtes für Umwelt. Eine gute Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung seien wichtige Faktoren für eine nachhaltige Platzierung des Themas im gesellschaftlichen Diskurs. „Auch beim Abfall gilt: Weniger ist mehr. Ziel des Freistaats ist eine gut funktionierende Kreislaufwirtschaft.“ Hierzu sei es wichtig zu wissen, wie Abfälle ordnungsgemäß und schadlos zu verwerten sind. Zudem sei es notwendig, Schadstoffe auszuschleusen, um Stoffkreisläufe für eine zukunftsfähige Kreislaufwirtschaft schließen zu können. DK

Entschlossene Maßnahmen zur Stärkung der Kunststoff-Wertschöpfungskette erforderlich

Der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung hat gemeinsam mit weiteren europäischen Verbänden, darunter EuRIC und Plastic Recyclers Europe, ein dringendes Schreiben an die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, gerichtet. Nach den Worten von bvse-Vizepräsident Herbert Snell muss es das Ziel sein, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Kunststoff-Wertschöpfungskette zu sichern und deren Rolle in der angestrebten Kreislaufwirtschaft zu stärken.

Kunststoffindustrie als Schlüsselakteur der Klimaneutralität

Die Kunststoffindustrie umfasst in Europa 53.000 Unternehmen, beschäftigt 1,5 Millionen Menschen und erwirtschaftet einen Jahresumsatz von 400 Milliarden Euro. Als unverzichtbarer Bestandteil der Kreislaufwirtschaft ist sie von zentraler Bedeutung, um die Klimaneutralität der EU bis 2050 zu erreichen.

Die Branche hat bereits bedeutende Fortschritte erzielt, insbesondere bei der Recyclingfähigkeit, der Ressourceneffizienz und der Verringerung von Umweltauswirkungen. Kunststoffe spielen in zahlreichen Sektoren, wie Verpackung, Gesundheitswesen, Automobilindustrie, Bauwesen und Elektronik, eine unverzichtbare Rolle. Trotz dieser Errungenschaften steht die europäische Kunststoffindustrie aufgrund von Marktinstabilität, Rechtsunsicherheiten und regulatorischen Hürden an einem kritischen Scheideweg.

Drastischer Rückgang in der Wettbewerbsfähigkeit

Europas Anteil an der weltweiten Kunststoffproduktion ist in den letzten 20 Jahren von 28 Prozent auf 14 Prozent gesunken. Gleichzeitig stagniert das Wachstum der Recyclingkapazitäten. Ohne gezielte Gegenmaßnahmen droht der Verlust der globalen Führungsrolle in der Kunststoffinnovation.

Forderungen an die EU-Institutionen

Die europäischen Verbände betonen die Dringlichkeit strategischer Maßnahmen, um eine widerstandsfähige, innovative und ökologisch nachhaltige Kunststoff-Wertschöpfungskette zu sichern. Sie fordern:

1. Gleiche Wettbewerbsbedingungen in der globalen Landschaft: Importierte Produkte müssen denselben strengen Umwelt- und Regulierungsverpflichtungen unterliegen wie europäische Produkte. Hohe Energiekosten, die die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen,

müssen adressiert werden.

2. Effektive Umsetzung der Umweltgesetzgebung: Es bedarf einer einheitlichen und rechtzeitigen Umsetzung des EU-Rechtsrahmens in allen Mitgliedstaaten. Eine enge Zusammenarbeit zwischen politischen Entscheidungsträgern und Branchenexperten ist unabdingbar.

3. Harmonisierung bewährter Verfahren: Unterschiedliche Praktiken in den Mitgliedstaaten behindern den Fortschritt. Ein integrierter Ansatz, wie er im Draghi-Bericht empfohlen wurde, ist erforderlich, um einen echten Binnenmarkt für Abfall und Kreislaufwirtschaft zu schaffen.

4. Gezielte finanzielle Unterstützung – Investitionen in die

Umweltminister Glauber:

Länder sollen an Einnahmen aus CO2-Preis beteiligt werden

Angesichts der aktuellen Rekordeinnahmen bei der CO2-Bepreisung erneuerte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber in München die Forderung, die Länder zukünftig mit mindestens 25 Prozent an den Einnahmen zu beteiligen.

„Die Länder müssen mit zusätzlichen finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um Klimaschutzmaßnahmen vor Ort substantiell fördern zu können. Hier muss die neue Bundesregierung wichtige Weichen stellen“, betonte Glauber. „Wir wollen den Klimaschutz vor Ort stärken. Die Mittel aus der CO2-Bepreisung stammen ohnehin teilweise von den Ländern und Kommunen und sollten dahin zurückfließen. Von der Länderbeteiligung an den Einnahmen aus der CO2-Bepreisung werden vor allem die Kommunen profitieren. Sie erhalten verlässlich zusätzlichen und individuellen Spielraum beim Klimaschutz und bei

Münchner Pilotprojekt:

Bedarfsgerechte Grünzeit-Verlängerung für Fußgänger

Im Rahmen eines Pilotprojekts erprobt das Münchner Mobilitätsreferat an sechs Kreuzungen eine bedarfsgerechte Verlängerung der Grünphase für den Fußverkehr. Dabei kommuniziert eine App auf dem Smartphone von mobilitätseingeschränkten Personen über Bluetooth mit der Fußgängerampel, welche dann automatisch die Grünzeit um mehrere Sekunden verlängert, um die Straße komfortabel und ohne Eile queren zu können. Das Ziel des Projekts ist es vor allem, Menschen mit Mobilitätseinschränkung die Teilhabe am Straßenverkehr zu erleichtern und die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Im Pilotprojekt zur bedarfsgerechten Verlängerung der Grünzeit von Fußgängerampeln kommt die bereits für ähnliche Anwendungen bekannte App LOC.id von RTB zum Einsatz. Im Pilotprojekt soll die in der App bereits verfügbare Sonderfunktion der Grünzeitverlängerung evaluiert werden. Mobilitätseingeschränkte Personen können sich die App auf ihr Smartphone laden, sich registrieren und mittels eines entsprechenden Nachweises für die bedarfsgerechte Grünzeitverlängerung freischalten lassen. Insgesamt werden sechs Fußgängerampeln zur Kommunikation mit der App mit entsprechenden Bluetooth-Empfängern ausgestattet.

Zwei Testkreuzungen – zwischen Kreillerstraße und Marianne-Plehn-Straße sowie an der Ganghoferstraße auf Höhe der Hausnummer 80 – sind bereits in Betrieb. Vier weitere Anlagen werden in den nächsten Monaten freigeschaltet: An den Kreuzungen Blumenstraße/Papa-Schmid-Straße und Pfingstrosenstraße/Sauerbruchstraße,

zirkuläre Kunststoffinfrastruktur und innovative Technologien müssen durch ein europäisches Anreizsystem gefördert werden.

Dringender Handlungsbedarf

„Das bevorstehende EU-Kreislaufwirtschaftsgesetz und der Clean Industrial Deal bieten eine einzigartige Gelegenheit, die Führungsrolle Europas in der Kreislaufwirtschaft auszubauen“, betont Herbert Snell. Durch entschlossenes Handeln können strukturelle Engpässe überwunden, grüne Arbeitsplätze geschaffen und die Klimaziele der EU erreicht werden.

Die europäischen Verbände rufen die politischen Entscheidungsträger zu einem offenen Dialog und gemeinsamen Anstrengungen auf, um die Wettbewerbsfähigkeit der Kunststoff-Wertschöpfungskette zu sichern und den Übergang zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft erfolgreich zu gestalten.



Die patentierte Landbox®.

Radikal nachhaltig:

Stroh statt Styropor

Die patentierte Landbox® aus dem bayerischen Alling ist weltweit die erste kompostierbare Isolierverpackung, die sich mit Styropor messen kann. Hinter dem Produkt stehen zwei entschlossene Unternehmer, die die Vision einer klimaneutralen Wirtschaft leben. Die Bayerische Staatsregierung engagiert sich auf einer übergeordneten Ebene mit der Bioökonomiestrategie für eine nachhaltige Zukunft.

Täglich werden stoß- und temperaturempfindliche Produkte wie Lebensmittel, Medikamente, Impfstoffe und Enzyme in großen Mengen durch die Welt transportiert. Dabei hat sich Styropor über Jahrzehnte als zuverlässig schützendes Verpackungsmaterial etabliert – trotz des Bewusstseins für die schädlichen Folgen der wachsenden Plastikflut.

Die Gründer der Landpack GmbH, Patricia und Thomas Maier-Eschenlohr, setzen dem Kunststoff ein natürliches Material entgegen. Aus der ökologischen Vision der Betriebswirtin und des Maschinenbauingenieurs, das landwirtschaftliche Nebenprodukt Stroh als Rohstoff zu verwerten, ist in wenigen Jahren eine eigene Fabrik und eine vielseitige Produktpalette entstanden. Heute beliefert Landpack zahlreiche Geschäftskunden mit umweltfreundlichen und kompostierbaren Isolierverpackungen aus Stroh: ein bayerisches Leuchtturmbeispiel der Bioökonomie, das wörtlich in die Welt getragen wird.

Ganz im Sinne der Strategie „Zukunft.Bioökonomie.Bayern“, mit der die Bayerische Staatsregierung den Wandel in eine nachhaltige Wirtschaftsweise vorantreibt, ersetzt Landpack fossile Ressourcen durch einen nachwachsenden Rohstoff. Das Stroh stammt von Vertragslandwirten aus Bayern und wird mit 100 Prozent erneuerbaren Energien und ohne Zusatzstoffe verarbeitet, bevor es im weiteren Kreislauf wieder kompostiert werden kann. Anders als die traditionelle lineare Wirtschaftsweise geht es beim bioökonomischen Ansatz auch darum, die Wertschätzung der heimischen Rohstoffe und die Arbeit der Erzeuger zu fördern.

Landpack: Pionier mit Patent

Stroh wächst weltweit im Überfluss, etwa 50 Prozent der Getreideernte besteht schließlich aus den trockenen Hal-

men. Allein in Deutschland können ohne ökologische Nachteile jährlich zehn Mio. Tonnen Stroh für Anwendungen außerhalb der Landwirtschaft verwendet werden. Gesagt, getan: Das Landpack-Team nutzt die natürlich gegebenen Isolier- und Stoßdämpfungseigenschaften der Naturfasern und verarbeitet die Biomasse im Münchner Westen zu zertifizierten Verpackungen – lebensmittelkonform, ohne den Zusatz von Chemie und quasi ohne Wasser. Auch bei der Rohstoffbeschaffung bleibt der ökologische Fußabdruck minimal, denn das Stroh kommt von Landwirten aus der Umgebung, kein Transportweg ist länger als zehn Kilometer.

Bayern handelt und wandelt die Wirtschaft

Die Bayerische Staatsregierung macht sich mit der Strategie „Zukunft.Bioökonomie.Bayern“ stark für eine nachhaltige Wirtschaftsweise – und wird damit heute aktiv für ein lebenswertes Morgen. Langfristiges Ziel ist es, fossile Rohstoffe wie Mineralöl, Erdgas und Kohle sukzessive durch biobasierte nachwachsende Ressourcen und Reststoffe zu ersetzen. Dabei orientiert sich die Bioökonomie an den Kreislaufprozessen der Natur und setzt auf innovative Technologien. Insgesamt wurden gemeinsam mit Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik 50 konkrete Maßnahmen definiert, um den notwendigen Strukturwandel voranzutreiben. Das moderne Wirtschaftsmodell soll auch die Wertschätzung heimischer Rohstoffe fördern, die Arbeit lokaler und regionaler Erzeuger rückt wieder in den Vordergrund.

Weitere Informationen zu diesen Produkten und weiteren Projekten und Unternehmen finden sich unter www.bayern-handelt.de sowie auf dem Instagram-Kanal [@zukunft.bioeconomie](https://www.instagram.com/zukunft.bioeconomie).

langsamer sind als Andere – aus welchen Gründen auch immer –, die Überquerung stark befahrener Straßen ohne Angst und Stress zu ermöglichen. Ein Projekt, das mobilitätseingeschränkten Menschen ein Stück mehr Teilhabe im öffentlichen Raum bringt.“

Um den Erfolg des Projekts zu messen, werden begleitende Untersuchungen durchgeführt. Dabei wird der Nutzen der Maßnahme sowie die Akzeptanz bei den Nutzenden überprüft. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen in mögliche Weiterentwicklungen des Systems ein. Bei po-

sitivem Feedback und erfolgreicher Umsetzung könnte das System auf andere Standorte in der Stadt ausgeweitet werden.

Das Pilotprojekt ist Part der Teilstrategie Fußverkehr der Mobilitätsstrategie 2035, mit dem Ziel, den Fußverkehr zu stärken und den öffentlichen Raum für alle Bevölkerungsgruppen zugänglicher zu gestalten.

Weitere Informationen zum Projekt, den berechtigten Personen sowie zu Registrierung und zum Bedarfsnachweis unter <https://muenchenunterwegs.de/laenger-gruen>

Erneut bessere Luftqualität in Bayern

Im vergangenen Jahr hat sich die Luftqualität im Freistaat erneut deutlich verbessert. Die Tendenz zu rückläufigen Stickstoffdioxid-Werten setzte sich fort. Erstmals unterschritten wurde der Grenzwert für NO2 am Mittleren Ring in München, wie nach Mitteilung des Bayerischen Landesamtes für Umwelt eine vorläufige Kurzanalyse ausweist.

An der verkehrsreichen Messstation Landshuter Allee in München lag der Jahresmittelwert im abgelaufenen Jahr bei 39 Mikrogramm pro Kubikmeter und damit unter dem Grenzwert von 40. 2023 wurden noch 45 Mikrogramm pro Kubikmeter verzeichnet. Mit 27 Mikrogramm pro Kubikmeter (Vorjahr: 30 Mikrogramm) wurde der zweithöchste NO2-Jahresmittelwert verkehrsnah in Passau in der Angerstraße ermittelt. LfU-Präsidentin Dr. Monika Kratzer bezeichnete es als „gute Nachricht, dass sich die Luftqualität in Bayern auch im vergangenen Jahr deutlich verbessert hat und erstmalig an allen Messstationen in Bayern die Grenzwerte eingehalten wurden. Das zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg.“

Durch die bei Feuerwerken freigesetzten Feinstäube wurden an den Messstationen für Feinstaub zeitweise erhöhte Werte gemessen, so die Kurzanalyse. Der Tagesmittelgrenzwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter wurde nach vorläufigen Daten an Silvester an drei und an Neujahr an 18 von 32 Messstationen überschritten. Je Messstation und Kalenderjahr sind 35 Überschreitungen des Tagesmittelgrenzwerts zulässig.

Meteorologische Einflüsse

Entscheidenden Einfluss auf die gemessenen Feinstaubkonzentrationen haben auch verschiedene meteorologische Einflussfaktoren. Die Windgeschwindigkeit beeinflusst die Durchmischung der Luft, Inversionswetterlagen und nächtliche Bodeninversionen können einen Frischluftaustausch mit höheren Schichten verhindern. Niederschläge bewirken durch Auswaschung eine Reduzierung der Belastung. So wurden meteorologisch bedingt in Süddeutschland über die Weihnachtstage hinweg bis zum Neujahrstag erhöhte Feinstaubwerte festgestellt.

Ein halbes Jahrhundert nach der Inbetriebnahme des Lufthygienischen Landesüberwachungssystems Bayern (LÜB) durch das LfU wurden im Jahr 2024 über 50 auf ganz Bayern verteilte Messstationen betrieben, mit denen verschiedene Luftschadstoffe und meteorologische Kenndaten erfasst wurden. Die Schwerpunkte haben sich seitdem verschoben – die Schwefeldioxid-Belastung der Anfangsjahre hat sich durch die zunehmende Rauchgasentschwefelung und die Einführung von schwefelfreien Kraftstoffen erheblich verringert. Auch die Benzol- und die Kohlenmonoxid-Konzentrationen konnten deutlich reduziert werden. Heute stehen vor allem die Luftschadstoffe Feinstaub und Stickstoffdioxid im Zentrum der Aufmerksamkeit. **DK**

Feier zur MVV-Verbundraumerweiterung:

Freistaat Bayern überreicht Förderbescheide

„Damit der Umstieg vom PKW leichtfällt, muss der Einstieg in Bus und Bahn möglichst einfach sein.“ So lautet das gemeinsame Ziel aller MVV-Verbundpartner. Zum Jahreswechsel 2025 kamen zwei weitere Landkreise dazu, die Landkreise Landsberg am Lech und Weilheim-Schongau traten dem Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) bei. Das bedeutet eine Harmonisierung von Tarif, Vertrieb, Fahrgastinformation und vielen weiteren Bereichen. Die Verbunderweiterung wurde in Schondorf im Landkreis Landsberg gefeiert, den Landkreisen wurden ihre Förderbescheide überreicht.

Verkehrsminister Christian Bernreiter: „Ein guter öffentlicher Verkehr entlastet die Straßen, reduziert CO₂-Emissionen und verbessert die Lebensqualität für alle. Als Freistaat Bayern stehen wir für die Erweiterung des MVV an der Seite der Landkreise und tragen einen Großteil der Kosten der Verbunderweiterung. Wir haben bereits die Grundlagenstudie mit bis zu 7,8 Millionen Euro gefördert. Jetzt übernehmen wir auch einmalige und dauerhafte Kosten des Verbundbeitritts – und das mit bis zu 90 Prozent Förderquote. Mit 5 Millionen Euro finanzieren wir nun unter anderem neue Fahrscheindrucke in Bussen, Fahrplanaushänge an Haltestellen und die Anpassung von Fahrscheinautomaten. Außerdem gleichen wir die Einnahmeverluste der Verkehrsunternehmen aus, die durch die günstigeren MVV-Tickets entstehen.“

Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Die kontinuierliche Erweiterung des MVV-Verbundraumes ist die strategisch richtige Weichenstellung im ÖPNV. Zusammen sind wir noch stärker. Eine gute Zusammen-

arbeit mit den Landkreisen im Großraum München war mir von Anfang an wichtig. Daher freue ich mich sehr über den Zuwachs der Landkreise Landsberg am Lech und Weilheim-Schongau.“

Historischer Meilenstein

Landrätin Andrea Jochner-Weiß, Landkreis Weilheim-Schongau: „Der Beitritt des Landkreises Weilheim-Schongau zum Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) markiert einen historischen Meilenstein für unsere Region und ihre Entwicklung. Wir sind stolz darauf, unseren Bürgerinnen und Bürgern durch die Integration in dieses etablierte Nahverkehrsnetz eine deutliche Verbesserung der Mobilität zu bieten. Egal, ob für den Arbeitsweg, zu Bildungseinrichtungen oder für Freizeitaktivitäten – der öffentliche Nahverkehr wird durch einheitliche Tarife, bessere Anbindungen und einfachere Umsteigemöglichkeiten deutlich attraktiver. Darüber hinaus leisten wir gemeinsam einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz, indem wir den Umstieg vom Auto auf Bus und

Landrat Robert Niedergesäß, Sprecher der MVV-Landkreise: „Die kommunale ÖPNV-Familie im MVV wächst beständig weiter, das MVV-Gebiet wird mit mittlerweile zwölf Landkreisen immer ländlicher. Es ist ein starkes Signal, dass wir den ÖPNV als das schätzen, was er ist: eine echte Alternative zum Au-

to. Und ein weiterer wichtiger Schritt, um unsere Region lebens- und liebenswert zu erhalten. Wir freuen uns sehr auf die enge Zusammenarbeit mit unseren neuen Partnern, den Landkreisen Landsberg am Lech und Weilheim-Schongau.“

Stärkung der Region

Landrat Thomas Eichinger, Landkreis Landsberg am Lech: „Der Beitritt des Landkreises Landsberg am Lech markiert eine bedeutende Wegmarke in der Geschichte unseres Landkreises. Seit nunmehr 30 Jahren gibt es Bestrebungen, dem MVV beizutreten. Diese Bestrebungen und die Arbeit der vergangenen Jahre werden nun mit dem Beitritt zum 1. Januar 2025 belohnt. Die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises können sich auf eine deutlich verbesserte Fahrgastinformation, einen hochmodernen Fahrkartensystem und neue Ticketangebote freuen. Der Zugang zum ÖPNV wird erleichtert, Hemmschwellen werden abgebaut, und der Landkreis Landsberg am Lech wird nachhaltig als Region gestärkt.“

Landrat Robert Niedergesäß, Sprecher der MVV-Landkreise: „Die kommunale ÖPNV-Familie im MVV wächst beständig weiter, das MVV-Gebiet wird mit mittlerweile zwölf Landkreisen immer ländlicher. Es ist ein starkes Signal, dass wir den ÖPNV als das schätzen, was er ist: eine echte Alternative zum Au-



V.l.: Stv. Landrat Josef Huber, Landkreis Rosenheim; Landrat Thomas Karmasin, Landkreis Fürstentum; Peter Kleemann, Referat für Arbeit und Wirtschaft LH München; Torsten Belter, Mobilitätsreferat LH München; Markus Reichart, Landratsamt Starnberg, Fachbereich Verkehrswesen; Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen; Landrat Stefan Löwl, Landkreis Dachau; Landrätin Andrea Jochner-Weiß, Landkreis Weilheim-Schongau; Landrat Thomas Eichinger, Landkreis Landsberg am Lech; Landrat Robert Niedergesäß, Landkreis Ebersberg und Sprecher der MVV-Verbundlandkreise; Landrat Christoph Göbel, Landkreis München; Landrat Martin Bayerstorfer, Landkreis Erding; Dr. Josef Rott, Ministerialdirigent, Bayerisches Staatsministerium für Bauen, Wohnen und Verkehr; Dr. Bernd Rosenbusch, MVV-Geschäftsführer.

Bild: MVV

to. Und ein weiterer wichtiger Schritt, um unsere Region lebens- und liebenswert zu erhalten. Wir freuen uns sehr auf die enge Zusammenarbeit mit unseren neuen Partnern, den Landkreisen Landsberg am Lech und Weilheim-Schongau.“

Synergieeffekte

MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch: „Ein Verbund bringt wertvolle Synergieeffekte mit sich, Aufgaben werden zentral erledigt – zum Beispiel die Ausschreibung von Verkehrsleistungen, Fahrgasterhebungen, Marktforschung oder Marketingmaßnahmen. Die dadurch eingesparten Kosten stärken den gesamten ÖPNV – und machen ihn für die Fahrgäste noch attraktiver!“

Der MVV-Raum wächst, fast jeder dritte Einwohner Bayerns lebt im MVV-Gebiet

Mit den beiden Landkreisen Landsberg am Lech und Weilheim-Schongau kommen ca. 260.000 Einwohnerinnen und Einwohner hinzu, der MVV-Raum wächst auf 3,7 Millionen Einwohner an. Seit dem 1. Januar 2025 ist die Zahl der Gemeinden auf rund 320 gestiegen, die Fläche ist auf ca. 10.365 km² gewachsen. Aus den Landkreisen Landsberg am Lech und Weilheim-Schongau kommen 57 Gemeinden neu dazu, acht gehörten auch vor der Verbunderweiterung schon zum MVV-Gebiet. Zusätzlich kommen noch Gemeinden aus den Landkreisen Augsburg und Aichach-Friedberg dazu, da die-

se durch den Beitritt der 2. Welle einen MVV-Halt bekommen haben.

Seit dem 01.01.2025 verkaufen die Busfahrerinnen und Busfahrer in den neuen Verbundlandkreisen Tickets im MVV-Tarif. Damit die Fahrgäste die auf den Strecken, die neu im MVV-Gebiet liegen, weiß, wie der MVV-Tarif funktioniert, hat der MVV mehrere Schulungen durchgeführt und Hintergrundsysteme angepasst. Zahlreiche Bordrechner mussten aktualisiert oder ausgetauscht, Fahrkartenerwerter an Haltestellen und Bussen installiert werden.

20 neue Bahnhöfe

20 neue Bahnhöfe bzw. Bahnhalte sowie ca. 50 Buslinien kommen neu dazu. Mit dabei sind auch die Ammersee- und die Pfaffenwinkelbahn. Die Bewohner der beiden neuen Verbundlandkreise profitieren ebenso wie alle bisherigen MVV-Nutzer u.a. von einem vereinfachten Tarif sowie einer übergreifenden Fahrplan- und Tarifauskunft. Diese kann ganz einfach mit der kostenlosen und werbefreien MVV-App abgefragt werden. Mit der MVV-App haben die Fahrgäste stets ihren eigenen Ticketautomaten mobil auf dem Handy dabei, bei der Eingabe von Start und Ziel zeigt die MVV-App immer die günstigste Ticketvariante an, mit einfachen Schritten geht es direkt zum Fahrkartensystem. Unter www.mvv-muenchen.de/willkommen finden sich weitere Informationen zur MVV-Verbundraumerweiterung.

Damit die Fahrgäste ab

1.1.2025 über die digitalen Informationsmedien einfach und schnell an die gewünschten Verbindungs- und Tarifinformationen kommen, wurden die neuen Daten in die entsprechenden Systeme eingepflegt. Für Haltestellen, Bahnhöfe, Busse und Bahnen wurden Aufkleber, Schilder, Aushangfahrpläne sowie Infoplate produzierte, alles in enger Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen und Landratsämtern.

Integration des Streckenabschnitts Markt Schwaben – Dorfen

Zeitgleich zur Erweiterung um die beiden neuen Landkreise im Westen wurde zum 1.1.2025 mit der Integration des Streckenabschnitts Markt Schwaben – Dorfen auch im östlichen Teil des MVV-Verbundgebiets eine längst überfällige Tariflücke geschlossen. Mit Beginn des neuen Verkehrsdurchführungsvertrags der Regionalzugstrecke von München nach Mühldorf (RE 4/RB 40) trat dort die Vorgabe zur Anwendung des MVV-Tarifs für den Abschnitt innerhalb des MVV-Verbundlandkreises Erding in Kraft. Fahrgäste ab den Haltestellen Dorfen Bahnhof, Thann-Matzbach, Walpertskirchen und Hörlkofen nutzen jetzt für die Fahrt nach Markt Schwaben oder München ein MVV-Ticket und profitieren von oftmals günstigeren Angeboten wie z.B. der MVV-Tageskarte ohne zeitliche Einschränkungen. Schülerinnen und Schüler mit einem 365-Euro-Ticket MVV haben dann auch auf diesem Streckenabschnitt freie Fahrt. □

VDV-Positionspapier:

ÖPNV im ländlichen Raum

Der ländliche Raum unterscheidet sich in seiner Verkehrsinfrastruktur deutlich von urbanen Gebieten. Während Städte vor allem mit dem Problem überlasteter Verkehrswege zu kämpfen haben, steht der ländliche Raum vor einer Mangelsituation im Mobilitätsangebot. Diese Mangellage betrifft etwa die Hälfte der in Deutschland lebenden Bevölkerung, da jede zweite Person in einer ländlichen Region lebt. „Für diese Menschen ist eine zuverlässige und flächendeckende Versorgung mit Mobilitätsdienstleistungen von zentraler Bedeutung, um die Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse sicherzustellen“, hob VDV-Präsident Ingo Wortmann anlässlich der Veröffentlichung des VDV-Positionspapiers „Zukunftsfähige Mobilität im ländlichen Raum. Sechs Schritte zu einem attraktiven öffentlichen Personenverkehr“ hervor.

Aus Wortmanns Sicht ist es „die zentrale Aufgabe der nächsten Bundesregierung“, die Frage der öffentlichen Mobilität im ländlichen Raum mit Zielen und Mitteln zu beantworten und damit sowohl die regionale Wirtschaft zu stärken als auch dem grundgesetzlichen Anspruch der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Land näher zu kommen. Hierzu arbeitete der VDV u.a. folgende Herausforderungen und Maßnahmen für den ÖPNV im ländlichen Raum heraus:

- Stärkung der ÖPNV-Kultur: Raumplanung und ÖPNV müssen von Anfang an zusammen gedacht werden, während aktive Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren die Nutzung des ÖPNV fördern. Gleichzeitig muss die Einbindung von Entscheidungsträgern wie Landräten oder Abgeordneten durch gezielte Aktionen das Bewusstsein für die Bedeutung des ÖPNV stärken.

- Leistungsangebot: Ein flächendeckender 60-Minuten-Takt kombiniert mit On-Demand-Angeboten ist notwendig. Die Fahrzeit im ÖPNV darf nicht länger als das 1,5-fache einer Autofahrt betragen. Ergänzend dazu sorgt ein integrierter Fahrplan mit Takt- und Anschlusszeiten für bedarfsorientierte Mobilität.

- Digitalisierung: Der lückenlose Ausbau von schnellem Internet und WLAN muss gewährleistet werden, um digitale Echtzeit-Informationen zu er-



VDV-Präsident Ingo Wortmann.

möglichen und den ländlichen ÖPNV attraktiver zu gestalten. Darüber hinaus müssen Verwaltungsprozesse digitalisiert werden, um Förderanträge und Planungsabläufe effizienter zu gestalten.

- Infrastruktur und Flottenmodernisierung: Die Antriebswendigkeit erfordert langfristige För-

dermittel zur Umstellung der Flotten, während gleichzeitig Bürokratieabbau bei Förderprozessen die Modernisierung beschleunigen muss. Die Anpassung und der Ausbau der Ladeinfrastruktur sind essenziell, um die klimapolitischen Ziele zu erreichen.

- Finanzierung und Tarife: Eine langfristige und verlässliche Finanzierung des Deutschland-Tickets sowie zusätzliche Mittel für den Ausbau des ländlichen ÖPNV-Angebots sind unabdingbar. Gleichzeitig braucht es eine faire Einnahmeverteilung, die den besonderen Herausforderungen ländlicher Regionen Rechnung tragen.

- Personal und Bildung: Die Busführerscheinreform muss die Anforderungen des ÖPNV berücksichtigen. Die Digitalisierung der Berufsausbildung soll Auszubildende entlasten und die Personalgewinnung stärken. Zugleich muss die Integration von ausländischen Fachkräften durch schnellere Anerkennungsverfahren und Unterstützungsmaßnahmen erleichtert werden.

Konsequente Modernisierung vonnöten

Laut Präsident Wortmann „steht und fällt die Zukunftsfähigkeit des ÖPNV im ländlichen Raum mit einer konsequenten Modernisierung“. Die Ausweitung des Förderkataloges des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes um eine zusätzliche Milliarde Euro sei einer der Hebel, um den Markthochlauf emissionsfreier Busse voranzutreiben. Benötigt werden insgesamt effiziente Strukturen und verlässliche Rahmenbedingungen, um den ÖPNV im ländlichen Raum nachhaltig zu ermöglichen. DK

www.fahnen-koessinger.de • fashion@fahnen-koessinger.de • Tel.: +49 (0) 9451 9313 319

FAHNEN KÖSSINGER

Arbeitskleidung für Gemeinden & Städte

Ihr kompetenter Partner für:

- Workwear
- Businesskleidung
- Gastronomiebekleidung
- Heil- & Pflegeberufe

Mehr Infos
finden Sie hier!
Einfach Code
scannen!



Rollstuhlfahrer können nunmehr spontan und selbstbestimmt unterwegs sein. Evi Gerhard (vorne) testete die selbstständige Ein- und Ausfahrt in den Wagen. V.li. Sozialreferentin Dr. Hülya Düber, Holger Klier (Geschäftsführer, Vorstand Taxi Wü eG), Dr. Sandra Michel (Inklusionsbeauftragte Stadt Würzburg), Stella Münch (Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung Stadt Würzburg), Marco Schmid (Vorstand Taxi Würzburg eG), Dr. Uwe Zimmermann (Leiter Allgemeine Bürgerdienste Stadt Würzburg), Andreas Prell (Taxi Würzburg eG).

Bild: Claudia Lothar

„Barrierefreies Taxi für alle“ in Würzburg gestartet

Ab sofort gibt es in Würzburg ein „barrierefreies Taxi für alle“. Über eine Rampe können Menschen in ihrem Rollstuhl sitzend direkt in den Fond des Wagens fahren, ganz ohne fremde Hilfe. Das „Barrierefreie Taxi für alle“ ist damit ein wichtiger Baustein barrierefreien Nahverkehrs und inklusiver Mobilität.

Sich abends spontan mit Freunden in der Stadt treffen und danach mit den öffentlichen Verkehrsmitteln nach Hause fahren? Was für die meisten Menschen unproblematisch ist, war für Menschen im Rollstuhl in Würzburg bislang unter Umständen ganz schön schwierig. Denn Bus und Straßenbahn sind noch nicht überall im Stadtgebiet barrierefrei; Schwerbehinderten-Fahrtaxi können aufgrund des allgemeinen Personalmangels aktuell nur wenige Fahrten anbieten. Zudem müssen diese mehrere Tage im Voraus angefragt werden und sind in der Regel nur tagsüber verfügbar.

Wichtige Ergänzung

Das „barrierefreie Taxi für alle“ stellt eine wichtige Ergänzung dar, denn es ist über die Rufnummer der Taxizentrale 0931/19410 rund um die Uhr verfügbar. Damit können Menschen im Rollstuhl, die nicht über ein eigenes Auto verfügen, flexibel und selbstbestimmt mobil sein und im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Um den Zielen der UN-BRK näher zu kommen, war das barrierefreie Taxi bereits im kommunalen Aktionsplan Inklusion

der Stadt Würzburg von 2014 als Handlungsempfehlung benannt worden.

„Ich bin sehr froh, dass es uns in enger Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Taxigenossenschaft gelungen ist, ein ‚barrierefreies Taxi für alle‘ auf die Straße zu bringen. Durch die finanzielle Förderung können wir die Anschaffung eines solchen Taxis nun auch für die Taxiunternehmen attraktiv machen,“ freut sich Sozialreferentin Dr. Hülya Düber.

Spontane Teilhabe

„Wenn man als Person mit Rollstuhl oder Rollator auf den Transport mit einem Auto angewiesen ist und über kein eigenes Auto verfügt, war es in Würzburg bislang nur sehr schwer möglich, eine spontane Fahrt zu machen. Dieser Bedarf sollte nun durch das Taxi zu einem Teil gedeckt werden“, bestätigt der kommunale Behindertenbeauftragte Julian Wendel. „Da Teilhabe immer auch spontane Teilhabe bedeutet, ist das Taxi ein wichtiger Schritt auf unserem Weg der Inklusion. Vielen Dank an das Kommunalreferat, das Sozialreferat und das Taxi-Unternehmen für die Unterstützung und die gute Zusammenarbeit.“

Autofreier Kita- und Schulweg für alle ein Gewinn

Landkreisweit verzichteten fast 10.000 Kinder im Rahmen der Aktion „Autofrei zu Kita und Schule“ im Herbst vergangenen Jahres auf das Elterntaxi und setzten damit ein wichtiges Zeichen für ein verantwortungsbewusstes Mobilitätsverhalten im Landkreis Donau-Ries.

In der Woche vom 18. – 27. September 2024 waren so viele Kinder wie nie zuvor zu Fuß, mit dem Lauf-/Fahrrad, dem Tretroller oder den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Kita und Schule unterwegs. Die Projektwoche „Autofrei zu Kita und Schule“, die vom Landratsamt Donau-Ries jährlich initiiert wird, hat auch 2024 wieder mit großem Erfolg den Bring- und Abholverkehr durch Elterntaxi an Kitas und Schulen spürbar reduziert.

Attraktive Preise

Mitmachen hat sich nicht nur deshalb gelohnt: Unter allen angemeldeten Kitas und Schulen wurden attraktive Preise ver-

lost: So dürfen sich die Kinder des Katholischen Kinderhauses St. Ulrich Buchdorf im Frühjahr 2025 auf einen großen Verkehrssicherheitstag mit dem ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club) Donau-Ries im Wert von ca. 2.500 Euro freuen. Iris Czech nahm für ihr Team den symbolischen Scheck entgegen. „Unsere Kinder machen von Anfang an bei dieser Aktion mit. Wir freuen uns sehr auf den Verkehrssicherheitstag im Mai 2025.“

Die Graf-Heinrich-Grundschule Kaisheim, die Kita Christi Himmelfahrt in Donauwörth und die Kindertagesstätte Blumenwichtel Oberndorf am Lech erhalten Spielgeräte im Wert von 1.000 bzw. 500 Euro.

Bayerischer Eisenbahnpfand in Fürth:

Sonderpreis für Bogener Bahnhof

Beim Bayerischen Eisenbahnpfand 2024 in Fürth unter dem Motto „Zug um Zug für unsere Zukunftsbahnhöfe in Bayern“ wurde die Stadt Bogen mit dem Sonderpreis des Bayerischen Eisenbahnpfandes ausgezeichnet. Verkehrsminister Christian Bernreiter verlieh der niederbayerischen Stadt den zum ersten Mal ausgelobten Sonderpreis für besonderes kommunales Engagement im Bahnhofsumfeld. Gewürdigt wurde die Konzeption des dortigen Erlebnisbahnhofs samt Schnittstelle zum allgemeinen ÖPNV.

In seiner Laudatio betonte Regierungspräsident Rainer Haselbeck: „Bahnhöfe verbinden Menschen und Orte. Sie sind Treffpunkt, Arbeitsplatz, Einkaufsmöglichkeit, Hotel und manchmal sogar Museum, Film- und Fotokulisse. Sie sind Orte des Abschieds und des Neuanfangs. Sie prägen das gesellschaftliche Leben einer Stadt ganz entscheidend. Die Stadt Bogen weiß um diese Bedeutung und hat deswegen keine Kosten und Mühen gescheut, das alte Bahnhofsgebäude und den Vorplatz in ein wahres Schmuckstück zu verwandeln. Ein großes Kompliment an die Stadt Bogen. Sie hat mit diesem Bahnhof einen Ort geschaffen, der das pulsierende Herz Bogens geworden ist.“

Viel gewagt, viel gewonnen

„Die Stadt hat am Endpunkt der Gäubodenbahn mit der Umgestaltung des Bahnhofsumfelds und des Empfangsgebäudes viel gewagt und viel gewonnen. Insbesondere preiswürdig erschien, dass von allen Angeboten dort Fahrgäste profitieren“, stellte Minister Bernreiter fest.

„Dass wir diesen Preis hier erhalten, macht mich sehr stolz“, erklärte Bogens Erste Bürgermeisterin Andrea Probst. „Es ist nicht der Verdienst einer Person, sondern es war eine Gemeinschaftsleistung vieler Funktionäre und Verantwortlicher, dass unser Bahnhof ein moderner Verkehrsknotenpunkt mit besonderer Aufenthaltsqualität geworden ist.“

Weitere Sonderpreise verlieh Bernreiter an die weißblauen Eisenbahn-Urgesteine Klaus-Dieter Josel und Dieter Wellner. Josel fungierte u.a. von 2003 bis Mitte 2024 als Konzernbevollmächtigter der DB AG für

Söder und Herrmann:

Bayerns Bahnhöfe sollen noch sicherer werden

Mit verstärkten Fußstreifen, mit Drogenhunden, mit mehr Videoüberwachung, mit Alkohol- und Waffenverbotszonen und mit dem Einsatz von Bereitschaftspolizei arbeitet Bayerns Polizei im Rahmen der Offensive „Sichere Bahnhöfe“ daran, die Bahnhöfe im Freistaat noch sicherer und damit auch attraktiver zu machen. Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Innenminister Joachim Herrmann haben sich einen Eindruck davon verschafft, wie die Offensive am Nürnberger Hauptbahnhof umgesetzt wird.

„Ohne Sicherheit keine Freiheit“, machte Ministerpräsident Söder zu Beginn deutlich. „Unsere Bahnhöfe sind die Anknüpfungspunkte der Städte für viele Reisende. Mit 200.000 Menschen täglich ist der Nürnberger Hauptbahnhof einer der zentralen Verkehrsknotenpunkte in Bayern, aber auch ein neuralgischer Punkt für Kriminalität. Wir haben uns deshalb heute einen Überblick über die Offensive „Sichere Bahnhöfe“ und das Sicherheitskonzept am Nürnberger Hauptbahnhof verschafft.“

Konzepte optimieren

Innenminister Herrmann sagte, die Offensive „Sichere Bahnhöfe“ sei eingebettet in die bayernweite Arbeitsgruppe „Bayern. 360° Sicherheit.“, die federführend beim Polizeipräsidentium Mittelfranken angesiedelt ist. „Ziel ist, die bereits in vie-

den Freistaat Bayern. Wellner war nicht nur über 30 Jahre bis zu seinem Ruhestand 2008 in der bayerischen Ministerialverwaltung für die Eisenbahn zuständig und stand zuletzt 15 Jahre der Verkehrsabteilung vor, sondern leitete auch lange Zeit innerhalb der Verkehrsministerkonferenz den Arbeitskreis Bahnpolitik.

Mit dem Hauptpreis für besondere Qualität im bayerischen Bahnverkehr wurde das zuletzt beste Bahnmanagement im Freistaat ausgezeichnet. Dabei handelt es sich um das der DB-Tochter Westfrankenbahn mit Sitz in Aschaffenburg, die am Bayerischen Unterrhein insgesamt 35 Stationen betreibt.

Bernreiter kündigte an, dass die Stationen im bayerischen Bahnnetz attraktiver für Fahrgäste werden sollen. Dafür werde die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) ihr Controlling-Tool für die bayerischen Bahnmanagements erweitern und zusätzlich ein Qualitätsranking einführen. Seinen Angaben zufolge gibt es bei vielen Stationen der Deutschen Bahn im Freistaat noch Luft nach oben, gerade auch bei der Aufenthaltsqualität, den Informationsangeboten oder der Verfügbarkeit funktionierender Aufzüge. „Wir machen das transparent und schaffen damit Anreize, damit es besser wird“, betonte der Minister und verwies in diesem Zusammenhang auf die positiven Effekte, die aus dem seit längerem bewährten Servicequalitätsranking des Freistaats für die Eisenbahnverkehrsunternehmen und deren Netze resultierten. Die erste Veröffentlichung des bayerischen Stationsqualitätsrankings soll im ersten Quartal 2025 erfolgen. DK



Landrat Johann Kalb mit dem Förderbescheid. Bild: LRA Bamberg/Förtsch

Metropolradweg Nürnberg – Bamberg:

Förderung in Höhe von 815.000 Euro

13 Kommunen und drei Landkreise profitieren

Damit noch mehr Menschen auch im Alltag immer häufiger gerne auf das Fahrrad steigen, ist unter anderem eine gut ausgebaute und ganzjährig sicher befahrbare Radverkehrsinfrastruktur erforderlich. Das interkommunale Radwegeprojekt „Metropolradweg Nürnberg – Bamberg“ setzt hier an und soll zwischen den Schleusen Nürnberg und Bamberg auf einer Länge von insgesamt 65 Kilometern auf allen Streckenabschnitten für einheitliche Qualität und größere Sicherheit sorgen.

Nun wurde dem interkommunalen Planungsverband unter Federführung des Landkreises Bamberg der lang erhoffte Förderbescheid an Landrat Johann Kalb übergeben. „Die Förderung der Planungskosten der nächsten Projektphase durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr mit knapp 694.000 Euro und die zusätzliche Förderung um weitere 121.000 Euro des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr helfen uns und den Kommunen enorm, dieses Projekt voran zu treiben. Die Kommunen werden dank dieser Förderung so entlastet, dass deren Eigenanteil auf nur noch 10 Prozent sinkt.“

Nachhaltige Mobilität sichern

Die Förderung des Projekts erfolgt dabei im Rahmen der Richtlinie zur „Förderung innovativer Projekte zur Verbesserung des Radverkehrs in Deutschland“. Mit dem För-

derprogramm werden Radverkehrsprojekte unterstützt, die „einen Beitrag zur Verbesserung der Verhältnisse für den Radverkehr leisten“ und eine nachhaltige Mobilität sichern.

Nach Abschluss der Projektphase I konnten sich die Projektpartner bereits über das grundsätzlich positive Ergebnis einer definierten Vorzugstrasse, einheitlicher Qualitätsstandards und ein empfohlenes Maßnahmenpaket freuen. Damit aus den engagierten Bestrebungen der Metropolregion auch echter Asphalt für die Radfahrer werden kann, konkretisieren Fachbüros in enger Abstimmung mit den beteiligten Kommunen weiter planerisch die bisherigen Ausarbeitungen in der nun anstehenden Projektphase II mittels Entwurfs- und Genehmigungsplanung.

Projekt mit Strahlkraft

Die im Willen zur aktiven Stärkung von Radverkehr und Klimaschutz geeinten Akteure aus Ober- und Mittelfranken können unter Federführung des Landkreises Bamberg dank des Förderbescheides nun die nächsten nötigen Schritte für dieses Projekt mit Strahlkraft weit über die Region hinaus einleiten.

Läuft alles nach Plan, beginnt nach Unterzeichnung der interkommunalen Planungsvereinbarung der beteiligten Kommunen im Jahr 2025 die europaweite Ausschreibung der Planungsleistungen. Daran schließt sich im Jahr 2026 die eigentliche Fachplanung an, die im Jahr 2027 abgeschlossen werden soll.

Kommunikationsbeamte als Ansprechpartner

Insbesondere große Bahnhöfe wie der Hauptbahnhof Nürnberg sind häufig nicht nur Verkehrsknoten, sondern auch typische Aufenthaltsorte und Treffpunkte von sozialen Randgruppen. In Nürnberg existiert bereits eine enge Vernetzung der für die Sicherheit rund um den Hauptbahnhof verantwortlichen Sicherheitspartner. Diese soll weiter verstärkt werden. Ziel ist, mit baulichen und infrastrukturellen Maßnahmen den Aufenthalt in und um den Nürnberger Hauptbahnhof attraktiver zu machen. Sogenannte Kommunikationsbeamte der Polizei sollen als Ansprechpartner für die Bahnfahrgäste dienen. Regelmäßige Fallkonferenzen in enger Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft sollen Ermittlungs- und Strafverfahren deutlich priorisieren und beschleunigen. „Wir setzen auch auf eine verstärkte Sicherheitstechnik und bauen die Videoüberwachung im Nürnberger Bahnhofsumfeld weiter aus.“ „Der bayerische Weg greift“, bekräftigte der Ministerpräsident. Söder weiter: „Mit mehr Streifenpatrouillen, Kameras

und Kontrollen gehen wir konsequent gegen Straftaten vor. Jedoch ist auch der Bund in der Pflicht: Es braucht mehr Personal für die Bundespolizei sowie endlich angepasste gesetzliche Rahmenbedingungen, die ein schnelleres und effizienteres Handeln ermöglichen. Danke an die Polizei für den täglichen Einsatz.“ Herrmann betonte den notwendigen Schulterschluss als Schlüssel für den Erfolg des Konzepts: „Nur durch die enge und effektive Zusammenarbeit von Bayerischer Polizei und Bundespolizei mit der Justiz, der Deutschen Bahn und insbesondere den Behörden der Stadt kann die objektive Sicherheitslage nachhaltig verbessert werden. Damit stärken wir das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger.“

Die erste Mammutpumpe auf einem Unimog

Von Pionieren für Pioniere: Die Wasserwirtschafts-Experten der Dresdner wks group haben sich die überbordende Kraft eines Unimog U 535 zu Nutze gemacht, um eine bisher einmalige mobile Hydraulik-Pumpe zu bauen. Eine Erfindung von großer Bedeutung, denn Kommunen auf der ganzen Welt können damit der Bedrohung durch Hochwasser voraussichtlich besser Herr werden.

Meilenstein für den Hochwasserschutz

Wann kommt die Flut...? sang Peter Heppner so erfolgreich, dass er mit seinem Song „Flut“

eine Platin-Auszeichnung erhielt. Für Menschen allerdings, die bei Starkregen Angst vor Hochwasser in ihrer Stadt haben müssen, wird dieses Lied sicherlich niemals ein Gassenhauer werden. Für die Fra-

ge „Wann geht die Flut?“ ist Axel Marx aus Dresden zuständig.

Marx ist Geschäftsführer der wks group Deutschland, die mit ihren 150 Mitarbeitern wasserwirtschaftliche Anlagen entwickelt und baut. Das sind bspw. Wasserwerke, Kläranlagen und Regenrückhaltebecken. Was Marx mit seinem Tüftlerteam jetzt entwickelt hat, könnte für viele von der Hochwassergefahr bedrohte Kommunen die Lösung sein.

Schritt für Schritt zum klimastabilen Zukunftswald

Im Auftrag der Bayernwerk Netz GmbH entsteht in Kirchenlamitz im Landkreis Wunsiedel ein klimastabiler Zukunftswald. Gemeinsam mit der Bayerischen Kulturlandstiftung (BKLS) und lokalen Partnern lässt der Energienetzbetreiber einen strukturarmen Fichtenforst umbauen, um Ökopunkte für Netzbauprojekte im Hochspannungsbereich zu sammeln. In den kommenden Jahren sollen 8.290 Bäume gepflanzt werden.

Eine bunte Mischung aus Rotbuchen, Traubeneichen und Weißtannen soll den eintönigen Fichtenforst künftig ablösen. Zusätzlich werden Winterlinden und Wildobstbäume einen gestuften Waldrand bilden, so dass zahlreiche Tiere Lebensraum und Nahrung finden. Da-

durch baut der Netzbetreiber sogenannte Ökokonten auf und generiert Punkte für künftige Eingriffe in die Natur und Landschaft, etwa für Neubauten oder Instandhaltungsmaßnahmen. Statt Ökopunkte zu kaufen, hat sich das Unternehmen der Aufgabe verschrieben, öko-

logische Ausgleichsflächen verantwortungsvoll zu gestalten und zu pflegen. „Als Projektträger übernehmen wir eine aktive Rolle in der Planung, Genehmigung, Umsetzung und langfristigen Betreuung dieser Flächen. So wollen wir sicherstellen, dass unsere Kompensationsmaßnahmen nachhaltig und sinnvoll sind“, bestätigt Projekt-Controller Harald Wolz vom Genehmigungsmanagement der Bayernwerk Netz.

Insgesamt 8.290 Bäume sollen bis zum Jahr 2037 auf der 4,6 Hektar großen Fläche gepflanzt werden. Anfang November fand der Auftakt mit 735 Bäumen statt. BKLS-Projektleiterin Lisa Ott erklärt: „Ein Waldumbau geht nicht von heute auf morgen. Anstatt die Fläche kahl zu schlagen und neu zu bepflanzen, gehen wir in kleinen Schritten vor, sodass der Wald als Ökosystem durchgehend erhalten bleibt.“ Gemeinsam mit der örtlichen Forstbehörde und der Waldbesitzer Dienstleistungs GmbH (WBD) Hochfranken sei ein vorbildliches Konzept für einen langfristigen und tragfähigen Waldumbau erarbeitet worden. Ott zufolge ist die Maßnahme dringend notwendig, um Schäden durch Sturm und den Borkenkäfer zu minimieren.



Im Auftrag der Bayernwerk Netz GmbH entsteht in Kirchenlamitz im Landkreis Wunsiedel ein klimastabiler Zukunftswald. V.l.: Stephanie Huber (WBD Hochfranken), Harald Wolz (Bayernwerk Netz), Julian Brandner (Forstservice Brandner) und Lisa Ott (BKLS).

Bild: Adriane Lochner, Bayernwerk Netz

Bayerns Wälder im umfangreichen Fitness-Check:

Ergebnisse der Waldzustandserhebung 2024

Trotz ergiebiger Regenfälle: Die Gesundheit der Waldbäume hat sich nicht verbessert. Das geht aus dem aktuellen Waldzustandsbericht hervor, den Forstministerin Michaela Kaniber veröffentlicht hat: „Unsere Waldbäume hat der üppige Regen bayernweit gesehen vermutlich vor Schlimmerem bewahrt. Zur Wahrheit gehört aber auch, unser Wald hat sich von der extremen Hitze und Trockenheit der vergangenen Jahre noch nicht erholt.“ Der mittlere Nadel-/Blattverlust aller Baumarten ist laut Kaniber mit 26,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (26,0 Prozent) nahezu unverändert. Unterschiede gibt es allerdings bei den einzelnen Baumarten. So hat sich der Zustand der Nadelbäume leicht verschlechtert, während es den Laubbäumen besser geht.

Regional betrachtet verzeichnet erneut der Norden Bayerns höhere Schadenswerte als der Süden. Den höchsten Nadel-/Blattverlust weist auch in diesem Jahr Mittelfranken mit 29,3 Prozent (Vorjahr: 29,1 Prozent) auf, gefolgt von der Oberpfalz (28,9 Prozent, Vorjahr: 25,0 Prozent) und Oberfranken (27,7 Prozent, Vorjahr: 28,1 Prozent). Bei den Nadelbäumen ist die Kiefer nach wie vor das Sorgenkind. Ihr Nadelverlust beträgt 32,3 Prozent (Vorjahr: 31,1 Prozent). Bei der Fichte ist der Nadelverlust mit 25,1 Prozent gegenüber 2023 auf hohem Niveau konstant geblieben. Erfreulich ist die Entwicklung bei der Tanne im Flachland, ihr Nadelverlust ging von 22,7 Prozent auf 21,6 Prozent zurück. Bei den Laubbäumen hat sich der Zustand der Buche leicht verbessert (23,3 Prozent, Vorjahr: 23,5 Prozent),

der Blattverlust der Eiche ist gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben (24,9 Prozent).

„Die Spuren von Trockenheit, Hitze und Extremwetter machen deutlich: Wir müssen den Wald fit machen für den Klimawandel. Der Waldumbau läuft bei uns im Freistaat deshalb seit Jahren auf Hochtouren. Allein im vergangenen Jahr haben Bayerns Waldbesitzer dank finanzieller Unterstützung 11,5 Millionen Zukunftsbäume gepflanzt“, so Kaniber. Der Freistaat greift den Waldbesitzern mit einem bundesweit einzigartigen waldbaulichen Förderprogramm unter die Arme. Mit Erfolg: Die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer konnten so unterstützt seit 2008 bereits 108.000 Hektar im Privat- und Körperschaftswald klimastabil umbauen.

Weitere Informationen: www.forst.bayern.de/waldzustand

Waldumbau in Etappen

In Kirchenlamitz ist geplant, nach und nach Fichten aus dem Altbestand zu entnehmen und neue Bäume nachzupflanzen. Die erste Durchforstung fand Anfang des Jahres 2024 statt. Im Januar holten Forstleute mit Harvester und Rückezug etwa 20 Prozent der Bäume aus dem dichten Fichtenforst. „Wir wollen, dass mehr Licht auf den Waldboden fällt, aber nicht zu viel. Vor allem Rotbuchen und Tannen wachsen nicht gern in der prallen Sonne. Sie haben unter dem Schirm der Altbäume einen Wuchsvorteil gegenüber Fichte und Kiefer“, betont Stephanie Huber, Projektleiterin bei der WBD Hochfranken. Ihr zufolge bildet sich im Vergleich zur Freifläche im Bestand ein besonderes Klima, das Frost und Trockenheit abmildert. So können die neuen Bäume optimal wachsen.

Nachhaltige Kompensation

Ähnlich wie im Landkreis Wunsiedel engagiert sich die Bayernwerk Netz GmbH derzeit bayernweit für die ökologische Aufwertung zahlreicher Flächen. Dabei liegt der Fokus nicht nur auf naturnahem Waldumbau, sondern auch auf der Schaffung von extensiv genutztem Grünland, Äckern und Streuobstwiesen – abgestimmt auf die Besonderheiten des jeweiligen Naturraums. Die Maßnahmen werden über einen Zeitraum von 25 Jahren durch die Experten der Bayerischen Kulturlandstiftung begleitet und betreut.

Das Schreckensszenario sieht so aus: Es regnet tagelang wie aus Eimern, die Kanalisation läuft voll, kann aber aus eigener Kraft nicht mehr in den nahegelegenen Fluss abfließen. Die Folge: Die Stadt steht unter Wasser.

Natürlich gibt es längst Systeme, die per fest installierter Pumpen das Mischwasser (Regen- und Abwasser) vom Kanal in den Fluss einpumpen. Doch sind diese Systeme, die vielleicht alle zehn Jahre mal zum Einsatz kommen, sehr wartungsintensiv und teuer. „Und am Ende, wenn die Katastrophe droht, sind sie meistens kaputt“, weiß Marx aus Erfahrung. Nach intensiver Forschung an der TU Dresden hat Marx mit seinem Team eine mobile Pumpanlage entwickelt – auf Basis eines Unimog U 535 in tieferorange mit langem Radstand (3900 mm) und 354 PS.

Unimog Hydraulikmotor gibt Vollgas.

Der Vorteil der von Marx entwickelten Lösung: Im Fall der Fälle fährt der Unimog, der eine gigantische Gebläseeinheit (2 x 110 kW) auf einer Wechselbrücke huckepack mitführt, an den Deich oder an einen ähnlichen Hochwasserschutz am Fluss. Dort wird ein robuster Luftdruckschlauch an ein fest installiertes Rohr, das aus dem Kanal heraufkommt, angeschlossen. Und dann: Vollgas!

Der Unimog treibt über seine Nebenaggregate die Hydraulikmotoren in der Hydraulikpumpe an. Ein spezieller 500-l-Öltank ist dafür unter der Fahrerseite verbaut worden. Für den Langzeitbetrieb



Der U 535 als mobiles Wasserhebwerk.

Bild: Daimler Truck AG

an der Pumpstelle gab es einen 300-l-Dieseltank dazu.

Spätestens zwei Stunden nach dem Alarm im Einsatz

Das Prinzip ist einfach: Die mobile Mammutpumpe erzeugt einen immensen Luftdruck. Der Schlauch wird am tiefsten Punkt der Kanalisation angeschlossen. Durch die von unten aufsteigenden Luftblasen wird das Wasser aus der Kanalisation hinauf zum Deich und in den Fluss gedrückt. Ein mobiles Wasserhebwerk also, mit einer stündlichen Durchflussmenge zwischen 500 und 3.500 m³. Vorteil dieses Systems: Der Unimog kann im Tagesgeschäft des Wasserzweckverbandes eingesetzt werden und ist im Alarmfall nach spätestens zwei Stunden einsatzbereit. Alternative Lösungen mit Pumpen und Aggregaten auf Anhängern brau-

chen bis zu 24 Stunden, bis sie einsatzbereit sind, verbrauchen viel Platz und sind wartungsintensiv.

Der erste Kunde ist schon gefunden

Bis zu 80 cm stark ist der Durchlass der mobilen Mammutpumpe. „Da gehen Äste und Ziegel spielend durch“, weiß Marx. „Die Flexibilität des Fahrzeugs hat uns überzeugt, das System auf dem Unimog anzubieten. Der Unimog ist schnell, er benötigt wenig Platz, er hat eine gigantische Wattiefe und in unserem Fall ist er völlig autark, kann das Pumpsystem per Palfinger Ladekran selbst aufnehmen.“

Erster Kunde der wks group Deutschland ist die Stadt Weißenfels im Burgenlandkreis bei Leipzig. Hier ist die Saale, die mitten durch die Stadt fließt, die drohende Hochwassergefahr. □



Clevere Sicherheits-Assistenzsysteme im Paket:

- Frontguard Assist
- Sideguard Assist 2
- Rückfahrkamera

VOLLER EINSATZ GEGEN SCHNEE UND EIS.

Im Winterdienst zählen Zuverlässigkeit, Schnelligkeit und Sicherheit. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel insgesamt 11 aktive Sicherheitssysteme, der komfortable Arbeitsplatz mit neuem Bediensystem UNI-TOUCH® oder hilfreiche Features wie die Schneepfluggentlastung, die elektropneumatische Schaltung und die beiden Zapfwellen.



Mehr zum Unimog mit neuem Bediensystem UNI-TOUCH® und GSR-Features finden Sie unter: special.mercedes-benz-trucks.com/unimog-kommunal Ihren Unimog Händler oder Servicepartner in der Nähe finden Sie unter: special.mercedes-benz-trucks.com/partnersuche

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, E-Mail: info@kurt-herold.de, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, E-Mail: verkauf@klmv.de, www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich darf Erster Bürgermeister der Stadt Thannhausen mit ca. 6.500 Einwohnern sein.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

2020 wurde ich gewählt, gemäß der Einwohnerzahl im Hauptamt.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ursprünglich hatte ich Schreiner gelernt, in dem Beruf noch etwas gearbeitet, später dann noch vor einem BWL-Studium eine Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten gemacht. Vor Amtsantritt war ich Personalleiter einer mittel-



Alois Held

Erster Bürgermeister
der Stadt Thannhausen

ständischen Unternehmensgruppe mit ca. 500 Mitarbeitenden.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Es ist immer leicht, sich als Außenstehender über politische Missstände zu beklagen. Die Realität ist dagegen oft komplex und dieser sollte man sich auch in Verantwortung direkt stellen. Ich hatte mir einmal vorgenommen, Herausforderungen in meinem Leben anzunehmen. Dass ich dann 1. Bürgermeister werden würde, hatte ich damals aber eigentlich nicht vorgesehen. Ich habe diese Entscheidung nicht bereut und bringe mich bisher sehr gerne ein in der Kommunalpolitik.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Da ich bereits im Stadtrat war und auch in der öffentlichen Verwaltung gearbeitet hatte, war ich mit gewissen Dingen bereits vertraut. Alles andere kommt mit der Erfahrung, außerdem hat man ja viele Mitarbeitende in der Verwaltung die beratend unterstützen – bei dieser Gelegenheit darf ich mich bei diesen ganz herzlich bedanken. Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Begonnen hat meine Amtszeit mitten in der Coronapandemie, was durch den Wegfall vieler Präsenztermine auch Vorteile hatte. Thannhausen ist sehr gut aufgestellt, sodass die Fußstapfen schon sehr groß waren. Zusammengefasst bin ich sehr gut in mein Amt gestartet.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Grundsätzlich und mittelfristig geht es darum, strukturelle Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass alle Akteure im Ort gute Bedingungen vorfinden. Konkret ist mit der Renovierung der Mittelschule gerade viel Abstimmungsbedarf verbunden, in der Masse beschäftigen mich allerdings oft tagtägliche Themen von der Kläranlage, Wasserversorgung, Hallenbadbetrieb, personelle Ausstattung der Verwaltung bis hin zu Bürgeranfragen. Eine Aufzählung ließe sich beliebig lange fortsetzen ...

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die finanzielle Lage bei uns ist zwar noch gut; es wird aber absehbar immer schwieriger. Handlungsspielräume werden immer kleiner und wir müssen es schaffen, hier auch die Bevölkerung mitzunehmen. Die Politik hat es offenbar in den letzten Jahren versäumt, den Bürgerinnen und Bürgern verständlich zu machen, dass der Staat die umfangreichen Leistungen auch finanzieren muss. Alles erscheint irgendwie selbstverständlich und wir müssen uns dagegen trauen, auch unbequeme Entscheidungen in der Öffentlichkeit ehrlich zu kommunizieren.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Man darf sich vieles wirklich nicht allzu sehr zu Herzen nehmen. Auf manche Kritik sollte man sich schlicht nicht einlassen, denn diese ist es oft nicht wert. Da ich zwei Kinder habe, würde ich auch empfehlen, feste Zeiten für die Familie einzuplanen. Ich habe mir z.B. den Dienstagnachmittag dafür reserviert.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Selbstverständlich ist man vernetzt über den eigenen Freundeskreis und man bietet unterschiedliche Formate, um auch niederschwellig allen die Möglichkeit des unkomplizierten Austausches zu geben. Umgekehrt kann ich jeden nur ermuntern sich auch selbst einzubringen, denn die Entscheidungswege in der Politik sind durchaus so kurz dass man auch Gehör finden kann in der Kommune.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Welt ändert sich rasant, besonders bei der Digitalisierung. Natürlich müssen wir zunehmend digitale Prozesse auch in den öffentlichen Verwaltungen implementieren. Das dazu erforderliche Change Management lässt sich allerdings aufgrund offenbar noch nicht ausgereifter Softwarelösungen, fehlenden rechtlichen Rahmenbedingungen und wohl auch noch fehlender Akzeptanz nicht so umsetzen wie gewünscht. Wo es geht, wird natürlich zum bewährten Service vor Ort auch eine digitale Lösung geboten.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Nein, ich bin wohl ein rationaler Mensch und lege auf inspirierende Weisheiten keinen Wert. Im Kern geht es darum, dass man mit sich, der Familie, Gott und den Mitmenschen im Reinen ist – man muss guten Gewissens „in den Spiegel schauen können“ wie man so sagt. Bisher gelingt mir das sehr gut.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Da möchte ich mich nicht festlegen, denn jeder nimmt einen ja anders wahr. Das Amt des Bürgermeisters ist herausfordernd und auch mit viel Ärger verbunden, es ist aber selbstverständlich auch schön und sinnstiftend. Es ist eine Ehre, ein solches Amt überhaupt ausüben zu dürfen. □

Stadt Bamberg: Stadtspitze kritisiert „glatten Wortbruch“

Staatsregierung hält am Ankerzentrum fest

Schreiben von Innenminister Herrmann widerspricht der gemeinsamen Erklärung von 2015

Bis zum letzten Tag hat die Staatsregierung die von der Stadt Bamberg gesetzte Frist ausgereizt, um die geforderte definitive Aussage zur Schließung des Ankerzentrums zum 1.1.2026 abzugeben. Anders als vertraglich vereinbart, will die Staatsregierung am Ankerzentrum festhalten. Das stößt auf deutliche Kritik der Stadtspitze: „Wir sehen darin einen glatten Wortbruch. Die Bürgerschaft in Bamberg hatte sich darauf verlassen, dass sich der Freistaat vertragstreue verhält. Jetzt ist klar, dass die getroffenen Absprachen nicht eingehalten werden“, betont Oberbürgermeister Andreas Starke.

Der Oberbürgermeister beanstandet weiter, dass „in den vergangenen neun Jahren nichts unternommen worden ist, um eine Alternative für das Anker-Zentrum in Oberfranken zu schaffen.“

Nachteile für die Bamberger Bürgerschaft

Die Stadt hat bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hingewiesen, dass die vereinbarte Frist zur „unwiderrufli-

chen“ Schließung des Ankerzentrums zum 1.1.2026 eingehalten werden muss. Trotz dieser Erklärungen wurde weder ein Neubau an anderer Stelle in Oberfranken, noch eine andere Struktur geplant. Dieses Versäumnis lastet die Stadt Bamberg der Staatsregierung an, weil dadurch Nachteile für die Bamberger Bürgerschaft ausgelöst werden. „Wer seine Hausaufgaben in München nicht macht, darf nicht mit den Fingern auf andere deuten“, sagt Starke.

Faktenlage

Die Stadtspitze unterstreicht die Faktenlage: „Zuständig und verantwortlich für die Unterbringung von geflüchteten Menschen ist der Freistaat. Die Kosten für eine dezentrale Unterbringung sind immer durch den Freistaat zu tragen, so wie in allen anderen Städten auch.“

Organisation einer dezentralen Unterbringung möglich

Die Stadt tritt auch dem Vorwurf entgegen, eine dezentrale Unterbringung nicht umsetzen zu können. „Wir können eine dezentrale Unterbringung in Bamberg organisieren“, stellt Starke klar und betont: „Der Freistaat setzt mit seinem Schreiben das Schwarze-Peter-Spiel der letzten Monate fort, das führt zu keiner Lösung der aktuellen Herausforderung. Der Stadtrat wird sich in seiner Vollversammlung am 29. Januar mit der Tatsache auseinandersetzen müssen, dass der Freistaat das Ankerzentrum nicht schließen will.“ □

Sonthofen – Stadt der Zukunft

Preis „Vermittlung im Museum“ geht an das AlpenStadtMuseum

Das AlpenStadtMuseum Sonthofen wurde mit dem renommierten Preis „Vermittlung im Museum“ ausgezeichnet.

Dieser Preis wird alle zwei Jahre von der Bayerischen Sparkassenstiftung gemeinsam mit der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern verliehen. Mit dieser Ehrung würdigen die Initiatoren innovative Vermittlungskonzepte, die Museen zu lebendigen Orten des Austauschs und der Inspiration machen.

Das prämierte Projekt des AlpenStadtMuseums trägt den Titel „Stadt der Zukunft“ und hebt die Bedeutung von Partizipation und kreativem Denken in der Gestaltung von Stadtentwicklung hervor. Es bindet insbesondere die Jugend der Stadt Sonthofen in einen mehrstufigen Prozess ein, der von der Reflexion der Stadtgeschichte bis hin zur Entwicklung zukunftsorientierter Ideen reicht. Die Ergebnisse dieses kreativen Prozesses werden nun in einer Sonderausstellung im AlpenStadtMuseum präsentiert – ein Schritt, der nicht nur den Austausch mit der Öffentlichkeit, sondern auch mit politischen Entscheidungsträgern fördert.

Museen als Plattformen der Zukunftsgestaltung

Museen sind heute weit mehr als reine Sammlungs- und Ausstellungsorte. Sie fungieren als Orte des gesellschaftlichen Dialogs, die aktuelle Herausforderungen und Entwicklungen aufgreifen. Dabei spielen innovative Vermittlungsansätze eine zentrale Rolle.

Die Bayerische Sparkassenstiftung engagiert sich seit Jahren für die Förderung von Bildung und Kultur. „Mit Projekten wie ‚Stadt der Zukunft‘ zeigen wir, wie Museen auch und gerade in einer sich zunehmend schnell-

er wandelnden Welt von Bedeutung sind“, so Dr. Ingo Krüger, Geschäftsführender Vorstand der Bayerischen Sparkassenstiftung. „Es ist inspirierend zu sehen, wie das AlpenStadtMuseum Sonthofen mit seinem Konzept sowohl junge Menschen als auch die gesamte Gemeinschaft anspricht.“, pflichtet ihm Angelo Piciro, Vorstandsmitglied der Sparkasse Allgäu, bei. „Sehr gerne haben wir das Projekt mit einer Spende aus der Sparkassenstiftung Allgäu unterstützt“, so Piciro weiter.

„Unser Preis zeigt, dass Museen in Bayern die Chancen der digitalen und analogen Vermittlung hervorragend nutzen, um Bildung und Partizipation zu fördern“, fügt Dr. Dirk Blübaum, Leiter der Landesstelle für nichtstaatliche Museen in Bayern, hinzu.

Eine Zukunftswerkstatt für Sonthofen

Das ausgezeichnete Projekt basiert auf einem partizipativen Ansatz, bei dem die Jugendlichen nicht nur lernen, sondern selbst zu Akteuren der Stadtentwicklung werden. „Das AlpenStadtMuseum etabliert sich dabei als Raum, in dem Visionen entstehen und diskutiert werden können“, lobte die Jury. Die Leiterin des Projekts, Alexandra Konda, betonte: „Die Zukunft beginnt im

Kopf, Museen können dafür inspirierende Orte sein, wenn die Vergangenheit auf die Zukunft trifft.“

Ein starkes Symbol für die Vielfalt im Museum

„Die Preisstele erinnert uns daran, dass Museen wie offene Türen sind: Sie laden uns ein, neue Perspektiven zu entdecken und die Vielfalt menschlicher Erfahrungen zu reflektieren“, erklärte Helena Blickenberger, Managerin der Bayerischen Sparkassenstiftung, bei der Preisverleihung. „Die Spiegel in der Stele symbolisieren eindrucksvoll, wie Museen nicht nur Inhalte präsentieren, sondern uns auch ermutigen, uns selbst und unsere Welt immer wieder neu zu betrachten.“

Mit dem Preis „Vermittlung im Museum“ wird nicht nur die Qualität innovativer Konzepte, sondern auch die Relevanz von Museen in der modernen Gesellschaft hervorgehoben. Das AlpenStadtMuseum Sonthofen zeigt beispielhaft, wie Museen sich als Zukunftswerkstätten positionieren können – ein Meilenstein für die Region und ein Vorbild für Museen über die Grenzen Bayerns hinaus. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chef vom Dienst
Anne-Marie von Hassel,
Inge Metzger
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 59 vom 01.01.2025
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-17

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MwSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



V.l.: Werner Pecher, Isabella Pecher, Landrat Stefan Rößle.

Bild: LRA Donau-Ries

Asbach-Bäumenheim: Haus der Immobilien

Spende für Schulbau in Tansania

Werner Pecher, ehemaliger Geschäftsführer der C.P. Immobilienverwaltungs- und Service GmbH aus Asbach-Bäumenheim, hat mit großem Engagement Spenden in Höhe von 4.600 Euro gesammelt. Damit will er die Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ unterstützen. Jetzt übergab er zusammen mit der Prokuristin, Frau Isabella Pecher, den Betrag an Landrat Stefan Rößle. Die großzügige Spende kommt nun einem Schulbauprojekt in Tansania zugute:

Dank dieser Unterstützung kann das gemeinsame Schulbauprojekt des Schulverbandes des Mönchsdeggingen und des Landkreises Donau-Ries in Sanjan, Tansania, um ein dringend benötigtes Lehrerwohnhaus erweitert werden. Ursprünglich war das Spendenziel für die vergleichsweise große Schule bereits erreicht und sogar übertroffen worden. Die neue Lehrerunterkunft ermöglicht es jedoch, die Lehrkräfte langfristig und nachhaltig an der Schule in der abgelegenen Region zu halten. Die Schule in Sanjan ist ein

wichtiger Bestandteil der lokalen Bildungsinfrastruktur. Sie bietet den Kindern der Region bessere Zukunftsperspektiven und leistet einen entscheidenden Beitrag zur Bildungsförderung. „Die Spende von Herrn Pecher hilft uns, die dringend benötigte Lehrerwohnung zu realisieren und so die Schulbildung in einer der ärmsten Regionen Tansanias nachhaltig zu verbessern“, erklärt Landrat Stefan Rößle. „Solche Projekte zeigen, wie wir gemeinsam – durch die Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ – weltweit Zukunftsperspektiven schaffen können.“ □

Integrationspreis und Inklusionspreis Oberbayern 2024:

Vielfältiges Spektrum

Regierungspräsident Dr. Konrad Schober und Regierungsvizepräsidentin Sabine Kahle-Sander verliehen in München gemeinsam mit Innen- und Integrationsstaatssekretär Sandro Kirchner und dem Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Karl Straub, die diesjährigen Integrationspreise für den Regierungsbezirk Oberbayern. Sieben Initiativen aus Freising, Herrsching/Breitbrunn (Landkreis Starnberg), Riederling (Landkreis Rosenheim) und der Landeshauptstadt München dürfen sich jeweils über einen Geldpreis in Höhe von 850 Euro freuen.

Für ihre Bemühungen um eine Ausbildung von Menschen mit Migrationshintergrund wurde die Bäckerei und Konditorei Geisenhofer in Freising, die noch weitere Fachgeschäfte in Dachau und Marzling betreibt, ausgezeichnet. Aktuell werden knapp 100 Mitarbeiter aus 16 Ländern und fünf Auszubildende mit Migrationshintergrund beschäftigt. Die Bäckerei punktet unter anderem mit sogenannten Ausbildungsplätzen, die zugleich auch als Vertrauenspersonen fungieren.

Erfolgreiche Wohnungsvermittlung

Das Projekt „Raumgeben.net“ (Herrsching/Breitbrunn) ermöglicht es Eigentümern von leerstehenden Wohnungen, ihre Flächen an anerkannte Geflüchtete zu vermieten. Und das mit Erfolg: Seit März 2023 konnten im Landkreis Starnberg bereits 50 Wohneinheiten vermittelt werden, etwa 120 Personen fanden auf diesem Weg ein privates Zuhause. Drei Ehrenamtliche betreuen die Organisation in Herrsching, zudem sind sieben Hel-

ferkreise beteiligt. Sie schlüpfen in die Rolle des Maklers und prüfen Wohnungsangebote. Sie besprechen mit Vermietern deren Angebote, erstellen Exposés und vermitteln die Wohnungen schließlich an die Wohnungssuchenden.

Schülerinitiative

Auf Initiative von Schülerinnen und Schülern (12 bis 15 Jahre alt) wurde an der Mittelschule Elisabeth-Kohn-Straße in München während des Ramadans im März 2024 ein Gebetsraum in der Schulbibliothek eingerichtet. Dieser wurde neutral und inklusiv gestaltet, alle sollten sich dabei berücksichtigt und wohlfühlen. Die Jugendlichen engagieren sich eigenverantwortlich für die gesamte Umsetzung. Im Gebetsraum treffen Schülerinnen und Schüler mit ähnlichen religiösen Überzeugungen aufeinander und können sich zu ihren Religionen austauschen.

„KIKUS App“

Das Zentrum für kindliche Mehrsprachigkeit e.V. in München hat die KIKUS App entwickelt, um die Mehrsprachigkeit und die Integration zugewandelter Kinder zu fördern und zu erleichtern. Innerhalb der ersten acht Monate wurde die 2023 eingeführte App bereits 45.000mal heruntergeladen. Sie enthält fünf Sprachlernspiele, die in Deutsch und zehn weiteren Sprachen zur Verfügung stehen. Ein besonderes Anliegen ist dem Verein, dass die KIKUS App – gleich ob zu Hause oder in Bildungseinrichtungen – für alle kostenfrei, leicht und schnell zugänglich ist.

„Mädchen an den Ball“

Seit nunmehr 17 Jahren bietet das Projekt „Mädchen an den Ball“ der BIKU gGmbH, München, jungen Frauen aktuell in München und Augsburg die Möglichkeit, Spaß und Freude am Fußballspielen zu erleben. Sie kicken regelmäßig und dies in einem geschützten Raum nur für sie. Das Projekt verbindet die Mädchen unabhängig von Herkunft, Sprache, Religion oder einem vermeintlichen Handicap. Sie werden durch den Sport in ihrem Selbstbewusstsein und ihrer Persönlichkeitsentwicklung ge-

stärkt. „Mädchen an den Ball“ ist eines der wenigen Outdoor-Projekte, das sich ausschließlich an Mädchen richtet. Die Teilnahme an den zweistündigen Trainingseinheiten, die immer einmal pro Woche stattfinden, ist kostenlos.

Theaterarbeit mit Jugendlichen

„Die Jugendtheatergruppe „TIME BUSTERS“ an den Münchner Kammerspielen befasst sich mit unterschiedlichen familienbiografischen Bezugspunkten als Gemeinschaft mit der deutschen Erinnerungskultur. Das Projekt besteht aus vier Phasen: Zunächst werden Workshops an verschiedenen Schulen in Neuperlach durchgeführt, danach folgen Intensivworkshops und außerschulische Theaterarbeit mit Jugendlichen. Seit 2023 werden außerdem Premieren und Vorstellungen durchgeführt. Bei den Aufführungen und Workshops wird das Publikum jeweils aktiv mit eingebunden.

Das weltoffene Riederlinger Warenhaus (RiWa) im Landkreis Rosenheim bietet eine vielfältige Auswahl an Waren, etwa Haushaltsgeräte oder Kleidung. Diese werden kostenlos oder gegen Spende an Geflüchtete vergeliehen. Ausschließlich ehrenamtlich engagierte Mitarbeiter betreiben das Warenhaus. „Bringen – Mitnehmen – Tauschen“ lautet der Leitsatz des Konzepts.

Begegnung auf Augenhöhe

Der Bezirk Oberbayern zeichnete mit dem Inklusionspreis unter dem Motto „Barrierefrei – gemeinsam finden wir Wege“ vier Initiativen aus, die sich für ein barrierefreies Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen einsetzen und Begegnung auf Augenhöhe ermöglichen. Weitere acht wurden mit Anerkennungspreisen gewürdigt. „Herz dieser Initiativen sind engagierte Menschen, die andere ermutigen, an sich und ihre Fähigkeiten zu glauben, ihre Möglichkeiten auszuloten, ihre Potenziale zu erkennen, sich einzubringen und über sich hinauszuwachsen. So gelingt Inklusion“, hob Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger hervor.

Plätze 1 bis 3

Über den mit 5.000 Euro dotierten 1. Preis freuten sich die Verantwortlichen der Lebenshilfe Freising e.V. mit ihrem Projekt „LENADI – mit Herz und Hirn barrierefrei“. „LENADI“ ist eine Abkürzung für „Leichter Nachrichtendienst“, dahinter verbirgt sich ein inklusives Redaktionsteam,

Regionale Musik für alle

In seiner Sitzung Anfang Dezember 2024 genehmigte der niederbayerische Bezirksausschuss dem Bayerischen Landesverein für Heimatpflege e. V. einen Zuschuss von jeweils 15.000 Euro für die Jahre 2025, 2026 und 2027 zur Fortführung des Projekts „Regionale Musik für alle“.

Ohne Berührungspunkte mit anderen Musikgenres und modernen Strömungen wird im Rahmen von Erlebnistagen ein (erster) Zugang zum eigenen Musizieren ermöglicht.

Seit Projektstart wurden bereits hunderte Menschen durch verschiedene Seminare und Veranstaltungen für Volksmusik begleitet. Zahlreiche Schulklassen, Kindergärten, Behinderteneinrichtungen, Familien sowie Senioreneinrichtungen nahmen daran teil.

„Der niederschwellige Zugang zur Volksmusik ist für die Pflege dieses Kulturguts von großer Bedeutung“, so Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. □

Fachtagung zur Migrationspolitik in Tutzing:

Ehrenamt und gemeinsamer Austausch

Mitte Dezember fand in der Evangelischen Akademie Tutzing eine zweitägige Fachtagung zum Thema „Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik – eine Zäsur?“ statt. Eingeladen hatten das Landratsamt München und das Landratsamt Starnberg. Die Veranstaltung richtete sich an ehrenamtlich Engagierte aus den Landkreisen München und Starnberg und wurde vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration gefördert.

Das abwechslungsreiche Programm der zweitägigen Veranstaltung bot den Teilnehmenden zahlreiche Möglichkeiten zur Weiterbildung und zum gemeinsamen Austausch. In Vorträgen und Workshops behandelten Expertinnen und Experten aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft die drängendsten Fragen der Migrationspolitik. Dabei standen nicht nur aktuelle Herausforderungen im Fokus, sondern auch die Chancen und Potenziale einer modernen, integrativen Migrationspolitik.

Ehrenamt ist Grundlage zahlreicher Integrationsprojekte

Landrat Christoph Göbel hob in seinem Impulsvortrag die Bedeutung des Ehrenamts hervor. Er betonte, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt maßgeblich von den Leistungen der freiwillig Engagierten abhängt: „Das Ehrenamt bildet die Grundlage zahlreicher erfolgreicher Integrationsprojekte und ist von unschätzbarem Wert für den sozialen Frieden und unseren gesell-

schaftlichen Zusammenhalt.“

Ein weiterer Höhepunkt war das Abendprogramm, das Raum für weitere Gespräche und die Vertiefung der Themen in spannender Atmosphäre bot. Die über 70 Teilnehmenden nutzten diese Gelegenheit, um Netzwerke zu pflegen und Erfahrungen aus ihrer ehrenamtlichen Arbeit auszutauschen.

Positive Resonanz bei den Teilnehmenden

Die Organisatoren aus Starnberg und München zeigten sich hochzufrieden mit der Veranstaltung: Thomas Zimmermann, Ehrenamtskoordinator des Landratsamts München: „Die Fachtagung war ein voller Erfolg. Die Kombination aus fachlich anspruchs-

vollen Vorträgen und praxisnahen Workshops wurde von den Teilnehmenden sehr geschätzt. Solche Veranstaltungen sind essenziell, um aktuelle Entwicklungen zu diskutieren und die Zusammenarbeit

GZ PINOS WELT



Der Mensch, der mir Nahrung und Wohnung zu geben berechtigt ist, also der Bürgermeister, wünscht seinen Mitmenschen auf seinen Weihnachtskarten gerne ein spannendes Neues Jahr. 2025 hat schon in seinen ersten Tagen das Zeug dazu, besonders spannend und aufregend zu werden.

Da sind zum Beispiel die Aufregungen darüber, dass es eine große Zeitung gewagt hat, in ihrer Sonntagsausgabe einen Text von Elon Musk abzudrucken, in dem er seine vorher schon massenhaft auf X verbreitete Wahlempfehlung für eine deutsche Partei erklärt. Eingordnet wurde dieser Meinungsartikel durch den Kommentar eines führenden Redakteurs der Zeitung, der etliche der Muskischen Behauptungen dem harten Licht der Wirklichkeit aussetzte, ein Faktencheck. Und den hatte der Musk-Artikel bitter nötig, denn so klar seine Analyse

Vorsatz für 2025: Tiefer hängen!

des gegenwärtigen Zustands Deutschlands ausfiel, so irrig und uninformativ waren seine Ausführungen zu den Zielen, politischen Rezepten und dem Auftreten seiner Lieblingspartei.

Nun weiß man nicht, ob der Artikel von einer KI oder einem bezahlten Ghostwriter geschrieben wurde. Klar ist nur, bei den vielen Schnitzern in der Recherche und der Argumentation muss er noch viele Milliarden in die KI-Entwicklung pumpen oder sollte seinem Assistenten den Lieblingsatz seines Heiden Trump entgegenschleudern „You're fired!“.

Ich fand die Lektüre jedenfalls äußerst luzide, denn man konnte sich selbst ein Bild davon machen, auf welchem bullshit die medial breit wahrgenommene Wahlempfehlung beruht und so zu einem Urteil kommen. Wer glaubt, dass so etwas journalistischer Auftrag sei, durfte nicht in andere Zeitungen schauen. Da wurde heftig kritisiert, dass Musk eine publizistische Bühne bereitet wurde. Dafür gab es natürlich auch erwägenswerte Argumente. Stutzig machte mich allerdings eine journalistische Wortmeldung, die sinngemäß auf das Argument hinauslief, dass man einer Person, die mit der Plattform X eine

hohe publizistische Macht habe, nicht auch noch ein Forum in einer Zeitung bieten sollte.

In meinem eingeschränkten Verstand übersetzt heißt das: Weil Musk die Macht hat, jeden bei X mit jedem Müll zuzuspammen, sollte man darauf verzichten, sich in journalistisch seriöser Weise mit ihm auseinanderzusetzen. Echt jetzt? In der Zeitung können seine Ansichten kritisch eingeordnet werden – bei X ja wohl eher nicht.

Insgesamt sollte man, vor allem jetzt im schleppend anlaufenden Wahlkampf, die Zwischenrufe von Musk und seine Wahlempfehlungen hierzulande wieder etwas tiefer hängen. Der Ausdruck wird Friedrich dem Großen zugeschrieben, der eine Menschenmenge sah, wie sie sich um eine hoch aufgehängte Karikatur zu seiner Kaffeesteuer scharte. Er befahl, das Pamphlet „tiefer zu hängen“, damit sich die Leute nicht den Hals verrenken müssen und schon war das Interesse an dem Ding erloschen.

So wünschte man es sich mit manchen Aktionen von Musk. Ich kann wirklich nicht beantworten, ob Musk der Anführer einer faschistischen Weltbewegung ist, wie (überspitzt) ein Historiker behauptet. Vielleicht hat er nur Freude daran, publizistische Stinkbomben zu werfen und hat Großbritannien und Deutschland zu bevorzugten Zielen gemacht, weil er dort am zuverlässigsten empörte Reaktionen erwarten kann. Also schlicht die Freude des Unternehmers daran, auch auf dem Markt der politischen Aufmerksamkeitsökonomie der Größte zu sein.

Jedenfalls hat sein X-Space mit einer deutschen Kanzlerkandidatin bei wenig Substanz viel zu viel medialen Widerhall gefunden. Rausgekommen ist nur, dass Hitler Kommunist war und deshalb die Hitler-Tagebücher umgeschrieben werden müssen. Und das vor 200.000 Hörern weltweit, weit weniger als die Hälfte der Einschaltquote von „Dahoam is dahoam“ allein in Bayern. Aber trotzdem unglaublich verstärkt durch Berichte auf allen Kanälen – kostenlose und unnötige Parteiverbung.

Vielleicht der beste Rat auch für alle weiteren Aufreger des noch jungen Jahres: „Tiefer hängen“.

Ihr Pino

das Nachrichten und Informations digital und in einfacher Sprache bereitstellt. Von Unterhaltung über Sport bis hin zu politischen Themen: Die Bandbreite ist groß. Die Inhalte werden in Redaktionskonferenzen festgelegt und in kurzen Videos in einfacher Sprache und mit Hilfe von Symbolen vermittelt.

Den 2. Preis (3.000 Euro) erhielt Your Capabilities gUG für ihr berufsvorbereitendes Gründerprogramm „Entrepreneurship Inklusiv“ in Kooperation mit der Stiftung Pfennigparade und der Hypo Vereinsbank in München. Dabei entwickeln junge Menschen mit und ohne Behinderungen mit der Unterstützung ehrenamtlicher Mentoren sozialunternehmerische Geschäftsideen. Die Jugendlichen sollen Selbstwirksamkeit erfahren, ihre

Fähigkeiten und Talente stärken und befähigt werden, den Weg in eine inklusive Gesellschaft aktiv mitzugestalten. In München hat die Ernst-Barlach-Schule bereits an dem Programm teilgenommen. Perspektivisch soll das Projekt an Schulen bundesweit und in anderen Ländern ausgerollt werden.

Der mit jeweils 1.000 Euro dotierte 3. Preis ging an den Stadtjugendring Ingolstadt des BJR (Bayerischer Jugendring) für das seit 2006 bestehende Projekt „Jugendkultursommer: Bewegungstheater“ sowie die IG Klettern München & Südbayern e. V. für die Initiative „Bayerns beste Gipfelstürmer“.

Beim Projekt „Jugendkultursommer: Bewegungstheater“ handelt es sich um eine kooperative, schulübergreifende Initia-

tive, bei der junge Menschen mit und ohne Behinderungen miteinander trainieren und ein Tanztheater aufführen. Das Projekt findet jährlich über mehrere Monate statt. Die Schülerinnen und Schülern sollen möglichst viele Ideen einbringen und ihre Potenziale entfalten.

Bei der Initiative „Bayerns beste Gipfelstürmer“ klettern Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam, ob am Felsen in den Bergen oder in der Kletterhalle. Ein inklusives Team, darunter pädagogisch geschulte Trainer und Sozialpädagogen, übernimmt die Leitung der Klettergruppen und wird dabei von ehrenamtlichen Jugendlichen – Scouts – unterstützt. Großes Anliegen des Projekts ist, dass jeder von jedem lernt und das Klettern allen ermöglicht werden kann. □



Teilnehmerinnen und Teilnehmer am zweiten Tag der Veranstaltung.

Bild: LRA München

Landkreis München:

Hitzewellen und Starkregen

Landratsamt entwickelt konkrete Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel im Landkreis

Auch im Landkreis München sind bereits Auswirkungen des Klimawandels spürbar. Der Sommer 2024 war einer der wärmsten seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen. Gleichzeitig kam es zu intensiven Regenfällen, die Keller, Tiefgaragen und landwirtschaftliche Flächen überfluteten.

Im Sommer dieses Jahres wurde im Rahmen des Klimafolgenanpassungskonzepts für den Landkreis München erarbeitet, welche Klimaveränderungen in Zukunft zu erwarten sind und in welchen Kommunen die Auswirkungen besonders stark ausgeprägt sein könnten. Auf dieser Basis diskutierten Mitarbeitende des Landratsamts sowie weitere Fachleute in einem Workshop Ende November, welche Maßnahmen notwendig sind, um die Lebensqualität der Bevölkerung zu sichern und die natürlichen sowie wirtschaftlichen Ressourcen des Landkreises vor den Folgen des Klimawandels zu schützen.

Einige der entwickelten Ideen aus dem Workshop sind stra-

tegischer Natur und setzen eine enge Zusammenarbeit verschiedener Akteure voraus. Die Vernetzung und der Austausch zwischen Landratsamt, Kommunen und externen Partnern spielen eine zentrale Rolle. So könnten beispielsweise relevante Informationen systematisch erfasst und an die zuständigen Stellen weitergegeben werden. Im Workshop wurden auch Ideen zu hitzeresistenten Baumarten sowie innovativen Schutzansätzen gegen erhöhte Sonneneinstrahlung und Hitze diskutiert. Auch im Bereich des Katastrophenschutzes ist eine Zusammenarbeit auf regionaler Ebene vorteilhaft, da solche Ereignisse zwar noch unregelmäßig auftreten, im Ernstfall jedoch

viele Ressourcen benötigt werden.

Konkrete Maßnahmen

Neben diesen übergeordneten strategischen Ansätzen wurden auch konkrete Maßnahmen erörtert, die auf landkreiseigenen Liegenschaften umgesetzt werden

können. Hierzu gehören Anpassungen der Arbeitsbedingungen für Mitarbeitende in Zeiten von Hitzewellen durch Beschattung, Begrünung oder Klimatisierungsmaßnahmen sowie Flächenentsiegelungen und die Verbesserung von Frei- und Aufenthaltsflächen in Verwaltungsgebäuden, Schulen und Kitas.

Vorbildfunktion Landratsamt

Das Landratsamt ist sich seiner Verantwortung bewusst und

möchte bei der Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen eine Vorbildfunktion übernehmen. Aus den im Workshop entwickelten Ideen werden in enger Abstimmung mit den zuständigen Akteuren konkrete Maßnahmen erarbeitet. Ziel ist es, die priorisierten Ansätze in das umfassende Klimaanpassungskonzept des Landkreises zu integrieren. In den kommenden Monaten sind weitere Veranstaltungen geplant, bei denen auch die Kommunen des Landkreises eingebunden werden. So sollen zusätzliche Maßnahmenideen auf kommunaler Ebene entwickelt werden. Auch die Bevölkerung wird im kommenden Jahr durch verschiedene Informationsveranstaltungen und -angebote eingebunden.

Durch die systematische Kombination von Maßnahmen auf kommunaler und Landkreisebene können die Klimafolgen gezielt in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen angegangen werden. Strategische Maßnahmen, die auf verschiedenen Ebenen ineinandergreifen, können so ihre volle Wirkung entfalten. Kommunen und Landkreis können sich gegenseitig ergänzen, voneinander lernen und gemeinsam eine klimaresiliente Zukunft gestalten.

Umfassende Informationen zum Klimaanpassungskonzept des Landkreises gibt es unter www.landkreis-muenchen.de/themen/energieklimaschutz/klimaanpassung-im-landkreis-muenchen/.

Probleme der Bürger und der Belegschaft im Blick

Geschäfts- und Personalleiter der niederbayerischen Landratsämter tagten in Regen

Landrat Dr. Ronny Raith, Landkreis Regen, begrüßte die Geschäfts- und Personalleiter der niederbayerischen Landratsämter im Arberland Tagungshaus zu ihrer Klausurtagung. „Ich freue mich, dass Sie zu uns gekommen sind, um sich auszutauschen, zu vernetzen und gemeinsam Lösungen für aktuelle Trends und Herausforderungen der öffentlichen Verwaltung zu finden“, sagte Landrat Dr. Ronny Raith bei der Eröffnung.

Die Tagung findet regelmäßig statt, wobei jedes Mal ein anderer Landkreis als Gastgeber auftritt. Diesmal war das Landratsamt Regen an der Reihe. Die Führungskräfte der niederbayerischen Landratsämter hatten eine umfangreiche Tagesordnung: Themen aus dem Arbeits- und Beamtenrecht, kommunalrechtliche Fragestellungen und die Optimierung von Geschäftsprozessen, um die Qualität der

Dienstleistungen für die eigene Belegschaft und die Bürger zu erhöhen. Fokussiert haben sich die Teilnehmer zudem auf die aktuelle Finanzsituation der niederbayerischen Behörden und die laufenden Tarifverhandlungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Aber auch Vor- und Nachteile neuer Arbeitsweisen wie Desk Sharing oder die Nutzung von Künstlicher Intelligenz im behördlichen Alltag wurden



Die Teilnehmer mit Regens Landrat Dr. Ronny Raith. Bild: Iris Gerhard

von den Personal- und Geschäftsleitern thematisiert und besprochen. Raith dankte den Organisatoren Günther Weinberger und Reinhard Wölfl für die Vorbereitung der Veranstaltung.

Vorschau auf GZ 3

In unserer Ausgabe Nr. 3/2025, die am 30. Januar 2025 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunaler Bau
- Gestaltung öffentlicher Räume · Stadtmobiliar
- Freizeitanlagen · Tourismus
- Kommunale Finanzthemen
- Wasser · Abwasser

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE

Etshel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsh.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

ESB ENERGIE SÜDBAYERN

Fahnen/Arbeitsbekleidung

FAHNEN KÖSSINGER

Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel. 09451 9313-0 • www.fahnen-kossinger.de

Arbeitskleidung
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Fahnenmaste
Vereinsbedarf

Glasfaser / Glasfaserausbau



GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.

Aus der Region. Für die Region.

LEONET.DE

GLASFASER Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz



www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO ext. DSB ext. ISB LSI-Siegel BSI Kommunale CISIS12 Schulungen eLearning

Kommunalberatung

KUBUS

www.kubus-mv.de

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung



Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektiven Winterdienst

BUCHER municipal

Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunales Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de



Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung

Nachrüstbar im laufenden Betrieb

Montage vor Ort durch modulare Bauweise

Keim- und schadstoffübertragungsfrei

Werkseigener Kundendienst

Systemverantwortung durch Gesamtplanung

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH

www.sew-kempen.de



Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER

Telefon 08171 / 9307-12

steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171 / 9307-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de